UNE SITUATION EXCELLENTE ?

BEITRÄGE ZU DEN
KLASSENAUSEINANDERSETZUNGEN
IN FRANKREICH

Inhalt

Editorial **002 – 010**

100 Euro und ein Mars **011 – 039**

Die Gelbwesten, die moralische Ökonomie und die Macht
Samuel Hayat **040 – 051**

Die Kreisverkehr-Riots
Joshua Clover **052 – 060**

Auszüge aus den Gelbwesten-Tagebüchern
Rona Lorimer **061 – 068**

Ende des Monats sucht Ende der Welt
Blog Agitations **069 – 072**

Full Metal Yellow Jacket
Alèssi Dell'Umbria **073 – 080**

Die Gelbwesten und die Frage der Demokratie
Samuel Hayat **081 – 091**

Gegenüber den Antisemiten dürfen wir nicht untätig bleiben!
Juives et juifs révolutionnaires **092 – 094**

Aufrufe von Versammlungen **095 – 100**

Editorial

Als der französische Präsident Emmanuel Macron im Oktober 2018 eine Steuererhöhung auf Diesel und Benzin verkündete, rechnete wohl kaum jemand mit dem, was in den kommenden Monaten passieren sollte. Die ausbrechende Revolte der *Gilets Jaunes,* der *Gelbwesten* traf jedoch nicht nur die Regierung völlig unerwartet, auch die traditionelle Linke wusste mit den Forderungen, Aktionsformen und Symboliken zunächst nichts anzufangen. Bis dato trugen soziale Bewegungen die roten, orangenen oder rosafarbenen Warnwesten der Gewerkschaften und richteten sich gegen Renten- (2010), Arbeitsmarkt- (2016) und Bildungsreformen sowie Privatisierungen (2018) – nun trug man plötzlich Gelb und sprach über Steuern und Autos. Es bedurfte erst der schwersten Krawalle seit Mai '68, bis Regierung wie Linke sich der Bewegung zuwendeten und die *Gelbwesten* ernst nahmen. Schließlich kam diese neue Mode nicht aus Paris, sondern aus den Kofferräumen von Gebrauchtwägen, wo die Warnweste seit 2008 zur gesetzlichen Pflicht wurde: „Es ist gelb, es ist hässlich, es lässt sich mit nichts tragen, aber es kann Ihnen das Leben retten. Weste und Dreieck werden Pflicht an Bord eines jeden Fahrzeugs. Beschaffen Sie sich ihre Ausrüstung so schnell es geht." (Karl Lagerfeld, 2008)

Die *Gilets Jaunes* kamen buchstäblich aus dem Nichts: Sie nahmen ihren Ausgangspunkt an den verlassenen Kreisverkehren der französischen Peripherie, mobilisierten sich in den Untiefen der sozialen Netzwerke und verweigern sich weiterhin hartnäckig jeder Form der Repräsentation. Ebenso nichtig erschien den meisten Beobachterinnen auch der Anlass dieser Revolte. Während man in Paris oder Berlin das Auto eher als eine Zumutung empfindet, unter der Luftverschmutzung und dem Lärm leidet und zahllose Start-ups darum konkurrieren, den ökologischen Stadtbewohnerinnen autofreie Mobilität zu garantieren, so bewegt sich in Bar-le-Duc, Le Puy oder Beauvais nichts ohne Automobil. Nur mit dem Auto kann die ökonomische und soziale Verödung dieser randständigen Gebiete überlebt werden. Die geplante Erhöhung von Benzin- und Dieselsteuern kam deshalb einem existenzbedrohenden Angriff gleich. In der Gegenoffensive wurden die Symbole dieses Mangels besetzt: Das Stigma des Autoverkehrs, die Gelbweste, wurde zu einem politischen Symbol umgemünzt, aus dem Kreisverkehr wurde eine Blockade und aus dem Parkplatz ein so-

zialer Treffpunkt. In der französischen Kleinstadt Narbonne zündete man alsbald die verhassten Mautstationen der Autobahnen an und in Puy-en-Velay brannte sogar die Präfektur, die höchste Verwaltungsinstanz in den französischen Départements. Die *Gilets Jaunes* zogen schließlich bis in die westlichen Pariser Nobelviertel – der klassischen Residenz der französischen Großbourgeoisie –, um sich dort Straßenschlachten mit der Polizei zu liefern und die Champs Elysées zu verwüsten.[1] Mit einem Schlag war die Peripherie im Zentrum angekommen.

Diese periphere Revolte fügt sich jedoch nicht in das Bild einer Steuerbewegung vom Lande – dem klassischen Terrain des (bäuerlichen) Kleinbürgertums und kleiner lokaler Unternehmer. Sie ist weiblicher und proletarischer als zunächst angenommen; insbesondere seit Dezember 2018 beteiligten sich mehr prekarisierte Arbeiterinnen. Obwohl es sich also ihrer sozialen Zusammensetzung nach um eine proletarische Bewegung handelt, fügt sie sich nicht ins Muster der eingeschliffenen gewerkschaftlichen und linken Proteste: Die notorischen Bewegungsverwalter wurden links liegen gelassen, wodurch niemand da war, der die Proteste in „geregelte Bahnen" hätte lenken können. Im Verlauf des Dezembers wurde der Ruf nach einer Abschaffung des gesamten „teuren Lebens" lauter und die Schlachten mit der Polizei zu einer anerkannten Praxis der *Gelbwesten*. Diese rasante Radikalisierung ist umso erstaunlicher, als etwa 47% der Befragten angaben, noch nie zuvor an einer Demonstration teilgenommen zu haben und nur etwa 44% von Erfahrungen mit Streiks berichten konnten.

Was waren die Elemente, die zu dieser unvorhergesehenen Explosion führten? Um dies zu beantworten, sollten wir uns nicht auf den unmittelbaren Auslöser wie die angesprochene „Ökosteuer" fokussieren. Die Abstraktion von den ökonomischen und sozialen Bedingungen, unter denen sich dieser Protest entwickelte, führte nicht zuletzt unter linken Beobachterinnen zur anfänglichen Einschätzung, es handele sich bei den *Gelbwesten* schlicht um eine Fortsetzung der neu-rechten Mobilisierung gegen eine

---

1 Für einen detaillierten chronologischen Ablauf bis Mitte Dezember 2018 siehe die Vortragsaufzeichnungen auf der Homepage der Translib. translibleipzig.wordpress.com/2019/01/11/audiomitschnitt-unserer-veranstaltung-weihnachten-wird-nicht-stattfinden-zu-den-klassenauseinandersetzungen-um-die-gelbwesten/

Es ist stets verlockend, geschichtliche Ereignisse als Belegstellen für geschichtsphilosophische Thesen anzuführen. Der Versuch, mit ihrer Hilfe das Wesentliche in der Flut individueller Begebenheiten und Informationen zu fassen, erhellt das Dunkel des gelebten Augenblicks. Die Ereignisse lassen sich auf den allgemeinen Nenner des „Riot" bringen; der „Riot" wiederum wird zum Signum einer Epoche, die durch eine Verlagerung der Kampfzone von der Produktion zur Zirkulation bestimmt sei. Rona Lorimers „*Roundabout Diaries*", die wir aufgrund ihres Umfangs nur in Auszügen abdrucken, enthalten sich solcher spekulativen Konstruktionen. Lorimer schreibt aus der Perspektive der Teilnehmerin, die beobachtet, bzw. als Beobachterin, die teilnimmt. Als die Proteste beginnen, haben sie und ihre Pariser Genossinnen keinen Masterplan. Sie gehen auf die wöchentlichen Demonstrationen, doch ebenso bedeutend wie die Erlebnisse auf der Straße und den Plätzen ist das Nachdenken, sind die Reflexionen im Gespräch. In der kollektiven Auseinandersetzung mit medialen Darstellungen, theoretischen Analysen und eigenen Erfahrungen bildet sich ihr Urteil. Ihre *Diaries* zeichnen diesen Bildungsprozess in seiner Offenheit nach. Darin sind sie der Form des Tagebuchs treu, in der frische Eindrücke verarbeitet, Zweifel geäußert, Stimmungen dokumentiert und Haltungen ausprobiert werden können. Lorimers mikrologischer Blick setzt nicht an „dem Kreisverkehr" als allgemeinem Topos an. Vielmehr berichtet die Autorin von zwei spezifischen Kreisverkehren, die in ihrer Gegensätzlichkeit wechselseitig als Kontrastfälle dienen. So wird die Vielfalt der Tendenzen deutlich, die in dieser Bewegung schlummern: Ist der eine Kreisverkehr eine Schule der Autonomie, so gedeihen auf dem nächsten Chauvinismus und Racketwesen. Das Bild der *Gelbwesten* muss diese Heterogenität in sich aufnehmen.

Die Frage der Fiskalpolitik wird traditionell von rechts thematisiert. Der Text der Pariser Gruppe *Agitations* „*Ende des Monats sucht Ende der Welt*" analysiert den Wandel der neoliberalen Steuerpolitik im Verlauf der kapitalistischen Restrukturierung. Im Zuge dieser Entwicklung reduziert der Staat Steuern fürs Kapital und wälzt die Steuerlast stattdessen auf die Lohnabhängigen ab. In diesem Sinne ist die von dem ehemaligen Präsidenten François Hollande eingeleitete und von Macron weitergetriebene Senkung der Unternehmenssteuer bzw. Körperschaftssteuer zu verstehen. Die durch die Kapitalentlastungen entstehenden Lücken im Finanzhaushalt müssen schließlich über Senkungen von Sozialleistungen bzw. Anhebung von Massensteuern wie der Mehrwert- oder eben der Ökosteuer wettgemacht werden, damit der Staat weiterhin handlungs- und zahlungs-

fähig bleibt. Diese Verschiebungen geben der neoliberalen Steuerpolitik einen deutlichen Klassencharakter, auch wenn dieser durch den Schein der vor dem Gesetz gleichen Steuerzahler verschleiert wird. Doch selbst semantisch lässt sich diese fetischistische Gleichheit auflösen: Der Hass der *Gilets Jaunes* gilt nicht den „impôts", der geforderten Vermögenssteuer, sondern den „taxes", die nicht-progressiv sind und alle, ob Kapitalist oder Lohnabhängiger, gleichermaßen treffen.

Der aus Marseille stammende Autor und Regisseur Alèssi Dell'Umbria versteht die *Gilets Jaunes* als eine erste politische Artikulation der Peripherie(n) der Gegenwart. In dem von uns in gekürzter Form veröffentlichten Artikel *„Full Metal Yellow Jacket"* geht diese Peripherie jedoch über die bloß räumliche Dimension hinaus. Die *Gilets Jaunes* sind für Dell'Umbria nicht nur eine politische Bewegung der räumlich Abgehängten und Segregierten, sondern auch die Artikulation einer globalen ökonomischen Dezentrierung, die sich nicht mehr durch institutionalisierte Formen der Verhandlung einhegen lässt. Wie Clover betont auch er die gewachsene Zentralität der Zirkulation, bietet jedoch kein einheitliches analytisches Konzept ihrer Bestimmung, sondern bewegt sich in essayistischer Form durch die Räume der Bewegung. Dieses Umherschweifen kann zugleich als Stärke und Schwäche seines Textes verstanden werden, wie es in ähnlicher Weise auf die Bewegung der *Gilets Jaunes* selbst zutrifft: Beide entziehen sich jeder strategischen Überlegung und jedes abschließenden Urteils. Dell'Umbria betont euphorisch die neuen Knotenpunkte des peripheren Klassenkampfes innerhalb einer „globalen Fabrik" und bemerkt zugleich, dass die Blockaden der *Gelbwesten* kaum wirtschaftlichen Schaden verursachten. Er erfreut sich am unkontrollierbaren Herumstreifen des peripheren Proletariats in den Zentren der Macht und hebt zugleich ihre absolute gesellschaftliche Machtlosigkeit hervor. Dell'Umbria, der Autor einer opulenten Universalgeschichte von Marseille[3] und kämpfender Teil von Stadtteilkollektiven in der verachteten Hafenmetropole, weiß um die Probleme wie auch Dynamiken der Machtlosen. Er wird ihnen daher möglicherweise gerechter als Clover, indem er sie nicht in ein begriffliches Korsett zwängt; gleichzeitig lässt er sie auch bis zum 100. Akt blind umherirren und erfreut sich an ihrer Rache an den Zentren.

---

3 „Histoire universelle de Marseille. De l'an mil à l'an deux mille", Agone 2006.

Auch Dell'Umbria erwähnt, anschließend an den Text von *Agitations*, die Steuerfrage, jedoch mit historischer Perspektive. Er stellt die Paradoxie der *Gilets Jaunes* als antifiskalische Bewegung heraus, deren einziger historischer Referenzpunkt die Französische Revolution ist, im Zuge derer doch aber eben jene Steuern erst als würdigender Akt des neuen Staatsbürgers eingeführt wurden. Für die institutionell-etatistische Linke in Frankreich war die Steuer seitdem ein republikanisches Unterfangen im Sinne der Gleichheit, und alle antifiskalischen Forderungen – womit sie historisch im Recht lag – Angelegenheit der Liberalen. Doch heute, in gewisser Weise analog zur Riot-Strike-Riot-These, kehrt nicht nur der Aufstand wieder ins politische Geschehen zurück, sondern ebenso wird die spezifisch antifiskalische Revolte aus der absolutistischen Epoche zurück in die Zukunft der Klassenkämpfe des 21. Jahrhunderts katapultiert.

Der Politkwissenschaftler Samuel Hayat geht im zweiten von uns abgedruckten Text „*Die Gelbwesten und die Frage der Demokratie*" auf die ideologischen Kontinuitäten zwischen Macronismus und der Gelbwestenbewegung ein. In der citoyennistischen Ausrichtung letzterer wird die „authentische Meinung des Volkes ohne jede Vermittlung" gegen die korrumpierten Eliten in Stellung gebracht. Doch eben jene politische Unvermittelt- und Ungebrochenheit des „peuple" gleicht sich dem Macronismus insofern an, als dieser die (partei-)politischen Spaltungen vermittels des neoliberalen Imperativs der technokratisch zu verwaltenden Sachzwänge zu überwinden behauptet. Auch wenn bei Hayat die politökonomische Krisenanalyse als Ursache für die Angleichung von linken und rechten Volksparteien zurücktritt, so analysiert er dennoch treffend die Mechanismen der Postpolitik: Die Macronisten sowie die *Gilets Jaunes* sind weder rechts noch links. Der sich vor allem in der Forderung nach Volksabstimmungen artikulierende Citoyennismus ist also in der inneren Schranke des Volkes gefangen und kann sich nur zu einer emanzipatorischen Bewegung weiterentwickeln, indem er „den Dissens [demokratisiert]" und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Antagonismen als inneren Widerspruch artikuliert. Die dialektische Pointe von Hayat besteht darin, dass die citoyennistische Gelbwestenbewegung sich nur dann zu einer revolutionären Bewegung fortentwickeln kann, wenn sie den von der Parteipolitik überlieferten Antagonismus in ihren eigenen Reihen rettet und die inneren Spaltungen entlang von Geschlecht und Rassifizierung entgegen dem Mythos des unteilbaren Volkes artikuliert. Nicht ganz klar wird bei Hayat jedoch, was denn eigentlich mit der „für die Demokratie notwendigen [...]

Aufspaltung des politischen Körpers" passiert, wenn die strukturellen Antagonismen auf dem Müllhaufen der Vorgeschichte landen. Hier kommt dann doch die politikwissenschaftliche Fachborniertheit und formalistisch ahistorische Demokratietheorie durch.

Auch wenn die Kämpfe der *Gelbwesten*, im Gegensatz beispielsweise zu den in ihrer Zusammensetzung und Artikulation ähnlichen *gida-Bewegung, die sozialen Belange auf die Tagesordnung setzen, bietet diese Grammatik natürlich eine Vielfalt an Artikulationsmöglichkeiten für unterschiedliche politische Kräfte. Während die rassistischen und homophoben Aktionen und Verlautbarungen, die zu Beginn der Auseinandersetzung stärker zu beobachten waren, offenbar zurückgingen, treten zuletzt Verschwörungsdenken und damit verbundene antisemitische Ressentiments stärker zu Tage. Zuletzt sorgte der Angriff auf den jüdischen Philosophen Alain Finkielkraut für Aufsehen. Bereits zuvor gab es mehrere Vorfälle, bei denen antisemitische Lieder und Grüße angestimmt und gezeigt oder die jüdische Kontrolle der Medien und der Banken halluziniert wurden. Während die organisierte Rechte immer wieder durch antifaschistische Interventionen aus den Protesten gedrängt werden konnte, tut sich die Linke bekanntermaßen schwer mit reaktionären Kräften, mit denen sie zumindest einige ideologische Versatzstücke (Antiimperialismus, Antizionismus, Fokus auf das sog. Finanzkapital) teilt. Dabei handelt es sich beim Antisemitismus in seinen verschiedenen Spielarten um eine, wenn nicht die effektivste Waffe der Konterrevolution, verklärt sie doch alles Unheil der kapitalistischen Klassengesellschaft als geheime Machenschaft der Juden und verwandelt dadurch den Klassenkampf in ein Delirium, dessen Logik die des Pogroms ist. Deshalb gilt auch für die Bewegung der *Gelbwesten*, was die *Juives et Juifs révolutionnaires* in ihrem Aufruf „*Gegenüber den Antisemiten dürfen wir nicht untätig bleiben!*" gefordert haben: „Dieses Gift ist weder kleinzureden noch zu verharmlosen, sondern überall dort, wo es auftaucht, zu bekämpfen."

Diese Textauswahl erhebt selbstverständlich nicht den Anspruch, die Bewegung umfassend und abschließend abzubilden. Wir hätten gerne eine viel dickere Broschüre produziert, doch unsere gelbe Arbeitsgruppe hatte nur bescheidene Kapazitäten und Mittel. Auch wollten wir schnell sein und die unmittelbare Strahlkraft der Bewegung noch mitnehmen, um nicht Opfer des schlechten Gedächtnisses unserer potenziellen Leserinnen zu werden. Daher haben wir uns, ohne größere fachliche Qualifikationen nachweisen zu können, ans Übersetzen gemacht. Die Auswahl der

Texte erfolgte in einer nicht immer homogen denkenden Gruppe und die Übersetzungen folgten dem Primat der Effizienz. Wir können mit dieser Broschüre daher keine einheitliche Einordnung der Bewegung vornehmen, noch maßen wir uns an, mit unseren Übersetzungen den Autorinnen völlig gerecht zu werden. Unser Ziel ist es lediglich, durch diesen Import einiger Debattenbeiträge der letzten Monate, der eher schwachen und unmotivierten Auseinandersetzung mit der Bewegung der *Gelbwesten* innerhalb der deutschen Linken etwas Papier zur Hand zu geben – denn, soviel können wir vorwegnehmen: Die Situation ist sicherlich nicht exzellent, doch dummerweise wohl entscheidend.

100 Euro und ein Mars

Sozialer Aufruhr in Zeiten der Alternativlosigkeit.

„They didn't realize they'd be the slums of the future."

Penelope Spheeris, Suburbia, 1983

Es ist kein Geheimnis: Der Kapitalismus kann sein Versprechen, durch ständiges Wachstum Wohlstand in die Welt zu tragen, schon lange nicht mehr einlösen. Anstatt die Klassengesellschaft zu nivellieren, haben sich die sozialen Gegensätze in den letzten 40 Jahren verschärft. Die Einkommen der Lohnabhängigen stagnieren oder sinken. Die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen steigt seit den 1980ern wieder stark an. Trotz der großen Unterschiede zwischen historisch entstandenen Systemen von gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen, Regierungsformen, ökonomischer Institutionen und Niveaus der technologischen Entwicklung nahm im Kern jeder Teil der kapitalistischen Welt, wenn auch nicht im gleichen Umfang, an der beispiellosen Wirtschaftsexpansion der Epoche vor dem Ersten Weltkrieg teil, wurde von der verheerenden Depression der Zwischenkriegszeit getroffen, hatte Teil am großen Boom nach dem Zweiten Weltkrieg, und wurde von der strukturellen Krise nach unten gezogen, die in den späten 60ern begann.[4] Die Homogenität der ökonomischen Entwicklung führte zur Angleichung der Politik aller Parteien, die nach dem Motto „There is no Alternative" den Unmut, der sich weltweit seit dem Ende der 90er Jahre immer häufiger Bahn bricht, längst nicht mehr durch materielle Zugeständnisse befriedet, sondern mit Knüppeln und Tränengas niederschlägt.

4 Robert Brenner, Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn. London 2006.

Die Folge ist ein weitgehender Legitimationsverlust des ökonomischen und politischen Systems, der durch die große Rezession von 2007 bis 2009 vertieft wurde. Eine Welle von sozialen Kämpfen wurde ausgelöst, wie es sie lange nicht gegeben hat. Trotz der Wucht, die diese Bewegungen stellenweise entwickelten, scheiterten sie auf ganzer Linie in ihrem Anliegen, die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen abzuwenden. Die Rettungspolitik fürs Kapital wurde von brutalen Austeritätsprogrammen begleitet, die in den am stärksten betroffenen Ländern zu Massenarbeitslosigkeit und Massenelend führten. In der Folge setzte nahezu synchron ein Aufschwung der neuen, populistischen Rechten ein, welche den sozialen Unmut für nationalistische Agitation zu nutzen versuchte und breiten Zuspruch erhielt. In Frankreich fand die Anti-Austeritätsbewegung ihren letzten Nachhall im Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz *(Loi Travail)*. Im Jahre 2016 verabschiedete die sozialdemokratische Regierung unter François Hollande das Gesetz schließlich am Parlament vorbei. Damit wurde deutlich, was sich zuvor in den Krisenländern Europas gezeigt hatte: Die Herrschaft des Kapitals entkleidet sich zunehmend ihrer rechtlichen und parlamentarischen Vermittlungsformen.

Auf die Hoffnungen von Nuit Debout folgte die allgemeine Ernüchterung mit der Wahl Emmanuel Macrons zum französischen Staatspräsidenten, der die Lähmung der Gewerkschaften und Bewegungen zu einer Reihe weiterer „Reformen" zu nutzen wusste. Ohne größeren Widerstand konnte das Arbeitsrecht weiter geschliffen und die Privatisierung der staatlichen Eisenbahngesellschaft durchgesetzt werden. Unter diesen Umständen betraten die *Gelbwesten* im November 2018 völlig überraschend die Bühne. Sie reagierten auf die sich seit der Krise verschlechternden Lebensbedingungen, die durch die angekündigte Erhöhung der Benzin- und Dieselsteuer und die gesteigerten Lebenskosten sich weiter verschlechtern. Mit den Bewegungen der letzten Jahre haben große Teile ihrer Anhängerschaft die diffuse Orientierung an „wirklicher Demokratie" und das Selbstverständnis als „Volk" gemein, welches einer kleinen, korrupten und gierigen Elite gegenüberstehe. Macron wurde ihnen zur Verkörperung dieser Elite. In seinem arroganten Auftreten und seiner Politik der Steuergeschenke an die Reichsten steht er vortrefflich für das, was man für elitär, für „das da oben" hält, „le président des riches".

Mit diesem Text versuchen wir eine Lücke zu schließen, auf die wir beim Versuch, uns einen Reim auf die *Gelbwesten* zu machen, gestoßen sind. Was uns fehlte, war eine Analyse der besonderen französischen Situa-

tion im Zusammenhang mit der allgemeinen Tendenz sich verschärfender sozialer und politischer Widersprüche, die sich in allen entwickelten kapitalistischen Ländern vollzieht. Die Entwicklungen der französischen Politik und Ökonomie sind überhaupt nicht zu verstehen, ohne diese allgemeine Tendenz zu begreifen, da die kapitalistische Produktionsweise die verschiedenen Nationalökonomien in einen Prozess von Arbeitsteilung und Konkurrenz integriert. So gleichen sich wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch politische Reaktionsweisen in verschiedenen Ländern und Regionen an. Dadurch kommt es zu einer gewissen Synchronisierung von sozialen Bewegungen über Ländergrenzen hinweg. Andererseits müssen wir aber auch die besonderen Umstände der französischen Situation verstehen, um die Ursachen, Ausdrucks- und Verlaufsformen der jetzigen Bewegung zu begreifen und mit Blick auf zukünftige Entwicklungen deuten zu können. Am Ende dieser Vermittlungskette soll die um eine Vielzahl von ökonomischen, politischen und ideologischen Bestimmungen angereicherte konkrete Totalität der französischen Gesellschaft im Bilde der Gelbwestenbewegung erscheinen.

Der Abschwung der Weltwirtschaft und die Folgen

Um die Tiefe der gegenwärtigen Krise des politischen Systems zu ermessen, ist es notwendig, sich die Bedeutung des langen Abschwungs der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten vor Augen zu führen.

Mit der Krise von 1973/74 ging die Weltwirtschaft nach gut 20 Jahren stürmischen Wirtschaftswachstums in einen langen Abschwung über, der die Vorzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung umkehrte, die zu einer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften und steigenden Löhnen geführt hatte. Die Ursache für diesen Abschwung ist in einer strukturelle Überakkumulation von Kapital zu suchen, die sich während der beschleunigten Kapitalakkumulation der Wirtschaftswunderjahre aufgebaut hatte und zu einem branchenübergreifenden Fall der Profitrate führte.[5] In Reaktion auf diese Entwicklung gingen die Investitionen zurück und die Dynamik der Weltwirtschaft wurde von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus schwä-

5 Anwar Shaikh, The Current Economic Crisis: Causes & Implications. 1989.

cher. Die Folge war ein verschärfter Verdrängungswettbewerb zwischen den Unternehmen und der Aufbau einer Massenarbeitslosigkeit. Um die Profitabilität wieder zu erhöhen, ging das Kapital in den 80er Jahren zu einem umfassenden Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Proletarisierten über. Ein Angriff, der von der Politik aller Parteien unterstützt wurde.

Diese Entwicklung führte zu einer tiefgreifenden Restrukturierung in den Produktions- und Klassenverhältnissen, die die Proletarisierten in eine bis heute anhaltende Defensive brachte. In diesem Zuge erlebten nicht nur die alten Klassenorganisationen einen irreversiblen Niedergang, selbst die Vorstellung vom Widerstand gegen die destruktive Erneuerung der Kapitalherrschaft oder gar von ihrer Überwindung wurde nahezu vollständig ausgelöscht. Dadurch änderten sich das Terrain und die Erscheinungsformen des Klassenkonflikts fundamental.

Spezifik der französischen Situation

Frankreich war bis nach dem Zweiten Weltkrieg nur schwach industrialisiert. Ein Großteil der Bevölkerung lebte auf dem Land und arbeitete in der Landwirtschaft. Nach dem Krieg forcierte der Staat eine rasante Industrialisierung, die auf Lohndrückung und Arbeitsintensivierung beruhte. Die Gewerkschaftsbewegung dagegen blieb schwach entwickelt. Diese Schwäche hat ihre historischen Wurzeln in der Struktur der französischen Ökonomie, die von kleinen Unternehmen dominiert ist. Hier bieten sich keine guten Bedingungen für eine gewerkschaftliche Organisierung. Eine „Sozialpartnerschaft" wie in der BRD, welche den Gewerkschaften im Gegenzug für Frieden im Betrieb relativ große Einflussmöglichkeiten einräumt, konnte sich so nicht herausbilden. Der Unmut über die entfremdete Fabrikarbeit konnte deshalb auch nicht durch Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Kapital kanalisiert werden. Das Terrain des Klassenkampfs war nicht der Betrieb, sondern die Straße: Denn es musste nicht auf den Lohnherren, sondern auf den Staat als Akteur und Adressat des Klassenkonflikts Druck ausgeübt werden, wollte man Arbeitskämpfe für sich entscheiden. Die Initiative ging von den Streikbewegungen der Arbeiterinnen aus, die von der Gewerkschaft mehr oder weniger geschickt genutzt und politisch verstärkt wurden. Dies ist der Hintergrund des französischen Modells, welches aufgrund seines höheren Konfliktpotentials viele Beobachterinnen aus dem Ausland regelmäßig in revolutionäre

Wallungen versetzt. 1968 schließlich eskalierte der Unmut der Arbeiterinnenklasse in der Bewegung der Besetzungen, die von den Gewerkschaften nicht mehr kontrolliert werden konnte und den Staat an den Rand des Ausnahmezustandes trieb.

In Reaktion auf die Revolte von '68 versuchte der Staat, die Gewerkschaften auf Betriebsebene zu stärken und sie dadurch als Verhandlungspartner des Kapitals zu etablieren, um künftigen sozialen Unmut besser einzuhegen. Dieser Versuch scheiterte an der anhaltenden Schwäche der Gewerkschaften. In der Konsequenz sah sich der Staat gezwungen, die Rolle des Sozialpartners an Stelle starker Gewerkschaften zu übernehmen und den Klassenkompromiss unter eigener Regie zu etablieren. Dazu ergriff er eine aktive Rolle zur Regulation des Klassenverhältnisses und sorgte durch verschiedene Maßnahmen für eine Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Klasse und für den Ausbau ihrer Absicherung. Zu diesen Maßnahmen gehörten unter anderem die Anpassung von Löhnen an Preisindices, die Steigerung des Mindestlohns, die Ausweitung von Tarifverträgen einzelner Betriebe auf ganze Branchen und die Ausweitung der Arbeitslosenversicherung.

Die Grundlage für diese Form des staatlich vermittelten Klassenkompromisses war die Bereitschaft des Kapitals, die Eingriffe in das „freie Spiel der Kräfte" zu akzeptieren. Im Verlauf der 1970er Jahre änderten sich jedoch die Verwertungsbedingungen des Kapitals und damit auch seine Bereitschaft, die Arbeiterinnenklasse zugunsten des sozialen Friedens ökonomisch zu integrieren.

Hauptlinien der französischen Entwicklung

Waren es zu Beginn der 1980er Jahre in den USA und Großbritannien rechte Kräfte an der Regierung, die diese Restrukturierung auf dem Rücken des Proletariats anführten, wurde in Frankreich 1981 die *Sozialistische Partei (Parti Socialiste* – im folgenden *PS*) von François Mitterrand mit überwältigender Mehrheit in die Regierung gewählt. Im Bündnis mit der kommunistischen Partei *Parti Communiste Français* legte die Regierung ein ambitioniertes Programm vor, welches u.a. die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, ein Bauprogramm für Sozialwohnungen und die Senkung der Wochenarbeitszeit beinhaltete, während die Vermögens- und Erbschaftsteuer erhöht werden sollte. Der Wahlsieg Mitterrands nährte

die Hoffnungen auf weitergehende soziale Reformen und sollte doch ihr gerades Gegenteil hervorbringen. Innerhalb eines guten Jahres wurden die regierenden Sozialisten durch eine explodierende Inflation, massive Kapitalflucht und politischen Druck durch EWG und USA in die Knie gezwungen und gaben ihr Programm zugunsten einer harten Austeritätspolitik auf, welche sogleich die Arbeitslosigkeit in die Höhe und den Widerstand der Arbeiterinnen gegen die folgenden Angriffe des Kapitals schwächte.

In vielen Aspekten gleicht die Reaktion der französischen Politik der Politik der anderen entwickelten Länder: Staatsunternehmen wurden privatisiert, der Finanzmarkt dereguliert, die Sozialausgaben gekürzt. Ein besonderer Angriffspunkt war die Arbeitsregulierung, wie sie durch den Staat in Substitution für eine starke Gewerkschaft etabliert worden war. Sie stellte ein Hindernis für die Durchsetzung verschärfter Ausbeutung dar.[6]

Hierfür zentral waren zwei Prinzipien: 1.) Kollektive Vereinbarungen, die auf Betriebsebene getroffen wurden, konnten die gesetzlich fixierten Bestimmungen und Vereinbarungen nicht unterschreiten; 2.) die Festlegung eines Monopols der anerkannten Gewerkschaften, kollektive Vereinbarungen abzuschließen – also Belegschaften, Betriebsräte oder kleine Gewerkschaften von diesem Recht auszuschließen.

Um den Arbeitsmarkt zugunsten des Kapitals zu restrukturieren, mussten diese beiden Prinzipien untergraben werden. Die wesentlichen Ziele der verschiedenen Reformen, die seit der Präsidentschaft Mitterrands verabschiedet wurden, waren die Verlagerung der Verhandlungen auf Betriebsebene und die Untergrabung der Bindungskraft der gesetzlichen Bestimmungen, die sukzessive durch betriebliche Vereinbarungen unterlaufen werden konnten. Damit das Kapital solche Vereinbarungen schließen konnte, musste das Gewerkschaftsmonopol untergraben werden und damit schwache Verhandlungspartner auf Betriebsebene etabliert werden. Hier obsiegte die Tendenz der betrieblichen Vertreter, unter Bedingungen grassierender Arbeitslosigkeit Zugeständnisse im Tausch gegen Arbeitsplatzerhalt zu machen. Die institutionelle Schwächung der Arbeiterinnenklasse ebnete den Weg für die vom Kapital angestrebte Verschärfung der Ausbeutung.

---

6 Chris Howell, The French Road to Neoliberalism. Catalyst Journal 2/3 2018.

Verschärfte Ausbeutung, Deindustrialisierung und Prekarisierung

Auf der Ebene der Produktion erfolgte der Angriff des Kapitals in Form neuer Management-Strategien, die darauf zielten, die Hierarchie im Betrieb zu festigen, die Kontrolle über die Arbeiterinnen auszuweiten und sie zu einer höheren Leistung anzutreiben. Die neuen Methoden setzten eine Intensivierung und Flexibilisierung der Arbeit durch. Dadurch verschärfte sich die Ausbeutung der Arbeitskraft und mit ihr der Arbeitsstress, während die Produktivität der Arbeit gesteigert werden konnte. Durch das Zusammenwirken von weltweiten Überkapazitäten und steigender Produktivität ging die Beschäftigung im industriellen Sektor zurück. Dadurch wurden die alten Kerne der Arbeiterinnenklasse aufgebrochen und fragmentiert.

Wie in allen entwickelten Ländern wurden auch die französischen Arbeiterinnen in der Industrie durch die Kombination aus Produktionsverlagerung, Rationalisierung und Werksschließungen hart getroffen. Seit 1970 ist die Industriebeschäftigung um fast die Hälfte zurückgegangen. Die Beschäftigung in der Automobilindustrie hat sich zwischen 1980 und 2010 auf rund 230.000 halbiert; seit den 1990ern hat sich die Deindustrialisierung beschleunigt: Alleine in der französischen Autoindustrie gingen zwischen 2000 und 2014 100.000 Arbeitsplätze verloren. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung betrug 2017 in Frankreich noch 14% (BRD: 26,1) und liegt damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 19,6%. Seitdem finden sich viele Lohnabhängige in Bereichen wieder, in denen sie eine geringere Produktionsmacht besitzen und auf keine gewachsenen Kampfformen zurückgreifen können. Ihre Situation ist häufig durch Prekarität geprägt. Diese Verschlechterungen gingen zumeist mit einer „Lohnausterität" einher, so dass die Lohneinkommen stagnierten oder sogar sanken. Auch kleine Selbstständige und Kleinunternehmerinnen spüren einen zunehmenden ökonomischen Druck. Ihnen droht der Verlust ihrer selbstständigen Existenz und der Abstieg in die Lohnabhängigkeit, der mehr ein sozialer denn ökonomischer Abstieg wäre, dürfte in der Regel ihr Einkommen kaum das durchschnittliche Lohneinkommen übersteigen – im Gegenteil. Vor der Krise von 2007 bis 2008 erhöhten sich die Ungleichheiten noch dadurch, dass das Einkommen der Mehrheit der Lohnabhängigen stagnierte und jenes der Reichsten anstieg. Seitdem lässt sich ein absoluter Rückgang der Einkommen aufseiten der ärmsten Hälfte der Bevölkerung

verzeichnen.[7] Von dieser Entwicklung werden besonders Frauen getroffen, die häufig in prekären Arbeitsverhältnissen gefangen sind: 78% der Teilzeitstellen sind von Frauen besetzt; 70% aller befristeten Arbeitsverträge sowie der Zeitarbeitsverträge werden von Frauen abgeschlossen.

Zwischen 1998 und 2014 ist die Beschäftigung in 83% der 304 metropolitanen Beschäftigungszonen Frankreichs zurückgegangen. Den stärksten Rückgang erlebten die alten Industrieregionen Frankreichs: Paris, Picardie, Nord-Pas-de-Calais, das Elsass, Porte de Bourgogne, Champagne-Ardenne, Lorraine, der Raum Lyon, Rouen und Havre. Lediglich die Zone um Toulouse bildet aufgrund der dort angesiedelten Luft- und Raumfahrtindustrie eine Ausnahme. Die verlorenen Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie konnten durch das Wachstum anderer Sektoren nicht kompensiert werden. Gegenwärtig verharrt die Arbeitslosigkeit mit 9,4% auf einem hohen Niveau. Dazu kommt, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit gut 20% sehr hoch ist – deutlich über dem EU-Durchschnitt von 15% – und in den proletarischen Banlieues sogar bis zu 45% erreicht.

Bei all dem Gejammer des Kapitals über die unflexiblen und privilegierten französischen Arbeiterinnen steht es um deren soziale Absicherungen eher schlecht.

Atomisierung und Verlust von Klassenbewusstsein

Das Zusammenwirken der ökonomischen und politischen Entwicklungen hat den Druck auf diejenigen erhöht, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Die im Zuge der Kämpfe der 60er und 70er Jahre entwickelten Erfahrungen kollektiver Macht und Solidarität wichen zunehmend einem Gefühl des Kontrollverlusts. Im Zuge des Abschwungs gaben die Arbeiterinnen mit dem Streik ihre stärkste Waffe zugunsten einer an der Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals orientierten Politik auf, die durch Zugeständnisse bei Löhnen und Arbeitsbedingungen Arbeitsplätze retten

7 Zwischen 2008 und 2011 haben die ärmsten 10% der französischen Bevölkerung pro Jahr 360 Euro eingebüßt, während das Jahresdurchschnittseinkommen der reichsten 10% (nach Abzug von Steuern) um 1795 Euro angestiegen ist.

sollte. Nicht nur war diese Politik selten erfolgreich, und wenn dann nur um den Preis verschärfter Ausbeutung – sie transformierte dadurch den Klassenkonflikt zunehmend in einen Verteilungskonflikt zwischen verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen: Arbeiterinnen hier gegen die Konkurrenz im Ausland, die Arbeiterinnen gegen die Arbeitslosen, etc. Beim Versuch zu retten, was nicht zu retten war, trieben sie so die Vereinzelung, Konkurrenz und Prekarisierung voran.

Die Gewerkschaften konnten der Restrukturierung seit den 1980er Jahren nichts entgegensetzen. Sie verloren nicht nur den Staat als Adressat und Vermittler des Klassenkonflikts, sondern auch große Teile ihrer besser organisierten Basis, die der Deindustrialisierung und Fragmentierung der Arbeitswelt zum Opfer fielen. Insbesondere im Norden und Osten des Landes mussten die Gewerkschaften dabei zusehen, wie die zentralen Bastionen (Bergbau/Stahl) der Arbeiterinnenbewegung verschwanden. Mit ihnen starb die alte Welt der Arbeiterinnenklasse – und es entstand eine neue Welt prekärer Dienstleistungen und einer stärker fragmentierten Klasse. Gegenwärtig sind sie primär im öffentlichen Dienst (Eisenbahn, ÖPNV, Bildung, Post) organisiert, während sie im privaten Bereich und den Dienstleistungen völlig unterrepräsentiert sind, genau dort, wo heute viele Proletarisierte anzutreffen sind. Dadurch verlieren die Gewerkschaften weiter an Bedeutung als Bezugspunkt für viele der Unzufriedenen. Gegenwärtig sind nur noch 7,7% (ca. 5% im privaten Sektor) der Arbeiterinnen in Frankreich in einer Gewerkschaft organisiert.

Die Preisgabe der traditionellen Widerstandsformen und das Ausbleiben von Erfolgen kollektiver Gegenwehr untergruben zunehmend auch die Plausibilität der gesamten klassenorientierten Weltsicht: Es mangelt den Proletarisierten zunehmend an den symbolischen Mitteln, an einer gemeinsamen Sprache, um ihre Situation als Klassenausbeutung zu erfassen oder sich selbst als Klasse zu verstehen. Das trifft vor allem auf die neue Generation zu, deren Grunderfahrung Unsicherheit ist und bei denen selbst die Erinnerung an die Möglichkeit zum Widerstand nahezu ausgelöscht ist. An die Stelle des Klassenkampfs tritt häufig eine verbalradikale, aber orientierungslose Wut. Dadurch vollendet sich die Atomisierung der Proletarisierten, die mit der Auflösung des alten Arbeiterinnenmilieus durch Vervorstädterung und Kulturindustrie während der Boomjahre vorangetrieben wurde.

Sozial-geographische Polarisierung

Die nachgezeichnete Entwicklung führt auch zu neuen sozial-geographischen Polarisierungen. Die Konzentration von Finanz- und Versicherungsindustrie, von IT-Unternehmen, Anwaltskanzleien oder Werbeagenturen, sowie den Firmenzentralen der Großkonzerne in Großstädten machen den städtischen Raum zu einer attraktiven Anlagequelle überschüssigen Kapitals. In der neuen, spektakulären Stadt mit ihren glitzernden Bürotürmen, sanierten Altbauten, hippen Bars und teuren Mieten ist immer weniger Platz für viele Proletarisierte. Sie werden an die Ränder der Städte abgedrängt. In den Banlieues lebt das häufig migrantische Dienstleistungsproletariat der Städte, das sein Überleben durch schlecht bezahlte Jobs im Baugewerbe, der Gastronomie oder in den unteren Teilen der Verwaltung fristet. Daneben leben knapp 60% der Französinnen, große Teile der Industriearbeiterinnen, der Niedriglöhnerinnen im öffentlichen und privaten Sektor, Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen in der weiteren Peripherie der Klein- und Mittelstädte und des Landes. Hier macht sich die soziale Krise auch immer stärker als Raubbau der öffentlichen Infrastruktur bemerkbar: Immobilien verfallen, der Einzelhandel geht zugrunde, Krankenhäuser und Postämter schließen, der Bahnhof wird stillgelegt. Die Reform der französischen Staatsbahn vom Frühjahr 2018 besiegelte das Wegfallen von weiteren 10.000 km des Streckennetzes in ländlichen Regionen. Am 16. März berichten einige aus dem peripheren Département Indre nach Paris gereiste *Gelbwesten*:

„Wir demonstrieren nun seit 4 Monaten. Unsere Gegend ist stark von der Verödung und dem Wegfall von öffentlicher Daseinsfürsorge betroffen. Das Geburtshaus in Blanc wurde geschlossen, der Zug aus Paris hält nicht mehr in Argenton-sur-Creuse. Um einen Termin beim Augenarzt in Châteauroux zu bekommen, muss man ein Jahr warten und deswegen gehen wir dafür nach Limoges."[8]

Aufgrund dieser Verödung sind die Leute in diesen Gegenden auch immer stärker auf ihr Auto angewiesen, um das Lebensnotwendige zu besorgen oder um auf die Arbeit zu kommen. Sie pendeln somit täglich in diese

8 lemonde.fr/societe/article/2019/03/16/il-n-y-a-que-quand-ca-casse-qu-on-est-entendu-recit-d-une-journee-de-violences-des-gilets-jaunes-a-paris_5437197_3224.html.

Städte, in denen sie sich das Leben nicht mehr leisten können. Dies ist die Basis für die kulturalistische Aufladung des Gegensatzes von Stadt und Land, der sich in gegenseitigen Ressentiments der Städter und der Landbevölkerung ausdrückt. Doch die infrastrukturelle Verödung und damit einhergehende verschärfte Abhängigkeit vom Automobil greift auch in den Vorstädten der urbanen Agglomerationen um sich, die somit zunehmend im schroffen Gegensatz zur metropolitanen Mobilität in den Zentrumsgegenden der Großstädte stehen. Die große Erzählung des französischen Rechtspopulismus von den globalistischen und elitären Städten überdeckt diese synchrone Entwicklung zwischen tiefer Peripherie und den Vorstädten, nicht zuletzt aufgrund der rassistischen Abwertung der letzteren. Es ist (deshalb auch) kein Zufall, dass die *Gelbwesten* in den peripheren Gebieten am stärksten sind und hier den größten Zuspruch erhalten, während die Unterstützung in Paris am geringsten ausgeprägt ist.

Krise: ungelöst

Obwohl es dem Kapital überall gelang, den Ausbeutungsgrad zu erhöhen und die Profitrate wieder zu stabilisieren, blieb der erhoffte Aufschwung aus. Die Weltwirtschaft stagniert weiter und mit ihr die Beschäftigung. Die Profitabilität des französischen Kapitals erholte sich in den 80er und 90er Jahren weniger stark als in anderen Ländern. Seit der Einführung des Euro 1999 ist sie stark gefallen, während die Profitabilität des deutschen Kapitals bspw. deutlich wuchs. Im Resultat stagnieren die Investitionen und dadurch die Arbeitsproduktivität und das Wirtschaftswachstum. Die Autoindustrie wird von Konkurrenten zunehmend verdrängt, was einen Rückgang der französischen Autoproduktion zwischen 2004 und 2013 um 50% ausmachte. Im Jahr 2000 lag der Anteil der französischen Automobilexporte auf dem Weltmarkt noch auf dem vierten Platz; 2016 reicht es nur noch für Platz 11. Insgesamt ist der Anteil der französischen Exporte auf dem Weltmarkt von über 6% in den 70er und 80er Jahren auf 3,1% (2014) zurückgegangen, der Anteil an den EU-weiten Exporten von 12,7% (2000) auf 10,5%.

Seit der Krise von 2008/09 hat sich das Wachstum der französischen Wirtschaft nur sehr langsam erholt und ist 2018 wieder schwächer geworden. Das französische Kapital braucht folglich dringend Maßnahmen, um seine Profite zu erhöhen, und muss dafür die bisher einigermaßen verteidigten Arbeitszeiten, Löhne, Renten und öffentliche Daseinsvorsorge weiter schleifen.

An der grundlegenden Durchsetzung eines solchen Programms scheiterten mehrere Regierungen. Zuletzt verpasste François Hollandes Regierung im Jahre 2016 der *PS* den Todesstoß, indem er sich nicht davon abbringen ließ, die bereits erwähnte Arbeitsmarktreform nach dem Vorbild der Hartz-Gesetze trotz der Massenproteste durchzudrücken. Die *Loi Travail* brachte dem Kapital verlängerte und flexiblere Arbeitszeiten, die Lockerung des Kündigungsschutzes sowie die Auflösung des Flächentarifvertrags. Bei der folgenden Präsidentschaftswahl 2017 bekam die PS schließlich noch ganze 7,44% der Stimmen und verlor demnach knapp 22%. Damit reiht sich die französische Sozialdemokratie in die Linie der ruinierten Traditionsparteien der europäischen Sozialdemokratie ein, die infolge ihrer beflissenen Austeritätspolitik in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden drohen.[9] Indem sie im Verbund mit den anderen bürgerlichen Parteien das kränkelnde Kapital zu restaurieren versuchte, trieb sie die Erosion des politischen Systems voran. Denn allen Versuchen der Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen zum Trotz: Der erhoffte Aufschwung blieb aus, während sich die soziale Lage für Viele verschlechterte. Dadurch entsteht ein politisches Vakuum von einem Ausmaß, das es im Verlauf des 20. Jahrhunderts nicht gegeben hat.

Progressismus

Im Zuge des Niedergangs der Sozialdemokratie bzw. des politischen Zentrums im Allgemeinen entstehen neue Kräfte, die das frei gewordene Terrain zu besetzen versuchen: der zentristische „Progressismus" einerseits, links- und rechtspopulistische Parteien andererseits, die sich als rebellische Stimme des Volkes gegen die sog. globalistischen Eliten präsentieren. Diese Tendenzen traten in den französischen Wahlen von 2017 bereits deutlich hervor: Die wirtschafts- und sozialliberale „Bewegung" *En Marche!* um den ehemaligen Investmentbanker Emmanuel Macron, die linkspopulistische Partei *La France Insoumise* um Jean-Luc Melénchon und Marie Le Pens *Front National* – heute zu *Rassemblement National (RN)*

9 Die niederländische Partij van de Arbeid rangierte 2017 noch 5,7%; die griechische PASOK erhielt 2015 noch 4,7% der Stimmen; im größten osteuropäischen EU-Staat Polen gibt es keine sozialdemokratische Partei mehr im Parlament und auch hierzulande verliert die SPD immer mehr an Boden.

umbenannt – machten das Rennen um die Präsidentschaft unter sich aus.

Emmanuel Macron, der zuvor noch als Parteiloser in der sozialistischen Regierung Manuel Valls das Wirtschaftsministerium innehatte, konnte sich in den Präsidentschaftswahlen 2017 nicht nur gegen Le Pen, sondern auch gegen die Kandidaten der traditionellen konservativen und sozialistischen Parteien durchsetzen. *En Marche!* repräsentiert die Interessen des transnational orientierten Kapitals, welches neben weiteren Reformen zur Steigerung seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit auch den Ausbau der zwischenstaatlichen Institutionen verlangt, die zur Stabilisierung des globalen Kapitalismus immer wichtiger werden. Dieses Interesse findet seinen politischen Ausdruck in der Zielsetzung, die „europäische Integration" voranzutreiben. Sie dient als ideologischer Bezugspunkt für ein klassenübergreifendes Bündnis aller „progressiven Kräfte" gegen den neuen Populismus. Es vereint dabei die bürgerlichen Schichten mit Teilen der bessergestellten, urbanen Angestellten und hat sowohl die kleineren liberalen Parteien absorbiert, als auch den rechten Flügel der *PS* und Teile der konservativen Republikaner gewonnen. Damit gelingt es Macron, die Wählerbasis anzusprechen, um die sich die *PS* nach ihrem *Turn* erfolglos bemühte. Unter den einfachen Arbeiterinnen und Angestellten und insbesondere unter deren ärmsten Schichten konnte Macron nicht zuletzt aufgrund seines offenen Sozialchauvinismus („Ihr seid Nichts", „Ich brauche nur über die Straße zu gehen und finde einen Arbeitsplatz für dich") jedoch kaum Zustimmung gewinnen. Seine soziale Basis ist zahlenmäßig zu schwach, um einen stabilen herrschenden Block zu bilden. Dass Macron auf dieser Basis überhaupt gewinnen konnte, liegt einerseits daran, dass die Armen und einfachen Arbeiterinnen zum Großteil überhaupt nicht mehr wählen, was den Stimmen aus den Mittel- und Oberschichten, die sich weiterhin mit dem System identifizieren und wählen gehen, doppeltes Gewicht gibt. Am Ende wurde Macron unter einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 74,7% ins Amt befördert. Zudem zeigt sich in der Wahl Macrons ein Abschmelzen der republikanischen Front, dem Bündnis aus Linken und Konservativen, die sich in den Stichwahlen zur Präsidentschaft gegen den *Front National* stellte: Als es mit Jean-Marie Le Pen im Jahr 2002 das erste Mal einem Vertreter des *FN* gelang, in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen einzuziehen, errang er dort nur 17% der Stimmen. Seine moderater auftretende Tochter schafft es 15 Jahre später gegen Macron beinahe auf das doppelte Ergebnis.

Große Sympathie für sein Programm kapitalfreundlicher Reformen[10] kann der Progressismus also nicht erwecken und selbst als kleineres Übel taugt er immer weniger. Die Unfähigkeit, die eigenen Reforminteressen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu artikulieren, kennzeichnet die Instabilität von Macrons post-ideologischem Herrschaftsprojekt. Bruno Amable und Stefano Palombarini prognostizierten schon 2017/18, dass die Regierung Macron auf dieser fragilen Basis zur Durchsetzung ihres Regierungsprogramms zu autoritären Mitteln greifen und sich auf massiven Widerstand einstellen müsse.[11]

Die Bewegung der Gelbwesten und die Implosion des Progressismus

Die Prognose von Amamble und Palombarini wurde schließlich von den *Gilets Jaunes* nachdrücklich bestätigt. Sie leiten die Implosion des zentristischen Progressismus in Frankreich ein und bestätigt damit eine allgemeinere Entwicklung, wie sie sich zuletzt in der Niederlage Clintons in den USA zeigte. Die *Gilets Jaunes* versammeln unter sich diejenigen, die sich durch den Macronismus nicht repräsentiert, sondern ökonomisch, aber auch kulturell angegriffen sehen. Ihre größte Basis haben sie unter den Lohnabhängigen und Klein- und Selbstunternehmerinnen in den ländlichen Gebieten, die durch die Erhöhung der Benzin- und Dieselsteuer am stärksten betroffen sind und für die Macron mit seinen Steuergeschenken für die Reichen und seinem Chauvinismus den sich zuspitzenden Gegensatz von Stadt und Land hervorragend verkörpert. Arbeiterinnen und Angestellte stellten Umfragen zufolge bereits Anfang Dezember eine klare Mehrheit der interviewten Demonstrantinnen. Waren die Bewegungen und Riots von 2005 und 2006, 2011 und 2016 sehr stark von jungen Männern geprägt, ist die demographische Zusammensetzung der *Gelbwesten* heterogener: So beteiligen sich Menschen allen Alters an der Bewegung und

10 Mehr zur neoliberalen Umstrukturierung des französischen Hochschulwesens unter Macron: David Pape, Marius Bickhardt, „Loi Vidal, sélection sociale!" Über die Proteste... Frankreich. express Zeitung 8/9 2018.

11 Bruno Amable, Stefano Palombarini, Von Mitterand zu Macron. Über den Kollaps des französischen Parteiensystems. Frankfurt a.M. 2018.

fast die Hälfte von ihnen sind Frauen. Es handelt sich nicht um die ärmsten Schichten des Proletariats, sondern eher um diejenigen, die im Abstieg begriffen sind. Dafür spricht auch die sozial-geographische Charakteristik der Bewegung: Sie entbrannte entlang der peri-urbanen und ländlichen Räume, nicht in den städtischen Banlieues, in denen die Arbeitslosigkeit noch höher und die soziale Situation durch rassistische Segregation zusätzlich verschärft ist. Die gegenwärtige Revolte ereignet sich weitgehend entkoppelt von den Kernen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und abseits der Direktiven der Gewerkschaftszentralen. Davon zeugt, dass ein Großteil (56%) der Beteiligten keine Streikerfahrung hat und die Gewerkschaftsführungen dieser von ihr nicht orchestrierten Bewegung weitgehend ablehnend gegenüberstehen. Doch auch die Widersprüche zwischen den Führungsinstanzen der Gewerkschaften und ihrer Basis spitzen sich seit den letzten Niederlagen im Kampf gegen die Reform der Rentenversicherung (2010) und gegen das neue Arbeitsgesetz (2016) zu. Einerseits scheint es sich bei den *Gelbwesten* also um Gruppen von isolierten, ländlichen Arbeiterinnen zu handeln, die durch die Gewalt der Klassenausbeutung geprägt sind, ohne jedoch die kollektive Erfahrung des Klassenkampfes gemacht zu haben. Andererseits finden sich aber auch militante Betriebsgruppen, die sich vermittels der Erfahrungen des Scheiterns im Zuge der vergangenen sozialen und Streikbewegungen im Widerspruch zu den Gewerkschaftszentralen radikalisiert haben oder aber innerhalb der Gewerkschaften durch Rassismus marginalisiert sind (wie beispielsweise in der Logistik im Pariser Raum).[12] Die widersprüchliche Ausgangslage eines Klassenkampfes ohne Klassen kommt wiederum auch in den Mitteln und Zielen der Bewegung zum Ausdruck.

Ohne Verankerung in den Betrieben konnte die Bewegung auf der Ebene der Produktion keine Aktivität entwickeln. Stattdessen versuchte sie ökonomischen und politischen Druck durch die Blockade von Mautstationen, Verkehrskreiseln und Einkaufszentren aufzubauen. Die Ignoranz, mit der die Regierung dieser ersten Phase (November 2018) des Protestes begegnete, zeigt die Schwäche solcher Versuche, jenseits der Produktion und noch dazu in der ländlichen Peripherie die Ökonomie durch Verkehrsblockaden zum Stehen zu bringen. Der ökonomische Schaden der

12 Charles Reeve, The Class Struggle in France. Yellow Fever: Viruses Good and Bad. The Brooklyn Rail Journal Februar 2019.

ersten Blockaden war letztlich gering. Die Demos, zu denen in hunderten Städten aufgerufen wurde, bewegten bereits mehr, nicht zuletzt, da sie, häufig durch Krawalle verstärkt, das alljährliche Weihnachtsgeschäft in den Innenstädten unterbrachen. Der Wirtschaftsminister Bruno Le Maire beziffert den durch die *Gelbwesten* verursachten Schaden am 19. März auf 0,2% des BIP – im Vergleich dazu hatte der monatelange Streik der Eisenbahnerinnen im Frühjahr 2018 anscheinend nur die Hälfte des Wachstumsrückgangs verursacht. Dies zeigt, wie auch die Zirkulationskämpfe wirtschaftlichen Druck ausüben können, in diesem Falle auf das Hotelwesen und die Tourismusindustrie sowie die Gastronomie und den Einzelhandel. Dennoch drückt die Heftigkeit der Krawalle zunächst nicht die Stärke, sondern vielmehr die Schwäche der Bewegung aus, die nur durch diese gewaltigen Anstrengungen und Risiken irgendeinen Druck aufbauen konnte. Bemerkenswert ist die Zählebigkeit der Bewegung, die zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Broschüre bereits 18 Wochen existiert. Bemerkenswert ist zugleich auch, dass es in dieser Zeit kaum Fortschritte hinsichtlich einer Verstetigung der Organisierung gab. Zwar wurde gemeinsam mit der Klima- und Frauenbewegung, mit Arbeiterinnen und Schülerinnen demonstriert, jedoch sind bisher alle Aufrufe zur Bildung lokaler Versammlungen weitgehend verhallt, die als Orte der Diskussion, Bewusstseinsbildung und einer Ausweitung der Aktionen dienen könnten. Dass die Verkehrskreisel zu Beginn des Jahres systematisch von der Polizei geräumt und die Bußgelder im Falle einer Neubesetzung erhöht wurden, hat dabei auch eine Rolle gespielt. Da keine festen Organisationskerne entstehen, in der sich eine Klassenformierung vollziehen könnte, sind die *Gelbwesten* dazu verdammt, permanente Demonstrationen und Blockaden durchzuführen, um den Druck auf die Regierung und ihren eigenen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten.

Die heterogene Zusammensetzung der Bewegung wird auf der ideologischen Ebene mit dem Standpunkt des gesunden Menschenverstands zusammengehalten, der sich an der Vorstellung einer „moralischen Ökonomie" orientiert. Dies schlägt sich in den Forderungen nieder, die vom Prinzip der Gerechtigkeit geleitet sind: Die Reichen sollen viel geben, die Armen Unterstützung finden. Der Progressismus scheint dieses moralische Motiv nach einer gerechten Einrichtung der Ökonomie nicht vereinnahmen zu können. Er verkörpert gerade die unmoralischen, technokratischen Eliten, denen durch die Einführung direkt-demokratischer Elemente in Form eines institutionalisierten Volksentscheids, dem *RIC (referendum d'initiative citoyenne)*, der Volkswille entgegengestellt wird.

Endstation Autoritarismus

Trotz der zwischenzeitlich eskalierenden Bewegung der *Gelbwesten* war die Regierung zu keinen substanziellen Zugeständnissen bereit. Stattdessen versuchte sie der Bewegung durch ein Wechselspiel von Repression, identitärem Nationalismus und Demokratieinszenierung Herr zu werden.

Das brutale Vorgehen der Polizeikräfte, die durch den Einsatz von Gummigeschossen und Granaten dutzende Menschen teils schwer verletzten, soll abschreckend wirken. Durch die öffentliche Verurteilung von Gewalttäterinnen und „Mörderinnen" wurde versucht, die Gewalt der Polizei zu legitimieren und die Protestierenden zu spalten. Die Polizei dagegen wurde im Dezember für ihr Vorgehen mit einer Gehaltserhöhung belohnt. Die Repression auf der Straße wird begleitet vom Vorstoß eines Loi anti-casseurs (dt. Antikrawall-Gesetz), das den polizeilichen Demonstrationsverboten, die durch den 2015 in Folge der islamistischen Terroranschläge ausgerufenen Notstand ermöglicht wurden, zu allgemeingültiger Gesetzeskraft verhelfen würde. Das im März 2019 beschlossene Gesetz erlaubt es dem zuständigen Polizeipräfekten, der direkt dem Innenministerium unterstellt ist, Demonstrationsverbote ohne richterlichen Erlass zu verfügen, insofern „es ernste Gründe für die Annahme gibt, dass diese Personen eine besonders gravierende Gefahr darstellen" (§2). Dies bedeutet de jure das Ende der verfassungsrechtlichen Versammlungsfreiheit.[13]

Parallel wurde im Zuge der ersten Stellungnahme Macrons zu den *Gilets Jaunes* am 10. Dezember vermittels der Anrufung der nationalen Identität und der Verschiebung der Auseinandersetzung auf das Feld der Zuwanderungspolitik, die unter den *Gelbwesten* bis dato eine untergeordnete Rolle spielte, versucht, den sozialen Konflikt in nationalistische Bahnen zu lenken. Darin kommt das Dilemma des von Macron verkörperten Progressismus zum Ausdruck: Er kann die gegenwärtig revoltierenden Gruppen weder materiell noch ideologisch integrieren. Die Proteste polizeistaatlich niederzuhalten, untergräbt jedoch auf lange Sicht die Macht der bürgerlichen Klasse und die Funktionsweise des politischen Systems überhaupt: „Zu jeder bestehenden Macht gehört also die Zustimmung derer, die ihr

13 Anfang April hat das französische Verfassungsgericht den zweiten Paragraphen bezüglich der Demonstrationsverbote rückwirkend zensiert und für verfassungswidrig erklärt.

unterworfen sind. Hört die Zustimmung auf, so hört die Macht auf, und es beginnt der Kampf um ihre Neubegründung."[14]

Der letzte verzweifelte Versuch, die Proteste der *Gilets Jaunes* zu kanalisieren, bestand in der spektakulären *grand débat* national (große nationale Debatte), einer hilflosen Demokratieinszenierung, bei der Macron auf lokalen Versammlungen mit Bürgermeisterinnen debattierte. In der ersten Phase der Debatte (Dezember – Januar) sollten die Bürgerinnen in ihren Rathäusern Beschwerdehefte einreichen, auf Grundlage derer dann diskutiert würde. Die niedrigen Beteiligungszahlen bei der Aktion deuten das Scheitern auch dieses Integrationsversuchs an.

Die Tendenz der Autoritarisierung des französischen Staates, welche sich im Zuge der *Gelbwesten* verschärft, muss jedoch im Lichte der jüngeren Vergangenheit verstanden werden. Im Zusammenhang der Kämpfe gegen die *Loi Travail* von 2016 überlagerten sich mehrere Verselbständigungsprozesse der Exekutive: vermittels der Notstandsverordnung wurden von der Polizei Demonstrationsverbote ausgesprochen und das Arbeitsgesetz wurde schließlich entgegen der innerparteilichen Mehrheit im *PS* sowie gegen das Parlament per Dekret angenommen. Unter Macron wurde dieser Regierungsstil mit den sogenannten Verordnungen vom September 2017 (Ordonnances), welche autonom von der Regierung entworfen und vom Parlament lediglich ratifiziert wurden, fortgesetzt. Ein zentrales Ziel sowohl der *Loi Travail* als auch der *Ordonnances* bestand in der gesetzlich verordneten Ausschaltung der Gewerkschaften als überbetrieblicher Vermittlungsinstanz zwischen den Polen von Kapital und Arbeit. Die Flexibilisierung der Ausbeutungsbedingungen des Kapitals wurde erreicht, indem die *Ordonnances* den Geltungsbereich von Unternehmensvereinbarungen auf die Felder von Löhnen, Arbeitsbedingungen und Überstundenvergütung ausweiteten und die Deckelung der Abfindungszahlungen für die Arbeitsgerichte als gesetzlich bindend erklärten.

Das neoliberale Durchregieren hat also zu einer systematischen Ausschaltung unterschiedlicher Vermittlungsinstanzen, ob (Arbeits-)Justiz, Parlament oder Gewerkschaften, geführt. In dieses autoritäre Vermittlungsvakuum bricht nun der Kampf der *Gelbwesten* hinein und mit ihm an

14 Paul Tillich, Die sozialistische Entscheidung. Berlin 1980.

vorderster Front die Forderung nach dem RIC. Die Popularität dieser problematischen Forderung, die Samuel Hayat als Ausdruck eines „demokratischen Verlangens" bezeichnet, lässt sich auf die als illegitim empfundene Politik einer verselbstständigten Exekutive der letzten Jahre zurückführen. Die *Gilets Jaunes* antworten also auf den Vermittlungsverlust mit der Unvermitteltheit eines unteilbaren Volkswillens. Die *Gelbwesten* lassen hier die Widersprüchlichkeit des autoritären neoliberalen Staates zu Tage treten. Das Mittel der staatlichen Befriedung besteht seit je in der Integration von Antagonismen über gesellschaftliche Vermittlungen, wofür paradigmatisch die Verrechtlichung von Arbeitskämpfen steht. Da der Neoliberalismus der letzten Dekaden die gewerkschaftlichen Vermittlungen jedoch immer weiter geschwächt hat und der Parlamentarismus sich mit dem Ende der Sozialdemokratie und dem autoritären Regierungsstil ebenfalls zu erschöpfen scheint, artikuliert sich der soziale Konflikt nun zunehmend antagonistisch, wie uns die samstäglichen Riots im Dezember verdeutlicht haben. Der Widerspruch verdichtet sich in jenem Moment, als die Regierung im Dezember verzweifelt Vertreterinnen der Gelbwestenbewegung zum Verhandlungstisch gebeten hat und die Bewegung darauf mit Morddrohungen reagierte.

Die *Gelbwesten* haben die Legitimationskrise des politischen Zentrums und der dominanten Fraktionen des französischen Kapitals verdeutlicht. Macrons Versuch, die Bewegung entlang eines Zuwanderungs- und Integrationsdiskurses zu vereinnahmen, gibt einen Hinweis darauf, dass die liberale Bourgeoisie bereit ist, dem rechten Populismus ideologische Zugeständnisse zu machen, um so die Wut in nationalistische Bahnen zu lenken. Ob Macron selbst es gelingt, die gegenwärtige Bewegung zu befrieden, ist jedoch zweifelhaft. Er kann eine solche Position jedoch weder durchhalten, da er so seine eigene soziale Basis gegen sich aufbringen würde, noch kann er sie gegenüber den Wütenden authentisch verkörpern. Realistischer scheint vor diesem Hintergrund, dass die populistischen Kräfte gestärkt werden, die sich als Rebellen gegen das Establishment inszenieren können, solange sie nicht selbst an der Macht sind.

Integration von Links oder Rechts?

Das rechte populistische Lager zieht seine Energie aus der vollkommenen Selbstdiskreditierung des Zentrums und inszeniert sich als Gegner der neoliberalen Eliten, denen es Protektionismus, Nationalismus und einen

exklusiven Sozialstaat entgegensetzt. Es fängt damit vor allem schutzbedürftige Kleinunternehmerinnen und enttäuschte Arbeiterinnen ein, hat jedoch zugleich auch eine stabile Klientel und finanzkräftige Unterstützerinnen im reaktionären Patronat und der rechten Bourgeoisie. Daher ist der Widerspruch zwischen der rebellischen Basis, der man einen Antielitismus verkauft, und realer Politik und Klassenlage der Führung ziemlich groß.

Der rechte Populismus ist damit in der widersprüchlicheren Lage, sich als Partei des legitimen Zorns und der Ordnung gleichermaßen vermarkten zu müssen. Nach den Krawallen der *Gelbwesten* war es so auch zuerst an Marine Le Pen, von der Polizei die Beseitigung der „gewalttätigen Elemente" zu fordern. Bereits während der Bewegung gegen die Loi Travail forderte sie die konsequente Durchsetzung der Demonstrationsverbote gemäß der damals in Kraft getretenen Notstandsverordnung.

In Konkurrenz zu den rechten Souveränistinnen versucht die linkspopulistische Erneuerungsbewegung *La France Insoumise (FI)* unter Führung von Jean-Luc Melénchon, die um sich greifende, diffuse Wut auf ihre Mühlen umzulenken. Bei den Präsidentschaftswahlen 2017 erhielt er 19,6 % der Stimmen im ersten Wahlgang und kam damit in die Nähe von Macron und Marine Le Pen. Mit ihren Nebenbuhlerinnen von rechts scharen sich die *Insoumise,* die Widerspenstigen, um die *Gelbwesten* und versuchen sich – ähnlich ihrer griechischen und spanischen Vorläufer – als authentische Stimmen und Verwalter der Bewegung zu etablieren. Ihr Programm ist im Wesentlichen eines der Erneuerung der Sozialdemokratie und zielt über alte Vorstellungen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik darauf ab, die Lage der Arbeiterinnen zu verbessern. *La France Insoumise* erhält vor allem unter Arbeiterinnen und Angestellten einen nicht geringen Zulauf. Dieses linkspopulistische Lager kann sich in den heißeren Phasen sozialer Auseinandersetzungen gegenüber der Rechten authentischer als die wirkliche Opposition verkaufen. Sie sind schließlich nicht abhängig von einer kleinbürgerlichen oder bourgeoisen Klientel wie der *Rassemblement National.* Zudem verspricht das keynesianische Programm der *FI* eine Rückkehr zu genau dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat und seiner Verteilungsgerechtigkeit, den viele der *Gelbwesten* einfordern. Man könnte folglich vermuten, dass der Linkspopulismus von den Protesten profitiere und aus der Niederlage des politischen Zentrums die Linke gestärkt hervorgehen würde. Dies kann bislang jedoch nicht konstatiert werden. Weder innerhalb der *Gelbwesten* spielt die populistische Linke

eine nennenswerte Rolle, noch konnte sie in den Umfragen (sofern man diesen eine besondere Aussagekraft zusprechen mag) bedeutende Gewinne verzeichnen – teilweise trifft sogar das Gegenteil zu: Für die kommenden Europawahlen rangiert sie mit 8% konstant weit hinter Le Pen (20,5%). In Umfragen für die Präsidentschaftswahl hat sie im Vergleich zum Wahljahr 2017 (19,6%) sogar Stimmen verloren und steht mit 12% ebenfalls weit hinter dem *RN* (27%). Dieses Ausbleiben eines linken Turns der *Gelbwesten* lässt sich wohl am ehesten durch ihr postideologischen Politikverständnis verstehen. Die *Gilets Jaunes* lehnen die traditionellen politischen Lager ab und fordern einen dritten Weg jenseits von Sozialismus und Kapitalismus ein, ohne davon eine klare inhaltliche Vorstellung zu haben. Sie wollen sich nicht auf linke Repräsentantinnen und ihre Programme verlassen, sondern vor allem auf den gesunden Menschenverstand, der über die direkte Volksvertretung eine moralische Ökonomie wiedereinführt, die es so natürlich nie gab. Anders als *Syriza* in Griechenland oder *Podemos* in Spanien ist die *FI* auch kein Resultat einer sozialen Bewegung und erscheint den *Gilets Jaunes* daher als Teil des feindlichen politischen Establishments und nicht als eigener politischer Ausdruck. Auch wenn der 18. Akt der *Gilets Jaunes* am 16. März eine der ersten Aktionstage markierte, in denen sich die rechtsradikalen Kadergruppen komplett aus der Bewegung zurückgezogen haben, ist es dennoch nicht unwahrscheinlich, dass der *RN* leichter an das diffuse politische Weltbild der *Gilets Jaunes* andocken kann als die reformistische Linke. Der rechte Populismus ist auf einer ideologischen Ebene opportunistischer und integrativer, wenn es darum geht, die Wut und ein dichotomes Weltbild zu adaptieren.

Auf lange Sicht mangelt es jedoch sowohl dem linken als auch dem rechten Populismus an der Fähigkeit, die aufbrechenden Widersprüche zu befrieden. Dafür fehlt es ihm an einer realistischen ökonomischen Strategie, die die tiefliegenden Probleme einer global verflochtenen Nationalökonomie lösen könnte. Die Vorstellung, dass sich durch den Rückzug aus den supranationalen Institutionen und Verträgen ein neuer national-sozialer Kompromiss schließen ließe oder dass gar eine durch protektionistische Maßnahmen gestützte Reindustrialisierung realisierbar wäre, ist illusionär. Wenn sie sich überhaupt gegen die Widerstände der dominanten, transnational orientierten Fraktionen des Kapitals durchsetzen kann, dann führt diese Politik zu Verwerfungen im Handel und zur Zerrüttung sorgsam über Jahrzehnte aufgebauter institutioneller Arrangements und verschärft damit die geopolitischen Spannungen und die zunehmende In-

stabilität des gesamten Systems. Sie wird aber nicht zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft führen und damit auch die sozialen Widersprüche nicht entschärfen können. Mit dem nächsten Kriseneinbruch am Horizont ist vielmehr damit zu rechnen, dass die sozialen Belange zurück an die Oberfläche drängen und sich neue Protestbewegungen entzünden werden.

Die Gelbwesten und das politische Vakuum der Gegenwart – Une situation excellente?

Vor dem Hintergrund der dargestellten polit-ökonomischen Situation lassen sich die *Gilets Jaunes* als eine Bewegung des Mangels deuten: In ihren Räumen, Aktionsformen, Symbolen wie auch ihrem Politikverständnis drücken sich verschiedene Leerstellen aus, die die kapitalistische Restrukturierung der letzten Jahrzehnte hinterlassen hat. Die Deindustrialisierung und der Abbau des Wohlfahrtsstaates führten zu einer sozialen und kulturellen Verödung zahlreicher, v.a. ländlicher Regionen und der Auflösung ihres proletarischen Milieus. Dieser Umstrukturierung der Produktion konnten die Gewerkschaften kaum etwas entgegensetzen, was zu einem Verlust von betrieblicher Mitbestimmung und sinkender Streikaktivität führte. Zugleich verschwand auch der Staat als Adressat und Vermittler sozialer wie betrieblicher Konflikte und wurde zu einem reinen Sachwalter des Kapitalinteresses. Paradigmatisch hierfür steht der Niedergang der (französischen) Sozialdemokratie, deren Programm von ebendieser vermittelnden Funktion abhängt. Gleichzeitig zu diesem Verschwinden intermediärer Institutionen und proletarischer Milieus spitzt sich jedoch die soziale Situation der nun Vereinzelten zu. Die Not trifft folglich auf einen Leerraum: Soziale Probleme lassen sich nicht mehr benennen, Kämpfe nicht mehr führen und Kollektivität kaum mehr herstellen. Diese Unmöglichkeit, Ausbeutung noch als solche zu benennen, führt dazu, dass sich die Wut andere Wege sucht. Sie kann sich im Riot Bahn brechen, sie kann im Schulterschluss mit dem Chef die eigene Not gegen die Not der Anderen ausspielen oder kann stumm bleiben, da ihr die Sprache fehlt. In den *Gilets Jaunes* erscheint ebendiese Konstellation von sozialer Krise und Mangel. Sie bieten uns daher einen Blick auf unsere politische Gegenwart im Brennglas und verraten uns zugleich möglicherweise auch etwas über kommende wie vergangene Kämpfe.

Die Räume, Symbole und Politik der *Gelbwesten* sind Geburten der sozialen Krise, die sich nicht mehr gemeinsam aussprechen und bearbeiten

lässt. Sie mussten mit dem unmittelbar Vorgefundenen kämpfen und fingen daher an, gemeinsam die Räume und Symbole der Vereinzelung zu besiedeln. Die Bewegung nahm ihren Ausgang folglich weder von der Produktion – wie noch die Arbeiterinnenbewegung – noch vom öffentlichen urbanen Raum – wie die jüngeren Bewegungen der Plätze oder auch die Autonomen – sondern von den Nicht-Orten des peripheren, semi-urbanen Raums. Bevor die *Gilets Jaunes* die Kreisverkehre besetzten und sich auf kommerziellen Großparkplätzen verabredeten, hatte diese Umwelt eine rein transitorische Funktion: Nichts an diesen Räumen schien politisch oder sozial. Während die Orte vorangegangener Bewegungen zumeist durch Beziehungserfahrung, Identität und Geschichte gekennzeichnet waren, müssen die *Gelbwesten* die glatten Nicht-Orte der Gegenwart erst politisieren. Marc Augé beschreibt diese Orte der einsamen Durchreise folgendermaßen: „Der Raum des Nicht-Ortes schafft keine besondere Identität und keine besondere Relation, sondern Einsamkeit und Ähnlichkeit."[15] Indem überall in den französischen Provinzen Kreisverkehre besetzt werden, kann diese Einsamkeit jedoch kurzzeitig kollektiv aufgehoben werden: Während der Besetzungen, Blockaden und Versammlungen lassen sich Beziehungen herstellen, die zuvor durch die automobile Subjektivität verhindert wurden. Man trifft sich schließlich nicht nur zum Blockieren, sondern auch zum Diskutieren: Gesellschaftliche Probleme werden plötzlich kollektiv debattiert. Es gibt zahlreiche Berichte darüber, wie sich in der Erfahrung der kollektiven Blockaden für viele Menschen die gesellschaftliche Dimension ihres Daseins offenbart hat. Man erfährt als Kleinbürgerin aus der Mittelschicht von der bitteren Armut der anderen, man tauscht sich als Armer mit anderen Armen aus und kann zugleich auch auf die Hilfe der Wohlhabenderen zählen, oder man trifft als verarmte Rentnerin auf Menschen, die keine Ärztinnen oder Pharmazeutinnen sind. Man ent-isoliert sich kurz. Mal gestalten sich diese neuen Beziehungen als inklusiv, andernorts wurden die Kreisverkehre von wütenden weißen Männern in Beschlag genommen. Diese „Kommunen der Kreisverkehre" sind zumeist jedoch nur von kurzer Dauer. Nach Weihnachten waren die meisten von ihnen verschwunden. Ihr fehlender institutioneller Rahmen schaffte es zwar zunächst, unterschiedlichste Menschen zusammenzubringen, doch gleichzeitig war es derart auch kaum möglich, aus dem Nichts der Ver-

15 Marc Augé, Nicht-Orte. München 1994, S. 121.

einzelung stabile Strukturen der Gegenmacht zu schaffen. Die Blockadezeit musste bald wieder aufgewandt werden, um der prekären Lohnarbeit nachzugehen. Hier mag man die alles Soziale blockierende Macht spüren, die die neoliberalen Nicht-Orte ausstrahlen. Einige *Gelbwesten* gaben sich mit diesem ephemeren Charakter der Bewegung jedoch nicht zufrieden und riefen dazu auf, ein dezentrales Netz von Versammlungen und proletarischer Selbstverwaltung zu bilden.

Die notwendige Identität stiftet hierbei die gelbe Weste. Auch in ihr erscheint der Mangel, den die kapitalistische Restrukturierung der letzten Jahrzehnte hinterließ. Es sind nicht mehr die Symbole und bestimmten Semantiken der Arbeiterinnenbewegung, derer sich bedient wird, um einen Kampf zu führen; Symbole mit Historizität, die auf eine tragische Vergangenheit und eine bessere Zukunft verwiesen. Die gelbe Weste hat weder diese bestimmte Vergangenheit noch eine verlockende Zukunft, sie verweist ausschließlich auf das Dasein als prekäre, vom Staat gegängelte Autofahrerin und auf eine mögliche Panne mit der billigen Schrottkarre. Da diese Panne unter der sich verschärfenden sozialen Krise jedoch immer wahrscheinlicher wird, wird auch die gelbe Weste immer politischer, die Politik jedoch auch immer unbestimmter. Die gelbe Weste passt schließlich allen: „the best and the worst can wear the yellow vest“[16]. Sie kann Klassenunterschiede und politische Lager nivellieren. Der kleine Patron kann gemeinsam mit seinen Angestellten gegen Steuerungerechtigkeit protestieren und *PS*- und *RN*-Wähler können sich gemeinsam auf den Barrikaden wiederfinden. Die einzige Referenz auf die Vergangenheit bietet das Gespenst der französischen Revolution. Im Absingen der Marseillaise zertrümmert man unter dem Triumphbogen die Symbole der Nation. Doch „(d)iese ständige Referenz auf die revolutionäre Nation verdeutlicht nur, in welchem Ausmaß das Verschwinden der Arbeiteridentität seit den 1970er Jahren auch einen Verlust des historischen Bewusstseins für die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung in großen Teilen des Proletariats zeitigte“[17]. Das geschichtliche Bewusstsein der *Gelbwesten* entwickelt sich also unter Aussparung des 19. und 20. Jahrhundert und der universalis-

16 communemag.com/a-vest-that-fits-all/

17 translibleipzig.wordpress.com/2018/12/17/vorlaeufige-gedanken-ueber-die-gilets-jaunes/

tischen Perspektiven einer klassenlosen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft. Umgekehrt ist das Symbol der gelben Weste selbst auch derart allgemein, dass eine eindeutige nationalistische oder xenophobe Einschließung nicht mehr möglich ist. Die Banlieue hat ebenso das Recht, Gelb zu tragen, wie die ländliche Mittelschicht, und plötzlich fordern Kids aus der Vorstadt zusammen mit Rentnerinnen aus dem ländlichen Hinterland das Ende „de la vie chére", des teuren Lebens. Sie kann all jene vereinen, „die wissen, oder ahnen, dass sie von dieser Gesellschaft nichts erwarten können"[18], schließlich passt sie allen. Doch dennoch blieben die *Gilets Jaunes* vornehmlich eine Bewegung des weißen Frankreichs. Trotz ihrer symbolischen Offenheit vermochte sie es nicht, die Banlieues in einem bedeutenden Maße zu jaunifizieren. Geoffroy de Lagasnerie spricht davon, dass die Banlieue für die *Gilets Jaunes* eine Avantgardefunktion besitzt: „Sie übernehmen ja auch deren Methoden: die Politik des Abfackelns. Wir sind verzweifelt, also legen wir Feuer. Indem man Feuer legt, wird man sichtbar, markiert laut und deutlich, dass man da ist, sein Leben führen und fair behandelt werden möchte. Man könnte es so sagen: Die Methoden und die Probleme der Banlieue sind mit den *gilets jaunes* in die erweiterte Agglomeration exportiert worden."[19] In dieser Funktion liegt wohl der Kern des ausgebliebenen gelben Aufstands in den Vororten. Die Banlieue hat keine sozialstaatlichen oder moralischen Appelle mehr an den Staat zu richten, sie hat nichts mehr zu verlieren und hatte zugleich nie etwas zu erwarten. Der französische Staat zeigt sich ihnen bereits seit Jahrzehnten als der autoritäre Krisenverwalter, der nun auch dem weißen Frankreich mit seinen Aufstandsbekämpfungseinheiten begegnet: Exemplarisch für diese Verschiebung steht das Gummigeschoss LBD-40 der französischen Polizei, welches in den 90er Jahren zunächst in den Vorstädten eingeführt wurde und heute zu mehreren Dutzend Augenverstümmelungen auf Seiten der *Gilets Jaunes* geführt hat. Stets begleitet von einem rassistischen Diskurs, der dieses staatliche Dispositiv gegenüber der Mehrheitsgesellschaft legitimiert, machte dieser Staat die *banlieuesards* ausschließlich zu potentiellen Sicherheitsrisiken, Terroristinnen und Kriminellen und nie zu Bürgerinnen. In ihrer bestimmten Staatsfixiertheit und ihrem Festhalten am Begriff des Bürgers wird die gelbe Weste also schließlich doch ten-

18 carbureblog.com/2018/12/03/1er-decembre-2018-porter-plus-loin-le-desordre/

19 republik.ch/2019/01/14/das-ist-nicht-neoliberalismus-das-ist-klassenkampf

denziell exklusiv.

Zuletzt drückt sich der beschriebene Mangel auch im Politikverständnis der *Gilets Jaunes* aus. Ihre Ablehnung jeder politischen Repräsentation ist das Resultat des Niedergangs und der Diskreditierung der Parteien und Gewerkschaften, die den sozialen Unmut sonst in geregelte Bahnen lenken konnten. Der Staat und die Politik werden immer stärker als Institutionen betrachtet, die nur im Interesse der „Eliten" agieren. Daher fordern die *Gilets Jaunes*, wie vor ihnen bereits die Platzbewegungen (Indignados, Occupy, Nuit Debout), direkte und unmittelbare Demokratie ein, die absolut transparent und horizontal ist. Es soll wieder echte Demokratie betrieben werden, ohne dass sich über konkrete Ziele dieses Demokratisierens irgendeine Vorstellung gemacht werden würde. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass eine Bewegung, die sich bei recht Wenigem inhaltlich einig ist, sich vor allem auf die Forderung des *RIC* einigen konnte. Hier wird kaum noch nach einem Ersatz für die vermittelnden Instanzen gesucht, in ihrem Verschwinden selbst liegt die neue Form der Politik. Es tritt das zutage, was die gelbe Weste bereits zu einer „one size vest" machte: Der Klassenwiderspruch verschwindet hinter dem Kampf von Volk gegen Eliten. Klassenübergreifend soll der Volksentscheid die Entdemokratisierung aufhalten, die auf die Überheblichkeit einer Elite zurückgeführt wird. Zwar bildeten sich auch vereinzelt Versammlungen, die diesem Bedürfnis nach Demokratie auf einer lokalen Ebene konkreteren Ausdruck verleihen konnten, doch hegemonial blieb der Ruf nach dem *RIC* und der *einen* unmittelbaren Institution des Volkes.

Ordnet man die gelbe Bewegung in einen größeren historischen Rahmen ein, so fällt auf, dass sie nicht nur eine Bewegung des Mangels, sondern zugleich auch des Verlustes ist. Sie kämpft, wie bereits viele gegenwärtige Bewegungen vor ihr, gegen den Verlust einer Welt und ihres Koordinatensystems – sie tritt an gegen das Verschwinden des sozialdemokratischen Systems und seines Klassenfriedens, auf das bislang nichts Neues folgte. Anders als die frühe Arbeiterinnenbewegung kämpft sie nicht um einen Platz in einer Gesellschaft, einer existierenden bürgerlichen oder kommenden kommunistischen, sondern darum, ihren Platz nicht zu verlieren. Sie fordert die Rückkehr eines egalisierenden Staates ein und ist zugleich ein Kind der neoliberalen Vergesellschaftung, die die Erfahrung kollektiven Widerstandes weithin ausgelöscht hat. Um sie herum werden notwendige staatliche Infrastrukturen und Institutionen abgebaut, die einst die vermeintliche Gleichheit sicherstellten, während ebenso die

warenförmigen Versprechungen der Individualität kaum mehr erreichbar sind, da das immer weniger werdende Geld hierfür nicht mehr ausreicht. Die Gleichheit stellt nun ersatzweise die gelbe Weste her, mit der man nicht, wie sonst üblich, im sozialdemokratischen Osten der Stadt demonstriert, sondern auf die Champs-Élysées einströmt und wild randalierend umherzieht: Erneut ein Nicht-Ort und kein proletarischer Raum der Gleichheit. Hier strahlt der ferne Luxus und herrscht der vermeintlich gute Geschmack der Schönen und Reichen. Dieser Doppelcharakter von Gleichheitsforderung und Individualität, der die *Gilets Jaunes* ausmacht, sorgt für erhebliche ideologische Konfusion und ihr sonderbares Gepräge: Sie sind durch Konsumgesellschaft und Prekarisierung vergesellschaftete individualisierte Einzelne, die jedoch an den Versprechungen der staatlichen Gleichheit festhalten (müssen, um zu überleben). Sie fordern einen egalisierenden Staat ein und wollen sich zugleich von niemandem außer sich selbst repräsentieren lassen. Dieses Festhalten an der Idee einer harmonisch heilen Welt kann jedoch in unseren Zeiten nur auf erheblichen staatlichen Widerstand stoßen. Wurden die letzten vergleichbar großen Arbeiterinnenunruhen in Frankreich noch mit großen Konzessionen beendet: 1936 u.a. mit der Einführung des bezahlten Urlaubs und 1968 mit den *Abkommen von Grenelle,* in denen eine Erhöhung des Mindestlohns um 35%, Tariferhöhungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit vereinbart wurde – so kann die Bewegung auf einer ökonomischen Ebene gegenwärtig nicht befriedet werden. Lediglich die umstrittene „Ökosteuer" wurde vorläufig auf Eis gelegt und den Mindestlohnempfängerinnen wurde ab Januar 2019 monatlich 100€ mehr Sozialhilfe zugesichert, die ihnen dann jedoch teils an anderer Stelle wieder abgezogen wurden. Zudem zahlte eine Vielzahl der größten Unternehmen Frankreichs in Reaktion auf Macrons Appell vom 10. Dezember eine Endjahresprämie, die jede zehnte Lohnabhängige erhalten hat. Aufgrund des Ausbleibens von nennenswerten Zugeständnissen treffen in den *Gilets Jaunes* konservative Forderungen auf aufständische Mittel. Dies führt dazu, dass Menschen, die zuvor noch nie auf einer Demonstration waren, innerhalb von zwei Monaten zu schweren Delinquenten und *Casseurs* werden. Diese militante Sozialdemokratie taucht auch in den Forderungen der Bewegung auf: Mal wird eine Demokratie ohne (korrupte) Parlamente, mal die kapitalistische Ökonomie ohne Profite, ein andermal die Klassengesellschaft ohne Obdachlose gefordert. Und dann doch: immer wieder die Revolution, gegen Macron und die Eliten, ohne eine Idee, wer oder was diese ersetzen solle – kein revolutionäres Programm, keine proletarische Selbstorganisierung, kein Ende der gelben Akte in Sicht. Ein ewiges Umherirren in der Gegenwart.

Bei all der Unruhe und dem politischen Chaos unter dem Himmel der Gegenwart mag man sich daher die Frage stellen: *une situation excellente* für eine kommunistische Praxis?[20] Die Widersprüche spitzen sich zu und es ist niemand in Aussicht, der diese fundamental befrieden könnte. In den Auseinandersetzungen mit dem Staat als Polizei könnte der Antagonismus folglich befeuert werden und in dem politischen Vakuum würden bald wirkliche proletarische Basisorganisationen entstehen, die alle Friedensangebote ablehnen, um dem ewigen Umherirren ein Ende zu setzen. So konjunktivisch, so exzellent. Doch derart leer ist dieses politische Vakuum selbstverständlich nicht. Zunächst ist mit dem Sterben der sozialdemokratischen Welt auch ein Koordinatensystem verschwunden, von welchem auch kommunistische Kritik profitieren konnte. Die Ausbeutung und der Klassenwiderspruch waren nicht nur das Thema randständiger Freaks, sondern die zentrale Semantik mächtiger Apparate. An dessen Stelle ist zugleich der Markt getreten. Kulturindustriell strukturierte Verschwörungsnarrative ersetzen den Klassenwiderspruch und die finanzielle Not und Ausweglosigkeit treiben noch jeden menschlichen Impuls und jede soziale Idee als Konkurrenten auf den Markt. Gegen dieses „Vakuum" des Marktes und seiner ewigen Gegenwart gilt es jedoch, eine antagonistische Sprache zu finden, die nicht nur aus eigener Ratlosigkeit doktrinär an der Semantik der Tradition festhält, sondern das Leiden derjenigen Ausgebeuteten ernst nimmt, die die Sprache der Ausbeutung nicht mehr sprechen. Mit wie auch gegen diese neue Semantik müsste sich eine kommunistische Praxis aktualisieren. Sie müsste die drängende Frage der Zukunft aus der Gegenwart und nicht der eigenen Vergangenheit stellen, denn es gibt auch für uns keinen Weg zurück zur alten etablierten Linken, deren keynesianische Zwischenlösungen auf die Krise des Kapitalismus heute erschöpft sind.

Es spricht gegenwärtig nichts dafür, dass den *Gelbwesten* ein Ausbruch aus dieser Situation gelingt. Wohin sollten sie auch gehen? Es gibt keinen Weg zurück und der Weg nach vorne bedarf eines Sprungs ins Ungewisse, den verständlicherweise jeder fürchtet. Gerade weil der Weg zurück in die „Normalität" durch die sich zuspitzenden sozialen Gegensätze und politischen Desintegrationsprozesse zunehmend verstellt ist, sind die *Gelbwesten* auch ein Bild zukünftiger Auseinandersetzungen. Ihre popu-

20 platenqmil.com/blog/2018/12/06/une-situation-excellente

listische Grammatik drückt den Niedergang der Klassenkampfpraxis und der gesamten klassenorientierten Weltsicht aus, der überall vorherrscht. Es kommt deshalb darauf an, die Bewegung nicht anhand ihrer Sprache oder ihres Selbstverständnisses allein, sondern in der Spannung von Ideologie und Praxis zu beurteilen. Im Zuge der weiteren Verschärfung der sozialen Krise auch in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern wird die Zukunft mehr, nicht weniger solcher Antiausteritätsbewegungen bringen, die als soziale Bewegungen durch widersprüchliche Interessen und Ziele charakterisiert sind und deren politische Richtung relativ offen ist. Eine solche Bewegung ist deshalb als Prozess zu begreifen, in dessen Verlauf sich die Interessen und Ziele verändern können.

Die Gelbwesten, die moralische Ökonomie und die Macht

Samuel Hayat

Es fällt schwer, sich von der gegenwärtigen Bewegung nicht mitreißen zu lassen. Auch für Politikwissenschaftlerinnen ist alles an ihr verwirrend: ihre Akteure und Akteurinnen, ihre Aktionsformen, ihre Forderungen. Einige unserer geläufigsten Überzeugungen wurden in Frage gestellt, vor allem die, die sich auf die Bedingungen der Möglichkeit und des Erfolgs sozialer Bewegungen beziehen. Aus dieser Tatsache entsteht die Notwendigkeit oder doch zumindest das Verlangen, einige Überlegungen vorzustellen, die sich aus einem freien Vergleich dessen, was wir in der Bewegung sehen, mit demjenigen, was wir aus der Beschäftigung mit anderen Gegenständen wissen, ergeben. Wir hoffen, dass diese indirekte Beleuchtung der Ereignisse durch ihre Konfrontation mit anderen Begebenheiten – zusätzlich zu den Untersuchungen der derzeitigen Bewegung – etwas Anderes über das Geschehen zum Ausdruck bringen kann.

Die Situation

Die Bilder, die von den Medien gesendet wurden, und eigene Streifzüge während der Ereignisse des 1. Dezembers haben uns ein Paris gezeigt, wie wir es weder 1995, noch 2006, noch 2016 gesehen haben – gleichwohl dies drei Momente waren, während derer die gewohnte Raumzeit der Pariser Mobilisierungen sich grundlegend geändert hat. Einige haben von Unruhen oder einer Situation des Aufstands gesprochen. Das ist schon möglich, auch wenn heute nichts an das erinnert, was sich während der Aufstände von 1830, 1832, 1848 oder 1871 zugetragen hat. All diese Aufstände fanden in den Kiezen statt, und beruhten auf lokalen Beziehungen, einem dichten sozialen Geflecht, das eine Ausbreitung der Solidarität in den

Volksklassen ermöglichte.[21] Am 1. Dezember hat sich das Feuer jedoch im Herzen des bourgeoisen Paris entzündet, im Pariser Nordosten, der bis zum heutigen Tage nie wirklich Schauplatz solcher Operationen gewesen war. Diese Aktionen wurden keineswegs von ortsansässigen Kräften ausgeführt, die durch die Errichtung von Barrikaden einen autonomen Raum abgrenzen wollten. Sie waren das Werk kleiner mobiler Gruppen, die oft andernorts wohnten.

Es ist offensichtlich, dass lokale Beziehungen in der Bildung dieser Gruppen bedeutsam sind. Man braucht bloß über Paris hinauszuschauen, um die kollektive Wiederaneignung eines Territoriums, die Bildung dauerhafter Verbindungen zu erkennen. Aber am 1. Dezember haben sich diese Netze in einen Raum verlagert, der selbst ziemlich gewöhnlich ist: die Orte der nationalen Macht. Man ist hier in einem ganz und gar modernen Fahrwasser, jenen zum Trotz, die da von „Jacquerien"[22] (Als Jacquerien werden Bauernaufstände zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert bezeichnet, Anm. d. Ü.) sprechen: Es handelt sich wirklich um eine nationale und autonome Bewegung, um die Schlüsselbegriffe wiederaufzugreifen, mit denen Charles Tilly die typischen Handlungsmuster der Moderne bezeichnete. Aber die Demonstrationsregeln, die seit langer Zeit festgeschrieben sind (im Allgemeinen verortet man ihre Formalisierung im Jahr 1909)[23], wurden ignoriert: kein Demonstrationszug, keine Rechtsverantwortlichen, keine vorab ausgehandelte Route, kein Ordnerdienst, keine Blöcke, Transparente oder Aufkleber, aber dafür Myriaden persönlicher Slogans, die auf der Rückseite der gelben Westen niedergeschrieben sind.

---

21 Laurent Clavier, Louis Hincker, Jacques Rougerie, „Juin 1848. L'insurrection", in: Jean-Luc Mayaud (Hrsg.), 1848: Actes du colloque international du cent cinquantenaire, tenu à l'Assemblée nationale à Paris, les 23-25 février 1998. Paris 2002, S. 123-140. Maurizio Gribaudi, Paris ville ouvrière: une histoire occultée (1789-1848). Paris 2014; Maurizio Gribaudie, Michèle Riot-Sarcey, Le procès de la liberté: une histoire souterraine du XIXe siècle en France. Paris 2016. Ich danke Célia Keren für ihr Korrektorat.

22 Gérard Noiriel zeigt die Probleme einer solchen Bestimmung gut auf noiriel.wordpress.com/2018/11/21/les-gilets-jaunes-et-les-lecons-de-lhistoire

23 Samuel Hayat, La République, la rue et l'urne. Revue Pouvoirs Nr. 116 2006, S. 31-44.

Die ganze Praxis der polizeilichen *Crowd and Riot Control* wurde damit auf den Kopf gestellt und man konnte sehen, wie die Profis der Repression überfordert waren. Und das trotz ihrer Anzahl, ihrer Bewaffnung und ihrer Ausbildung. Sie waren nicht einmal in der Lage, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, ganz zu schweigen von Sachen und anderen Personen. Man kann sich denken, dass die Ordnungskräfte es nicht lange hinnehmen werden, dass man ihnen derart zusetzt. Die Polizeigewalt, die schon sehr gehäuft auftritt, droht sich noch weiter auszubreiten, genau wie die Aufrufe zur Ausweitung des Gewalteinsatzes, ja sogar zum Ausnahmezustand. Das Unvermögen einer Aufrechterhaltung der physischen Ordnung auf der Straße geht einher mit dem noch vollständigeren Scheitern einer Aufrechterhaltung der symbolischen Ordnung. Ein Präsident, der auf ein internationales Gipfeltreffen gereist war, eine Regierung, die nicht zu hören war (dies ist der Preis, den die charismatische Autorität dafür zahlt, dass sie von mittelmäßigen Höflingen[24] umgeben ist, damit ja kein Schatten auf ihren Glanz falle), die Pseudo-Partei an der Macht *(La République En Marche)*, die am selben Tag damit beschäftigt war, einen neuen Generaldelegierten zu wählen, als ob nichts gewesen wäre.

Als die Ordnung ins Wanken kam, wurde die Stadt den Demonstranten überlassen. Alles war erlaubt und das in einem Raum, der der Inbegriff des Privilegs ist. Daher nahm man sich die Freiheiten, indem man die gewohnten Nutzungsweisen des öffentlichen Raumes aufhob. Wir werden nicht mit den „Familien der eingeschlagenen Schaufenster" weinen, um eine geläufige Formulierung aufzugreifen; gleichwohl gilt es, sich der Bedrohung, welche diese Zerstörung für die Herrschenden darstellt, gewahr zu werden: Es stellt ein erhebliches wirtschaftliches Risiko dar, wenn am ersten Samstag im Dezember jene Viertel, in denen sich Edelhotels und Luxusgeschäfte aneinanderreihen, zum Gegenstand derart heftiger Ausschreitungen werden, dass die Kaufhäuser auf dem Boulevard Haussmann

24 Wir hören Agnès Buzyn am 1. Dezember versichern, dass „wir jeden Tag daran arbeiten, die Angst und die Wut zum Verschwinden zu bringen" oder Benjamin Griveaux tags drauf, dass „wir den Kurs nicht ändern werden, weil der Kurs gut ist." (Buzyn ist derzeit Gesundheitsministerin, Grieveaux der Regierungssprecher, Anm. d. Ü.)

geschlossen werden müssen.[25] Weiten wir den Blick über den Rand der Hauptstadt. Die Mobilisierung war im ganzen Land stark, was die Repression noch kostspieliger und sogar nahezu unmöglich gemacht hat. Waren die staatlichen Behörden vor dem 1. Dezember noch versucht darauf zu setzen, dass sich die Situation bis Weihnachten totläuft, so erscheint dies nun unmöglich.

Die Mobilisierungsarbeit

Die soziologische Bewegungsforschung hat denjenigen, die an eine Spontaneität der Massen glauben, seit langem die Augen geöffnet. Hinter jeder scheinbar spontanen sozialen Bewegung findet man Mobilisierungsunternehmungen und Personen, die dazu in der Lage sind, aktivistisches Kapital in den Dienst der Bewegung zu stellen: sowohl materielle und symbolische Ressourcen als auch Fähigkeiten, die oftmals in vorangegangenen Kämpfen erworben wurden. Gafsa, keine *15-M-Bewegung* ohne *Stop Expulsions* und die *Juventud Sin Futuro* , kein *Nuit Debout* ohne die Bewegung gegen die *Loi travail.* (Tunesien: Gafsa ist eine tunesische Stadt, in der es 2008 zu einer aufstandsartigen Generalstreikbewegung kam, ein Vorläufer des „Arabischen Frühlings". Spanien: Nach dem Platzen der Immobilienblase entwickeln sich 2009 Proteste gegen Zwangsräumungen. Die Kampagne *Stop Expulsions* von 2010 gehört zu diesen Kämpfen. *Juvendtud Sin Futuro* bedeutet Jugend ohne Zukunft und ist der Name einer spanischen Jugendorganisation gegen prekäre Lebensverhältnisse. Als *Movimento 15-M* werden die Krisenproteste in Spanien 2011/12 bezeichnet. Anm. d. Ü.) Werden wir eine derartige Genealogie für die *Gelbwesten* zu Tage fördern? Vielleicht, doch wird sie nur eine schwache Erklärungskraft besitzen: Die Mobilisierung hat zu schnell Fahrt aufgenommen, hat zu schnell nationales Niveau erreicht, um als Resultat einer geduldigen, wenn auch informellen Mobilisierungsarbeit durch die Organisationen der sozialen Bewegungen interpretiert werden zu können.

Wenn es dennoch eine Arbeit an der Repräsentation der Bewegung gibt, die sie als Bewegung existieren lässt („die *Gelbwesten*"), so ist diese Ar-

---

25 lemonde.fr/economie/article/2018/12/02/gilets-jaunes-nouveau-coup-dur-pour-le-commerce-et-le-tourisme_5391675_3234.html

beit bemerkenswert dezentralisiert. Sie vollzieht sich durch die zahlreichen lokalen Gruppen, die sich in den sozialen Netzwerken organisieren, durch die mediale Zusammenstellung der verschiedenen Parolen und durch die Interpretationen, die von Journalisten, Politikern und Soziologen angestrengt werden.[26] Der Wille, der Bewegung Wortführer zu geben, die zur Verhandlung mit den staatlichen Behörden ermächtigt wären, ist (vorerst) gescheitert. Viele Kommentatorinnen haben über die vermeintliche Inkohärenz der Motive der Akteurinnen gespöttelt; doch wenn wir die Fragmentierung ihrer Repräsentation in Rechnung stellen, ist es vielmehr die Einheit der Bewegung, die überraschend ist. Diese existiert in der Einheitlichkeit der Aktionen, der Solidarität, in einer anscheinenden Übereinkunft über eine Reihe von Forderungen und sogar in einem gemeinsamen Rhythmus. Die Wahl der Warnweste, eines Kleidungsstückes, das für alle Autofahrerinnen verpflichtend wurde und dessen Hauptzweck es gerade ist, sich selbst sichtbar zu machen, war besonders glücklich und ist mit Sicherheit eine materielle Bedingung für die schnelle Ausbreitung dieses einheitlichen und einzigartigen Symbols. Aber die Entscheidung, zur Handlung überzugehen und dies in einer so kraftvollen und kohärenten Weise zu tun, kann nicht einfach das Resultat eines zugkräftigen Symbols oder eines geschickten Gebrauchs der sozialen Medien sein. Es kann auch nicht einfach das Ergebnis von Unzufriedenheit sein, selbst wenn diese groß und weithin geteilt wäre. Die Reden von Unzufriedenheit, Wut und dem Murren der Leute verdecken die Gründe der Mobilisierung und verhindern deren Erfassung. Dies gilt sowohl für die Ursachen, als auch für die Rechtfertigungen, die für sie gegeben werden. Es geht also darum, eine Erklärung der Bewegung zu finden, die sowohl ihre Form (ihren dezentralen Charakter, ihre Radikalität), als auch ihren inhaltlichen Kern (ihre Forderungen) umfasst.

Gerade die Forderungen verdienen unsere Aufmerksamkeit. Man weiß wenig darüber, auf welchem Wege sie zustande gekommen sind, doch wurde eine Liste mit 42 Forderungen verbreitet und breit aufgegriffen, sowohl

26 noiriel.wordpress.com/2018/11/21/les-gilets-jaunes-et-les-lecons-de-lhistoire/

von den Gruppen, als auch von den Medien[27]. Diese Forderungen stechen durch einige bemerkenswerte Züge hervor, auf die schon hingewiesen wurde: Sie fokussieren sich zum überwiegenden Teil auf die Lebensbedingungen, weit über die spezielle Frage des Benzinpreises hinaus; sie enthalten Positionen gegen die Bewegungsfreiheit der Migranten; sie schlagen institutionelle Veränderungen zur Bekräftigung der Bürgerkontrolle über die Gewählten vor, deren Verdienst im Übrigen auf ein Durchschnittseinkommen zurückgestutzt werden soll. Diese Liste wurde als „ein uneinheitlicher Brei aus Forderungen"[28] bezeichnet. Mir scheint sie im Gegenteil in hohem Maße kohärent. Was ihr Kohärenz verleiht, hat zugleich die Mobilisierung der *Gelbwesten* und deren Fortdauern ermöglicht: Sie wurzelt in etwas, das man die moralische Ökonomie der Volksklassen nennen kann.

Die moralische Ökonomie der Gelbwesten

Der Begriff der moralischen Ökonomie ist in den Sozialwissenschaften wohlbekannt.[29] Der Historiker E.P. Thompson prägte ihn, um damit ein fundamentales Phänomen der volkstümlichen Bewegungen des 18. Jahrhunderts zu fassen: Sie appellierten an weithin geteilte Vorstellungen

---

27 francebleu.fr/infos/societe/document-la-liste-des-revendications-des-gilets-jaunes-1543486527.
translibleipzig.wordpress.com/2018/12/17/die-42-forderungen-der-gelben-westen/

28 liberation.fr/france/2018/12/04/les-gilets-jaunes-un-magma-de-revendications-heteroclite_1695802

29 Das Thema wurde schon von mehreren Kommentatoren der Bewegung erwähnt, vor allem von dem Studenten Léo Labarre (lvsl.fr/le-17-novembre-au-dela-des-gilets-jaunes) und dem Historiker Xavier Vigna (leparisien.fr/economie/gilets-jaunes-ils-inventent-leurs-propres-codes-estime-un-historien-26-11-2018-7954086.php). Für Steuerrevolten und die moralische Ökonomie siehe v.a.: Rachel Renault, La permanence de l'extraordinaire Fiscalité, pouvoirs et monde social en Allemagne aux XVIIe- XVIIIe siècles. Editions de la Sorbonne 2017.

über eine – im moralischen Sinne – gute Funktionsweise der Wirtschaft.[30] Alles ging seinen Gang, als sei die Befolgung bestimmter Regeln selbstverständlich: Der Preis der Waren durfte im Verhältnis zu ihren Produktionskosten nicht überhöht sein, der Austausch sollte eher von Normen der Gegenseitigkeit als vom freien Spiel der Marktkräfte reguliert werden etc. Wenn diese ungeschriebenen Regeln im Zuge des Vormarschs der Marktgesetze missachtet oder bedroht wurden, fühlte sich das Volk vollkommen zur Revolte berechtigt, häufig übrigens auf Initiative der Frauen. Ihre Motive waren durchaus ökonomischer Natur, allerdings nicht im herkömmlichen Verständnis: Sie wurden nicht von materiellen Interessen im strengen Sinne des Wortes angetrieben, sondern von moralischen Forderungen bezüglich der Funktionsweise der Wirtschaft. Man findet ähnliche Revolten im Frankreich jener Epoche und sogar noch später: beispielsweise streikten die Minenarbeiterinnen der Compagnie d'Anzin, welches während eines Gutteils des 19. Jahrhunderts das größte Unternehmen Frankreichs war, regelmäßig mit dem Ziel, die Unternehmerinnen an jene Normen zu erinnern, die ihrer Meinung nach für die Organisation von Arbeit und Entlohnung maßgeblich sein sollten. Dabei bezogen sie sich oft auf die althergebrachte Ordnung der Dinge, kurzum, auf den Brauch.[31]

Die Nähe zur Bewegung der *Gelbwesten* ist frappierend. Ihre Liste sozialer Forderungen entspricht der Formulierung ökonomischer Prinzipien, die im wesentlichen moralischen Charakters sind: Es ist zwingend erforderlich, dass die Schwächsten (Obdachlose, Menschen mit Behinderung) beschützt werden, dass die Arbeiterinnen ordentlich entlohnt werden, dass die Solidarität intakt ist, dass die öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet sind, dass Steuersünderinnen bestraft werden und dass jeder einen Beitrag entsprechend seinen Mitteln leistet. Dies wird perfekt von der Formulierung auf den Punkt gebracht, „dass die GROSSEN VIEL und die Kleinen wenig zahlen sollen". Dieser Appell an das, was als gesunder Menschenverstand des Volkes erscheinen mag, ist keineswegs selbstverständlich: Es geht darum zu statuieren, dass die Realwirtschaft auf mora-

30 Edward Palmer Thompson, The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. Past & Present Nr. 50 1971, S. 76-136.

31 Samuel Hayat, Une politique en mode mineur. Ordre patronal et ordre communautaire dans les mines du Nord au XIXe siècle. Politix Nr. 120 2017.

lischen Prinzipien gegründet werden muss – und dies richtet sich gegen die utilitaristische Glorifizierung der angebotsorientierten Politik und der Trickle-Down-Theorie, die bei den herrschenden Eliten so beliebt sind (d.h. denjenigen, die am meisten haben – den „Ersten am Seil" (Macron) – auch am meisten zu geben, um Kapital anzuziehen). Hier entspringt die Kraft der Bewegung und ihre massive Unterstützung durch die Bevölkerung: Sie bringt in der Gestalt sozialer Forderungen Prinzipien einer moralischen Ökonomie zum Ausdruck, die die herrschende Macht permanent offen angegriffen hat, worauf sie auch noch stolz war. Von hier aus begreift man die Kohärenz der Bewegung besser, genauso wie den Umstand, dass sie sich an den zentralisierten Organisationen vorbei entwickeln konnte: Wie James Scott gezeigt hat, entbindet der Rückgriff auf die moralische Ökonomie eine kollektive Handlungsmacht, *agency*, und zwar auch unter sozialen Akteurinnen, die der üblicherweise für eine Mobilisierung notwendigen Kapitalsorten entbehren.[32]

Tatsächlich ist die moralische Ökonomie nicht nur ein Ensemble verschiedener Normen, die von den Volksklassen passiv geteilt werden. Sie ist auch das Resultat eines informellen Paktes mit den Herrschenden und fügt sich daher immer in Machtverhältnisse ein. Schon bei den von E. P. Thompson untersuchten Volksklassen des 18. Jahrhunderts hatte diese moralische Ökonomie tiefgreifende paternalistische Züge: Man erwartete von den Machtinhaberinnen, dass sie sie garantierten. Im Großen und Ganzen akzeptierte man im Gegenzug die gesellschaftliche Ordnung, von der jene profitierten. Wenn die Mächtigen diesen Pakt jedoch brachen, konnten die Massen sie durch Unruhen zur Ordnung rufen. Dieses Muster erkennt man in den Vier-Sous-Unruhen, die sich 1833 in Anzin zugetragen haben: Die Minenarbeiterinnen protestierten gegen eine Lohnsenkung, begaben sich dafür aber unter den Schutz der ehemaligen Eigentümerinnen, die von den nunmehrigen Chefs verdrängt wurden. Dabei sangen sie: „Nieder mit den Parisern, es lebe Mathieu d'Anzin!" Dass die derzeitigen Autoritäten diesen Pakt gebrochen haben, sowohl durch ihre antisozialen Maßnahmen, als auch durch die wiederholte Zurschaustellung ihrer Verachtung für die Volksklassen, ist noch gelinde ausgedrückt. Die Revolte kommt nicht von ungefähr, aus bloßer Unzufriedenheit oder aus einer in sich unbestimm-

32 James C. Scott, The Moral Economy of the Peasant Rebellion & Subsistence in Southeast Asia. New Haven 1977.

ten *agency* der Volksmassen, die sich spontan in Bewegung gesetzt hat. Sie ist die Folge der Aggression der Herrschenden, die darum symbolisch umso gewaltvoller ist, weil sie sich selbst nicht als Aggression zu erkennen scheint. Und der Präsident der Republik, der eigentlich das französische Volk repräsentieren sollte, ist die Verkörperung dieses Verrates, mit seinen Sprüchen über die „Leute, die nichts sind", seinen Ratschlägen, sich einen Anzug zu leisten oder Arbeit zu finden, indem man einfach die Straße überquert. Anstatt der Schutzherr der moralischen Ökonomie zu sein, hat Macron sie pausenlos und auf entwaffnende Weise missachtet. Bis zu dem Punkt, an dem er der hervorragende Vertreter der Gegner der moralischen Ökonomie, also des Kapitalismus, geworden ist. Wie er während seiner Kampagne bezüglich der Vermögenssteuer *(ISF)* formuliert hat, „ist es (d.h. die Abschaffung der Steuer, Anm. d. Ü.) nicht ungerecht, weil es die effizienteste Lösung ist". Man könnte die Unkenntnis, ja, die Verachtung aller Normen, die nicht der Finanzwelt entstammen, nicht besser illustrieren. Er ist es, der den Pakt gebrochen hat, ihm gilt das nationale Charivari, das derzeit aufgespielt wird. Man kann davon ausgehen, dass es nur durch blutige Repression oder seinen Rücktritt beendet werden wird.

Moralische Ökonomie und Emanzipation

Auch wenn man sich letzteres als Ausgang des Geschehens nur wünschen kann, sollte man gleichwohl die Konsequenzen eines solchen Ereignisses nicht überschätzen. Revolten, die in der moralischen Ökonomie gründen, verwandeln sich nicht notwendig in revolutionäre Bewegungen. Für ein Ausglimmen der Unruhen reicht eine Erneuerung des Paktes aus. Darin ist die moralische Ökonomie konservativer Natur, wenn sie auch das kollektive Vermögen des Volkes und die Existenz eines realen Überschusses der Autonomie gegenüber den Regierenden offenbart. Ihre Aktivierung erschüttert die übliche Funktionsweise der Institution zeitweise, doch zielt sie vor allem auf eine Rückkehr zur Ordnung und nicht auf eine revolutionäre Transformation. Es gibt hier etwas, das bisweilen schwer zu verstehen und zu formulieren ist: Eine Bewegung ist nicht darum emanzipatorisch, weil sie ein authentischer Ausdruck der Volksklassen ist, die in den am weitesten geteilten Überzeugungen der großen Mehrheit wurzelt. Der Glaube, dass das Volk nicht selbstständig handeln kann, dass es immer der symbolischen Herrschaft unterworfen bleibt, ist ein Zeichen von Legitimismus und Miserabilismus, um die Kategorien von Claude Grignon

und Jean-Claude Passeron aufzugreifen.[33] Durch ihre Kraft, ihre Spontanität, ihre Kohärenz und ihren erfinderischen Geist dementiert die Bewegung der *Gelbwesten* Ansätze dieser Art auf schlagende Weise und macht sie damit obsolet. Gleichwohl sollte man nicht ins entgegengesetzte Extrem, welches jene Autorinnen als Populismus bezeichnen, verfallen: Wir sollten uns nicht einfallen lassen, der populäre Charakter einer Bewegung bedeute, dass sie wahr, authentisch und gut ist. Es handelt sich weniger um die Anzeichen einer Revolution, als um einen Ausbruch angesichts des Zerfalls der Institutionen der repräsentativen Demokratie.

Denn was die Rückkehr der *Gelbwesten* zur moralischen Ökonomie ebenfalls kenntlich macht, ist das Ausmaß der politischen Wüste, die sich seit Jahrzehnten breitgemacht hat. Dass wir bis zur Aufkündigung des grundlegenden, stillschweigenden Paktes zwischen Regierenden und Regierten warten mussten, bis solch eine Bewegung zustande kam, obwohl uns die Herrschenden seit Jahrzehnten mit antisozialer, autoritärer Politik malträtieren, zeigt deutlich, dass die Mobilisierungskraft von Politik und Gewerkschaften zusammengeschrumpft ist, beziehungsweise dass die Formen ihrer Mobilisierung sie in einen Zustand völliger Ohnmacht versetzt haben. Um mich klar auszudrücken: Es gibt keinen Grund sich darüber zu freuen, dass es bis zu diesem Bruchpunkt kommen musste, damit etwas passiert, und zwar etwas, das Anleihen bei vormodernen Formen kollektiven Handelns macht, auch wenn es diese natürlich erneuert hat. Hier liegt eine Schranke, aber auch eine wichtige Lektion bezüglich der Aussagekraft des Vergleichs der *Gelbwesten* mit den Unruhen der moralischen Ökonomie: Dieser Vergleich dürfte eigentlich gar nicht durchführbar sein, wenn wir die immense Distanz berücksichtigen, die die jeweiligen politischen Bedingungen dieser Situationen voneinander trennen. Der Vergleich drängt sich uns dennoch mit Nachdruck auf. Die moralische Ökonomie gehört zu Zeiten und Räumen, in denen die nationalstaatlichen Formen der Politik und die Ideologien der demokratischen Moderne nicht existierten, die auf der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen politischen Projekten und sogar zwischen verschiedenen Weltanschauungen beruhen. In dieser Hinsicht ist die Bewegung der *Gelbwesten* vielleicht aus einer anderen Zeit – aber sie sagt viel über unsere Epoche aus.

---

33 Claude Grignon, Jean-Claude Passeron, Le savant et le populaire misérabilisme et populisme en sociologie et en littérature. Paris 1989.

Dies hat einen beachtlichen Preis: Bewegungen, die auf einer moralischen Ökonomie beruhen, schreiben sich in die Erinnerung an einen Brauch ein, in die Unterwerfung unter eine gerechte Ordnung, aber auch in den Rahmen einer Gemeinschaft. Die moralische Ökonomie ist nicht nur darum konservativ, weil sie überzeitliche Normen wachruft, sondern auch, weil sie die Bande zwischen Personen stärkt, die sich durch gemeinsame Zugehörigkeit auszeichnen. Ihre Ausschlusspotentiale sind daher keine äußerliche Zutat, die sich leicht abschütteln ließe: Sie sind im Herzen der Bewegung. Die Forderungen gegen die Bewegungsfreiheit der Migrantinnen, für die Abschiebungen der Fremden und darüber hinaus für die zwangsweise Integration der Nicht-Franzosen („In Frankreich leben impliziert, französisch zu werden (Französischkurse, Kurse zur Geschichte Frankreichs, Kurse in Sozial- und Gemeinschafskunde mit Zertifikat am Ende)."), um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen – all das ist untrennbar mit der Bewegung verknüpft, denn es handelt sich um die logische Konsequenz der Ingangsetzung einer moralischen Ökonomie, die sich vor allem an der Gemeinschaft orientiert. Dies gilt, obwohl sie von der Bewegung in verschiedene Richtungen ausgestaltet werden kann. Die moralische Ökonomie ist die Verkündung der Normen einer Gemeinschaft, sie erstreckt sich nicht auf die Logik der gleichen Rechte von Fremden und sie erkennt auch keine inneren Konflikte an, insbesondere keine ideologischen. Der zuletzt genannte Punkt wirft neues Licht auf die angekündigte Zurückweisung der Parteien: Gewiss handelt es sich um eine Infragestellung der Macht der Repräsentanten zugunsten einer Wiederaneignung der Politik durch die Massen. Doch darin steckt zugleich die Ablehnung des parteiischen Charakters der Demokratie, des Gegensatzes zwischen verschiedenen politischen Projekten, zugunsten einer Einheit, deren Verwandlung in eine „hasserfüllte Versammlung rund um das Eine, das ausschließt"[34] sich leicht erahnen lässt.

Der Umweg über diese historische Parallele zu überkommenen Epochen wird wenig überzeugend scheinen, um den Ausnahmecharakter der Situation zu erfassen. Vielleicht handelt es sich nur um eine intellektuelle Spielerei. Aber vielleicht ist dieser Umweg im Gegenteil erhellend hinsichtlich gewisser wesentlicher Aspekte der gegenwärtigen Bewegung: ihre unwahrscheinliche Einheit, ihre breite Verankerung, ihr aufständischer

34 Jacques Rancière, Aux bords du politique. Paris 2004.

Charakter, aber auch ihre ziemlich ausgeprägten konservativen, antipluralistischen und ausschließenden Züge. Vielleicht zeigt er auch auf, dass wir uns erst ganz am Anfang einer neuen Geschichte befinden, dass die Bedingungen einer erneuten Politisierung da sind, jenseits des alten Parteiensystems und der alten Formen institutionalisierter Politik. In Anzin sind die Minenarbeiterinnen nicht bei Streiks auf der Basis einer moralischen Ökonomie stehen geblieben. Im Kontakt mit den ersten sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräften der Region haben sie sich deren Ideen und Formen angeeignet und sind auf diesem Wege zu einer der Geburtsstätten des Anarcho-Syndikalismus geworden. Einige lokale Komitees der *Gelbwesten* sind weit davon entfernt, es bei Protest im Namen der moralischen Ökonomie bewenden zu lassen. Sie rufen zur Bildung von Komitees der Volksklassen und zur direkten Demokratie auf, zu einer radikalen politischen Emanzipation. Nichts ist gewiss, alles ist offen.

5. Dezember 2018

Die Kreisverkehr-Riots

Joshua Clover

Frankreich, das der Welt „links" und „rechts" als politische Kategorien schenkte, scheint gerade fest dazu entschlossen zu sein, die Dynamiken einer Situation zu erkunden, in der dieses althergebrachte Spektrum nicht länger wie üblich funktioniert. Auf dieser Abstraktionsebene scheint die Topografie vor Ort gegenwärtig einem gleichschenkligen Dreieck zu gleichen. Die Rechte wird dabei vom Rassemblement national beherrscht. Sie hat sich außerdem – was noch weitaus schlimmer ist – einem nationalistischen Kurs folgend radikalisiert. Nach der Erfahrung der „Pasokification", die die Sozialistische Partei zersetzt hat, verschiebt sich die verbleibende Linke automatisch weiter nach links. Beide sind dazu verdammt einem technokratischem Zentrum gegenüberzustehen, und zwar in einer Art und Weise, die sie formell zu Verbündeten macht: Sowohl nationalistische Chauvinisten als auch die, die sich noch immer des Weckrufs des Kommunismus und Anarchismus entsinnen können, stehen gezwungenermaßen einem gemeinsamen Feind gegenüber. Auf der Straße sehen sie sich jedoch dazu veranlasst, sich dauernd gegenseitig zu bekämpfen. Dann wird der Mittelsmann – Macron – vernachlässigt. Dieses Dreiecksdrama verdeutlicht allmählich, warum sich der Aufstand der *Gilets Jaunes* aus der Ferne betrachtet (und vielleicht auch aus der Nähe) so chaotisch darstellt – warum er so schwer zu fassen ist. Viele der daran Beteiligten bezeichnen sich selbst als apolitisch. Sie leben im Zentrum des Dreiecks, sind ständig vom sozialen Abstieg bedroht und den Verlockungen jedweder Partei gegenüber abgeneigt. Wenn es jedoch lediglich um gestiegene Benzinpreise und den Verlust von Kaufkraft ginge, warum kommt es dann ständig zum Handgemenge zwischen Faschisten und Antifaschisten? Jeder Standpunkt muss sich jeweils gegenüber den beiden anderen Eckpunkten des Dreiecks in politischen Positionierungskämpfen und unmittelbar auf der Straße behaupten. Und auch das ist eine schematische Vereinfachung. Ich überlasse jedoch die detailgetreue Darstellung der vielschichtigen sozialen Kräfte denen, die über mehr lokale Expertise verfügen.

Zusätzlich zu dem durch die Akteure gebildeten, komplizierten Spannungsfeld haben auch die Zustands- und Erscheinungsformen der Bewegung für einige Verwirrung gesorgt. Das Pariser Kollektiv Plateforme d'Enquêtes Militantes schreibt dazu etwa: „Die Unordnung des Schlacht-

feldes: Dieses Bild beschreibt die Bewegung, die Frankreich seit ein paar Wochen in Atem hält. Sie geprägt durch eine soziale Zusammensetzung und politischen Themen, wie Besteuerung und Kaufkraft, die mit unseren klassischen Interpretationsmustern brechen." Es gibt jedoch Deutungsschemata, mit denen es möglich ist, die chaotischen Ereignisse auf beachtliche Weise greifbar zu machen.

Zirkulation und Subsistenz

Es gibt wenig Anlass zur Verwirrung. Die Bewegung der *Gilets Jaunes* hat sich in ihrer Gestalt mit geradezu idealtypischer Klarheit herausgebildet. Sie ist ein Riot aus dem Lehrbuch.[35] Ein Arbeitskampf, so versteht sich, umfasst arbeitszentrierte Forderungen. Wir haben es mit Arbeiterinnen zu tun, die in ihrer Rolle als Arbeiterinnen darum kämpfen, den Preis und die Bedingungen ihrer Arbeit zu bestimmen – eine Aktionsform, die sich im Kontext von Produktion, der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen und der Schaffung von Wert entfaltet. Der klassische Riot hingegen, wie er im mittelalterlichen und frühmodernen Europa entsteht, ist eine Form kollektiven Handelns, die 1.) darum kämpft, den Preis von Waren festzulegen; 2.) Teilnehmerinnen umfasst, die nichts verbindet als ihre gemeinsame Enteignung; 3.) sich im Kontext des Konsums entfaltet und auf die Störung der kommerziellen Zirkulation abzielt.

Vom 14. bis zum 18. Jahrhundert ging es dabei oft darum, das Gemeinwesen zu mobilisieren, um gegen eine Bäckerin oder – öfter noch – eine Getreidehändlerin vorzugehen. Diese wurden dazu gedrängt, ihre Waren vor Ort und zu einem annehmbaren Preis zu verkaufen. Es handelte sich folglich um eine Auseinandersetzung, die auf dem Marktplatz um die Kosten der individuellen Reproduktion kämpfte. Im Folgenden wird nun deutlich werden, dass die Bewegung der *Gilets Jaunes* ziemlich genau diesem Muster entspricht. Nicht, weil sie gewalttätig und chaotisch ist und somit dem Ordnungsempfinden des Staates – dem bürgerlichen Maßstab des Riots – widerspricht. Vielmehr gründet und stützt sich die Bewegung auf die Forderung, dass ein bestimmtes Reproduktionsmittel zu einem niedrigen Preis angeboten werden muss, damit die proletarische Reproduktion auf-

35 Joshua Clover, Riot.Strike.Riot. The New Era of Uprising. London & New York 2016.

rechterhalten werden kann. Das Aufkommen der Bewegung ist ein klares Zeichen dafür, dass sich der traditionelle Vertrag zwischen den Klassen in einer Krise befindet. Der Brotaufstand ist zurück.

Und dabei war er doch nie wirklich von der Bildfläche verschwunden. Insbesondere die Aufstände, die sich um die Kosten für den Zugang zu zwingend notwendigen Verkehrsmitteln drehen, sind ein fester Bestandteil der Gegenwart: Von den durch die Zurücknahme der Treibstoffsubventionen ausgelösten landesweiten Riots in Haiti, zu den wiederholt auftretenden *Gasolinazo Protesten* in Mexiko und anderswo, oder der insurrektionistischen Wucht, die durch die Erhöhung der Fahrpreise für den Bus in Brasilien entfesselte wurde. Immer dann, wenn der Zugang zu Verkehrsmitteln unerlässlich für das Überleben wird, wird ihr Preis Teil des Subsistenzpakets und damit zum Schauplatz für Auseinandersetzungen. Das Hauptaugenmerk lag bisher unmissverständlich auf den *„Kreisverkehr-Protesten"*, wie ein Teilnehmer die Aktionen auf einer Straße außerhalb von Toulouse bezeichnete. Die Protestierenden versammeln sich dort, um den Verkehr zu blockieren. Anderswo attackieren sie Mautstationen oder Autoherstellerinnen – allesamt physische Verkörperungen der Zirkulation also.

Jedoch verschleiert der alleinige Fokus auf die Verkehrsmittel, dass es sich bei einem Riot um einen „Zirkulationskampf" in einem weitaus tiefer gehenden Sinn handelt. Am Ende des Wachstums des produzierenden Gewerbes im überentwickelten Westen angekommen, markiert das Aufkommen des Zirkulationskampfes die Schwäche der traditionellen Arbeiterinnenbewegungen und die Umstrukturierung von Klasse und Kapital auf nationaler und internationaler Ebene. Formal beschreibt „Zirkulation" eine Reihe von miteinander verbundenen Phänomenen: erstens den Markt, oder breiter gefasst, die soziale Arena, in welcher der Transfer von Eigentum und wiederum die Konsumption von Waren und Dienstleistungen stattfindet; zweitens die tatsächliche Bewegung von Waren durch den Markt hin zur Konsumption nach Abschluss ihrer Produktion; und schließlich drittens die verschiedenen Formen von Arbeit, die zur Zirkulation dieser Waren – und damit zur Realisierung ihres Wertes – führen.

Der Zirkulationskampf stellt dabei den sozialen Kampf derer dar, die aus der Sphäre der Produktion gedrängt wurden. Dies passiert genau in dem Moment, in dem die Produktion selbst schwindet und das Kapital, auf der Suche nach Profit, sich vermehrt Strategien annimmt, die in Marxens „geräuschvoller Sphäre der Zirkulation" verortet sind. Alles beginnt dort, wo

es muss: Nicht am Arbeitsplatz, sondern auf dem Markt einer weit von Paris entfernten Stadt, die ihren eigenen Kreisverkehr und ihren eigenen *Gelbwesten* besitzt. Zu diesen gehören eine arbeitslose Elektrikerin, eine Krankenschwester, eine selbstständige Teppichverlegerin, die Fahrerin eines Betonmischers. Diese Gruppe verkörpert zugleich ein bestimmtes Spektrum: Die Übriggebliebenen des Baugewerbes, den stagnierenden Dienstleistungsbereich, die Prekären und Abgehängten. Es ist nicht so, dass sie nicht arbeiten würden – einige tun es, andere nicht. Man kann sich jedoch schwerlich einen Arbeitskampf vorstellen, der diese grundverschiedenen Typen über Regional- und Nationalgrenzen hinweg zusammenbringen könnte. Der Preis von Dingen jedoch lässt sie alle gleichermaßen verarmen. So ist es also die Festlegung der Preise, die sie vereint.

Der Kampf innerhalb des Kampfes

Es muss aber auch das angesprochen werden, was der Artikel ausspart. Die Erzählung in *la France profonde* beginnen zulassen – und damit in der „weißen" Provinz, die gegen die Arroganz und den Elitismus der Klassen der Metropole aufbegehrt –, verweist einerseits darauf und scheut sich jedoch zugleich, zu betonen, in welchem Ausmaß die angeblich führerlose Bewegung 1. durch Nationalisten geformt wurde und 2. der nationalistischen Feindseligkeit gegen die Migrantinnen aus den Banlieues immer wieder auch Ausdruck verleiht. Dies verdeutlicht ein bekannter Forderungskatalog.[36] Das wiederum eröffnet Le Pens Partei die Möglichkeit, in Hinblick auf die Wahlen 2022 die Initiative zu ergreifen – vorausgesetzt, die Regierung Macron bricht nicht schon zuvor zusammen. Die Forderung nach Macrons Rücktritt ist nun der Schlachtruf, Frankreichs Version von „Das Volk fordert den Fall des Regimes". Wir wissen alle leider nur zu gut, dass ein sich Einlassen auf diese spektakuläre Forderung nach Enthauptung katastrophale Folgen nach sich ziehen wird. Im besten Fall stellt sie eine Machtdemonstration dar, die jedoch Gefahr läuft, einfach nur einen Ersatzmann an die Macht zubringen. Im schlechtesten Fall bereitet sie das Feld für einen aufstrebenden Diktator.

Die Suche nach dem wahren Subjekt eines Aufstandes übersieht immer

---

36 translibleipzig.wordpress.com/2018/12/17/die-42-forderungen-der-gelben-westen/

die Mannigfaltigkeit der Masse. Von Anfang an waren auch Städter und Banlieusards unter den *Gelbwesten* zu finden. Es wäre zudem falsch, die französischen Peripherien eines uniformen Populismus zu bezichtigen, dem es um nichts anderes als um die Überwindung von Konsumdefiziten geht. In der Bewegung der *Gelbwesten* vereinigen sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Anliegen. Ohne eine bestimmte Ausrichtung stoßen die Menschen auf die Bewegung, sie besitzen zumeist lediglich eine zögerliche Intuition – wobei ihnen die Ereignisse als eine Art Schule dienen. Das erregende Moment eines Riots, einer Bewegung oder eines Aufstandes ist niemals identisch mit seiner bzw. ihrer Bedeutung. Von Anfang an ist er geprägt durch eine Auseinandersetzung innerhalb der Auseinandersetzung, einen Kampf um seine Stoßrichtung. Es sind diese Begegnungen, denen eine revolutionäre Möglichkeit innewohnt. Obwohl wir mit Bewegungen der Straße vertraut sind, die nach Rechts abdrifteten – wie das desaströse Beispiel in Brasilien etwa –, haben es die *Gilets Jaunes* vermocht, diesen Kurs in bestimmten Momenten der Unruhen umzukehren. Besonders, da die allwöchentliche Mobilisierung am Samstag eine gewisse Urbanisierung der Bewegung mit sich brachte und sie einer breiteren, proletarischen Basis zugänglich machte, zu der Akteurinnen wie das *Adama Komitee* zählten. Das *Komitee Aufklärung und Gerechtigkeit für Adama Traoré* bildete sich 2016 nach Traorés Tod in Polizeigewahrsam. Dieses Ereignis rief ähnliche, wenn auch nicht ganz so heftige Riots hervor, wie die, die 2005 von Clichy-sous-Bois ausgehend Paris einkreisten, um schließlich auch in anderen französischen Vorstädten und über diese hinaus auszubrechen. Der durch staatliche Gewalt gegen untergeordnete – in Europa meist gleichbedeutend mit migrantischen – Communities ausgelöste „Race Riot" oder (wie die anglophone Fehlbezeichnung lautet) „Vorstadt-Riot" bildet das Gegenstück zum Aufstand der *Gilets Jaunes*. Dies sind die beiden Seiten des Zirkulationskampfes: Auf der einen Seite die, denen der Zugang zum Lohn verwehrt wird; auf der anderen die, deren die Löhne nicht länger ausreichen, das zum Überleben Notwendige zu kaufen. Das sind gekoppelte Phänomene einer stagnierenden und rückläufigen Produktion, in der es der Lohn und die Lohndisziplin nicht länger vermögen, die politökonomische Situation zu stabilisieren. Wie bei echten Gegenstücken treffen diese beiden Spielarten des Zirkulationskampfes ständig aufeinander. Man könnte seine Zeit auch mit wesentlich unnützeren Dingen vertrödeln, als eine Bilanz der Gegenwart aufzustellen, die es einem ermöglicht, über die Verbindungen dieser beiden Ausformungen des Zirkulationskampfes nachzudenken.

Gegen den grünen Nationalismus

Beide Arten des Riots verweisen – egal wodurch sie nun im speziellen hervorgerufen worden sind – zwangsläufig auf die Themen Migration, Staatsgrenzen, ökonomischen Nationalismus und so weiter. Diese sind Begleiterscheinungen der Zunahme von Zirkulationskämpfen: In Zeiten, in denen die abnehmende Produktion und die damit einhergehende Rekomposition der Klasse auf Xenophobie trifft und sich mit dieser verschränkt, sind es die Zirkulationskämpfe, die den nationalistischen Chauvinismus auf die Agenda bringen. Es gibt jedoch keine ernstzunehmende linke Politik, die nicht von Grund auf antirassistisch wäre.

Es sollte zudem auf der Hand liegen, dass soziale Bewegungen heute verstärkt Stellung bezüglich der sich anbahnenden ökologischen Katastrophe beziehen müssen. Eine der Neuheiten in Zusammenhang mit der Bewegung der *Gilets Jaunes* ist, dass der Staat ökologische Belange als Ausrede dafür benutzt, die Sozialkosten für die Reproduktion auf seine Untergebenen abzuwälzen. Das scheint eine düstere aber zutreffende Prognose zu sein: Man kann sich sehr gut vorstellen, wie in den überentwickelten Ländern die Öko-Logik in Zukunft als staatliches Werkzeug zur Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen gebraucht wird. Es ist daher grundlegend falsch, die Forderungen gegen den Benzinpreisaufschlag als antiökologisch zu deuten. Insofern der Staat als Koordinationskomitee des Kapitals fungiert – und daran hat sich bisher nichts geändert –, wird es unmöglich sein, sich für das Überleben der Zivilisation zu engagieren und zugleich dem Staat die „Ökologie" als Waffe zu überlassen. Es muss heute eine der Hauptaufgaben der Linken sein, dem Staat diese Waffe zu entreißen.

Hier zeigt sich die wahre Schlagkraft der *Gelbwesten*. Sie weisen ein Gebot, welches der Staat im Namen der Sicherheit hervorgebracht hat, als ein warnendes Beispiel dafür zurück, dass es der Staat selbst ist, der Unsicherheit schürt. Dabei handelt es sich um nichts geringeres als eine ökologische Allegorie, die die Frage aufwirft, wer die Rechnung für den Erhalt von Sicherheit und Überleben zahlen muss: Der Staat oder die Menschen? Diese dramatische Zurückweisung zeigt sich sehr deutlich in einer geradezu ironischen Entwicklung der Bewegung: Millionen von aufgebrachten Autofahrerinnen gehen zur französischen Mode des Abfackelns von Autos über, als würden sie damit ihre Komplizenschaft mit den Vorstadtriots signalisieren. Was könnte ökologisch bewusster sein als das?

Es scheint angebracht zu sein, die Ereignisse um die *Gilets Jaunes* als einen frühen Klimariot zu fassen, ebenso wie die gegenwärtige Migration als durch den Kollaps des Klimas befeuert begriffen werden muss. Diese beiden Problemfelder – die globale Zirkulation von Populationen und die ökologische Krise – werden nicht einfach nur der Konsolidierung der Staatsmacht als Anlass dienen. Vielmehr könnte in den nächsten zehn Jahren aus ihrem Zusammengehen und dem damit verbundenen Diskurs um Ressourcenerhaltung und vermeintlich humanitären Vorkehrungen gegen Klimaflüchtlinge eine Art „grüner Nationalismus" hervorgehen. Es gibt jedoch keinen Universalismus, der sich nicht dieser Entwicklung durch Kämpfe für offene Grenzen und kommunale Selbstverwaltung in ökologischen Angelegenheiten entgegenstellt.

Zurück zum Politischen

Zum zehnten Mal jährten sich kürzlich die Ermordung Alexis Grigoropoulos durch die griechische Polizei und die darauf folgenden großflächigen Riots. Wer nach einem möglichen Ausgangspunkt des gegenwärtigen Zyklus von Zirkulationskämpfen sucht, der findet ihn möglicherweise in diesem Moment und innerhalb des breiteren Kontextes, in dem dieser sich einpasst: die globale Wirtschaftskrise und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit, die sich besonders stark in Griechenland bemerkbar machte, wo sie zugleich auf eine bereits bestehende Tradition von dynamischen Auseinandersetzung traf. Wenn man das große Glück hatte, diese Kämpfe aus der Distanz analysieren zu können – was einen davor bewahrte, zunehmend frustrierter zu werden angesichts der sich wiederholenden Zusammenstöße mit der Polizei und den Parlamentsbesetzungen –, konnte man nicht anders als die Militanz dieser Kämpfe zu bewundern. Die Schwäche eines Riots, der von staatlicher Gewalt hervorgerufen wurde, besteht darin, dass er oft genau an dieser Stelle steckenbleibt. Allzu oft wird ihm durch kosmetische Modifikationen des Staatsapparates beigekommen: Eine Amtsträgerin tritt zurück, eine Expertengruppe tritt zusammen, usw.

Die Stärke des Riots um die Preisfestlegung liegt darin, dass er die Wirtschaft unvermittelt konfrontiert. Dies stellt gleichzeitig jedoch auch seine Schwäche dar, wie die Bewegung der *Gilets Jaunes* verdeutlicht: Indem sie sowohl den expliziten Antirassismus als auch impliziten Abolitionismus des Vorstadtriots vermissen lässt, öffnet sich ein Raum in dem sich alle möglichen Formen problematischer Politik frei bewegen können. Die Be-

wegung öffnet sich nur allzu leicht revanchistischen Gelüsten nach dem Klassenvertrag der *trentes glorieuses* und dessen Tunnelblick bezüglich der Frage, wer darunter gefasst ist. Es ist diese Zeit, und die sie bestimmenden Exklusionen, die die Masse meint, wenn sie die Marseillaise anstimmt – nicht 1792.

Aber das Aufkommen des Zirkulationskampfes führt uns deutlich vor Augen, dass diese Zeit eben nicht wiederkommen wird – weder für Linke noch für Nationalisten. Gegenwärtig ist es wichtig ins Auge zu fassen, mit welcher Geschwindigkeit sich eine einfache ökonomische Forderung, die durch die Bewegung losgetreten wurde, nun über ihre Grenzen hinaus ausbreitet und damit ein Schritt hin zu einer politischen Krise gemacht wurde. „Die Wirtschaft" in ihrer gegenwärtigen Abstraktion muss in Wirklichkeit durch den Staat vertreten werden. Man kann vielleicht plündernd die Champs-Élysées auf und abziehen – wobei Plündern wunderbarerweise einer Warenpreisfestsetzung bei Null gleichkommt. Jedoch ist doch jedem bewusst, dass Macrons Regierungspalast das Winterpalais des Geldes darstellt. Die Leute wollen jedoch nicht mit ihm sprechen, was auch eine Stärke der Bewegung ist. Bei all dem Gefasel ob der Bedeutung der Symbole und Plakate der Protestierenden ist es doch den *Gilets Jaunes* gelungen, ihrer ursprünglichen Forderung nicht auf einer kommunikativen Ebene, sondern durch direkte Interventionen Ausdruck zu verleihen – von Blockaden von Kreisverkehren zu der Belagerung des Arc de Triomphe, diesem Kreisverkehr im Zentrum der Dinge. Das zeichnet auf jeden Fall den besonderen Charakter der Gegenwart aus, wie er auch anderswo ausführlich beschrieben wurde[37]: „Soziale Kämpfe, denen man ursprünglich durch minimale Konzessionen bezogen auf die Forderungen der sozialen Bewegungen beikommen konnte (durch staatliche Strategien in Boomzeiten), greifen jetzt auf insurrektionistische Mittel zurück." Dies offenbart auch die Hinfälligkeit der *CGT*, Frankreichs einstmals mächtiger Gewerkschaft, die zwar ihrer Größe nach immer noch relativ beeindruckend ist, jedoch einfach nicht in der Lage ist, die Dringlichkeit an den Tag zu legen, die der gegenwärtige Kampf erfordert. Erst relativ spät ist sie der Bewegung der *Gilets Jaunes* beigetreten, was ihren todbringenden Verfall zu signalisieren schien.

---

37 communemag.com/introducing-commune/

Es könnte in der Tat bereits vorbei sein. Ihr ursprüngliches Ziel hat die Bewegung erreicht. Die *Gelbwesten* haben darüber hinaus damit begonnen, die Einheit des Politischen und des Ökonomischen wieder zu entdecken – diese der sozialen Existenz zugrundeliegenden Wahrheit, die der bürgerliche Fetisch verschleiert. Parteien werden nun versuchen, die noch vorhandenen Energien zu kanalisieren. Es gibt gute Gründe dafür, sich vor diesem Nachlassen selbst und dessen Ergebnissen zu fürchten. Die Lehren für jede Linke, die diesen Namen auch verdient, liegen jedoch auf der Hand und geben eine klare Agenda für die unmittelbare Zukunft vor.

14. Dezember 2018

Auszüge aus den Gelbwesten-Tagebüchern

Rona Lorimer

AKT III

Nach allem, was man so hört, war es das Verrückteste, was jemals irgendjemand gesehen hatte. Es wurden überstürzte Vergleiche mit der Julirevolution von 1848 und der Pariser Commune von 1871 angestellt. Jene Aufstände hatten sich jedoch in den einfachen Vierteln von Paris abgespielt, in den Nachbarschaften der Arbeiterinnenklasse im Norden und Nordosten. Der Samstag des ersten Dezembers sah nicht aus wie ein „Protest" oder eine „Demonstration"; eher wie ein Aufruhr im Stil von Delacroix oder Stendhal. Es wurde mit allem geworfen, was man abmontieren und aufsammeln konnte. Die *Gelbwesten*, unmaskiert und mit bloßen Händen, bekämpften die Polizei und wurden eingepfeffert, rissen gusseiserne Zäune nieder, brachen das Holz aus den Sitzbänken, um es anzuzünden, warfen Autos um und fackelten sie ab. Häuser fingen Feuer. Bürgerliche Frauen schrien klassistische Beleidigungen aus ihren Fenstern in den Obergeschossen: „Geht zurück zu euch nach Hause!" Worauf Gelbwestinnen antworteten: „Wir sind hungrig. Wir kommen nächstes Wochenende wieder!" Dieselbe Beleidigung – geht zurück nach Hause! – wurde mit rassistischer Absicht schwarzen Menschen aus dem linken Block entgegengerufen. Sie antworteten mit dem Singen der Marseillaise, der französischen Nationalhymne, die ihren Ursprung in der französischen Revolution hat. Alle wollten den Elysée Palast stürmen, die Heimat des französischen Präsidenten, nahe der Champs-Elysées, der mit Abstand berühmtesten Prachtstraße von Paris. Sie schafften es bis zum Arc de Triomphe (unten drunter und oben drauf) und schoben die Bereitschaftspolizei vom riesigen Place de l'Étoile.

Ein Blick auf den mit Graffiti besprühten Arc de Triomphe gibt wichtige Hinweise auf die politische Verwirrung der *Gelbwesten*, der linken und der rechten. Auf den Sockel wurde in Großbuchstaben gekritzelt: „PAS DE GUERRE ENTRE LES PEUPLES PAS DE PAIX ENTRE LES CLASSES"

(„KEIN KRIEG IM VOLK, KEIN FRIEDEN ZWISCHEN DEN KLASSEN.") Direkt unter dem Bogen schützten Nationalisten das Grab eines unbekannten Soldaten, welches nach dem Ersten Weltkrieg eingeweiht wurde. Daneben hatte jemand geschrieben: „LES *GILETS JAUNES* TRIOMPHERONT" „DIE *GELBWESTEN* WERDEN TRIUMPHIEREN", eine scheinbar banale, politisch jedoch ausgesprochen rechtslastige Phrase. Die Leute berichteten davon, wie sie stundenlang in Stadtvierteln umhergingen, in denen alle Straßenlaternen und Kameras zerstört worden waren und in denen die Polizei kaum anzutreffen war. Eine Polizeiwaffe wurde aus einem Bullenauto gestohlen, und am Ende des Tages wurde ein Scharfschütze der Polizei auf einem Gebäude auf den Champs-Elysées installiert, der in die Menge zielte. Marine Le Pen twitterte an ihre „verehrten *Gelbwesten*" und riet den „echten *Gelbwesten*" unter ihnen, den Place de l'Étoile zu verlassen, damit den Polizeikräften das Wegputzen gewaltsamer Elemente ermöglicht werde.

Nicht alle *Gelbwesten* kommen samstags nach Paris, da es sich um einen landesweiten Kampf handelt, der sowohl in der Provinz als auch in der Metropole ausgetragen wird. Im Kontext einer Bewegung, die mit dem Protest gegen die hohen Transportkosten begann, ist es offensichtlich, dass sich nicht alle *Gelbwesten* die Anreise nach Paris leisten können. In den ländlichen Gegenden und den industriellen Randgebieten der städtischen Zentren ist das Blockieren werktags von größerer Bedeutung, während samstags in den Städten symbolische und politische Ziele im Vordergrund stehen.

AKT IV

Am Montag des 10. Dezember fuhr ich gemeinsam mit vier anderen Leuten mit dem Auto los, um auf den besetzten Kreisverkehren nahe Paris eine informelle Untersuchung durchzuführen. Wir fuhren zu einem Kreisverkehr bei Senlis, der schon vor der ersten Mobilisierung vom 17. November besetzt war. Als wir dort ankamen, drehten Lastwagen und Autos mehrere Schleifen um den Kreisverkehr und johlten und hupten, um so ihre Solidarität zu zeigen. Der Kreisverkehr befindet sich strategisch günstig zwischen einem im Bau befindlichen Amazon-Lager und den Zufahrtsstellen zweier Mautstraßen, von denen eine nach Paris und eine bis nach Belgien führt. Die Bewohnerinnen des Kreisverkehrs blockieren die Mautstation und lassen die Fahrer kostenlos durch. Das private Unternehmen, dem

die Mautstraßen gehören, verliert mehr als sechzig Euro für jeden durchgelassenen LKW. Die französischen Steuerzahlerinnen finanzierten einst den Bau der Autobahnen in Frankreich, jedoch wurde die Instandhaltung nach und nach outgesourct. Die Besatzerinnen stehen in gutem Kontakt mit der örtlichen Polizei und halten sich, wenn sie dazu aufgefordert werden, an die Aufforderung, die Mautstation nicht zu blockieren. Wenn sie sie blockieren, dann nur wenn etwa zweihundert *Gelbwesten* dort anwesend sind. Um mit verschiedenen Leuten zu sprechen, trennen wir uns auf. Die erste Person, mit der ich spreche, heißt Pierre (die Namen wurden geändert), ein ehemaliger Militärangehöriger, der jetzt in der IT-Branche arbeitet, welcher mir prompt erzählt, dass ihre Besetzung zwar Menschen aller politischen Überzeugungen involviere, ihre Bewegung aber unpolitisch sei und sie nicht über Politik sprächen. Er erzählt mir, dass er rechts sei, und versucht, mich auf dem Feld der „politischen Korrektheit" zu provozieren. Er trägt eine Sonnenbrille, obwohl es mitten in diesem von Silberbirkenwäldern umgebenen, industriell geprägten Flachland kalt, feucht und keineswegs sonnig ist. Nachdem er mehr Vertrauen zu mir gefasst hat, wechselt er zwischen seiner Sonnenbrille und einer rechteckigen Lesebrille.

Auf eine sehr ex-militärische Art und Weise zeigt er mir das Lager, als wäre er ein Quartiermeister, der mich auf eine Tour durch seine Baracken mitnimmt. In einer der aus Paletten gebauten Kabinen befindet sich ein gusseiserner Ofen, so dass die Menschen dort schlafen können, während sie den Kreisverkehr schützen. Aber sie schlafen nicht viel, weil die ganze Nacht über ständig gejohlt und gehupt wird. Alles scheint gut organisiert zu sein, es sieht aus wie die besetzte *ZAD* bei Nantes (Anm. d. Ü.: *ZAD* ist eine Abkürzung für *zone à défendre,* dt. Zone zur Verteidigung. Gemeint ist die militante, dauerhafte Besetzung von Territorien, die sich v.a. gegen Infrastrukturprojekte wie Flughafenausbaupläne richten. Die genannte ZAD bei Nantes war die bekannteste, sie wurde im April 2018 geräumt). Schilder an der Wand listen auf, was sie brauchen. Auf dem Tisch Spuren dessen, was sie haben: Essen, Kaffee, Wein. Es übernachten hier Frauen und Männer. Alleinerziehende bringen ihre Kinder mit, die gemeinsam betreut werden. Die Altersspanne ist sehr groß – ich würde sagen, von Anfang zwanzig bis Mitte siebzig –, aber die meisten scheinen um die Fünfzig oder im Ruhestand zu sein.

Die anderen Leute, mit denen ich gekommen bin, sprachen mit so vielen Leuten wie sie nur konnten, einschließlich Ökologen von links außen, lesbischen Gewerkschafterinnen und Ex-Polizistinnen aus dem *Front Natio-*

nal, die über den „großen Austausch" plapperten. Pierre war schon zuvor an Demonstrationen beteiligt, nämlich gegen die Homo-Ehe; seine Politik ist euroskeptisch und antiglobalistisch. Er erklärt, dass die Entscheidung Frankreichs, sich der Weltwirtschaft in den 1970er Jahren zu öffnen, die Aufnahme einer riesigen Staatsverschuldung erforderte, die nie abbezahlt werden würde. Die Zinsen auf die Schulden würden durch Steuern bezahlt, die stattdessen für das Sozialversicherungssystem verwendet werden sollten. Er will nicht, dass Macron abtritt, sondern dass er und alle französischen Präsidenten der letzten vierzig Jahre stattdessen von der Armee verhaftet und wegen Hochverrats an dem französischen Volk vor Gericht gestellt werden. (Außer der völlig durchgeknallte Chirac, der heute niemandem mehr etwas nützt). Würde Macron zurücktreten, dann würde er seiner Meinung nach nur durch eine andere „Marionette" ausgetauscht werden. Er verbringt viel Zeit damit, mir zu erklären, warum er diese Bildersprache verwendet, obwohl ich ihm zu verstehen gebe, dass ich verstehe, dass er von struktureller statt von symbolischer Macht spricht. Ich beiße mir auf die Zunge und hoffe, dass er nicht anfängt, über Reptiloide zu reden; aber das tut er nicht, auch auf Grenzen und Migranten kommt er nicht zu sprechen.

Wir reden über die Polizei, die Pierre als Ex-Militär sehr mag. Er scherzt mit ihnen bei jedem Protest und kümmert sich nicht darum, wie sehr sie ihn einpfeffern. Er kommt damit sowieso klar: Schließlich hat er seine Maske mit weißem Essig gefüllt. Er hasst die „casse", die gezielte Sachbeschädigung: Die Leute, die das machen, seien keine echten *Gelbwesten*, sondern schwarze Kids aus den Banlieues. Ich erwähne, dass die Randalierer *(casseurs)* gelbe Westen tragen, dass ein sehr kleiner Teil derer, die von der Polizei verhaftet wurden, bereits zuvor polizeibekannt war und dass in einer so heterogenen Bewegung auch kaum eine wirkliche Bestimmung dessen, was eine „echte" Gelbweste sei, möglich ist. Er setzt seine Sonnenbrille wieder auf und verbringt ein paar Minuten damit sicherzustellen, dass ich ein paar Spareribs, etwas Huhn mit Senf und etwas Brot esse – denn „wenn du hier zu Besuch bist, bist du mit uns und da ist es mir egal, wer du bist, selbst wenn du ein Journalist von der *Libération* (das etwas linkere französische Pendant des Guardian) bist".

Pierre war da am Samstag, bei den Unruhen in Paris. Wie kommen die *Gelbwesten* dort hin, die nicht viel Geld zu Verfügung haben und nicht aus der Hauptstadt kommen? Mit großer Freude erklärt er, dass sie das privatisierte Buswesen benutzen, das Macron vor seiner Amtsübernahme einge-

richtet hat. Wir vergleichen unsere Erfahrungen. Er erlebte am Samstag einen ganz anderen Tag als den, den ich beschrieben habe. Sie machten sich früh mit drei Autos auf den Weg – zwei voller schwerer Jungs (der Köder), und eines mit einem heterosexuellen Paar und allen Masken und Taucherbrillen der Gruppe (als Kontrastfiguren). Für den Fall einer Polizeikontrolle hatten sie Sprechfunkgeräte dabei. Sie erreichten Paris über die Porte Maillot, fuhren um die Südseite der Champs herum und schafften es leicht hinein. Sie besetzten die Place de l'Étoile, bis sie mit Tränengas beschossen und teilweise zerstreut wurden. In der Manier eines selbsternannten Übermenschen erzählt Pierre mir, dass sie die Avenue Marceau hinuntergegangen sind (natürlich haben sie die Frauen zurückgelassen; es ist ja gefährlich). Er und seine Freunde konnten mit Hilfe der Barrikaden zu den Champs vorrücken. Hier wird seine Definition der Randale *(casse)* klarer: „Da war ein Auto, eines der wenigen Autos, die noch auf der Straße waren, ein Diplomatenauto, und es war bereits zertrümmert, also haben wir es natürlich auf der Barrikade verbrannt". Und Baustellenmaterialien? Wenn sie da sind, sind sie leichte Beute. Die Menschen waren so wütend wegen dem Benzin, dass sie in die Seitenstraßen einfielen, die Fenster von Autos zerschlugen, ihre Notbremsen lösten, sie beim Schrillen der Alarmanlagen hochhievten, um sie danach anzuzünden. Aber die Leute seien dumm, was das Randalieren angeht, erklärt er; sie haben Lieferwagen von Klempnern verbrannt, und die haben Gaskanister drin! Pierre findet es auch in Ordnung, Banken wegen des globalen Kapitals und der Finanzwirtschaft zu zerschlagen, aber keine Läden. Nur wenn sie Frankreich keine Steuern zahlen. Es ginge darum, die Elysée (Anm. d. Ü.: kann sich auf die Straße oder den gleichnamigen Präsidentensitz beziehen) einzunehmen und die Statue des unbekannten Soldaten zu schützen, die letzte Woche von Linken beschädigt wurde. Eine Tragödie hat fünf Akte, sagt er mir; wir versuchen, das gemeinsam zu analysieren, kommen aber nicht weit.

Alle anderen saßen die ganze Zeit am Lagerfeuer und redeten mit einem sehr sympathischen Fischer, der die Namen jedes einzelnen lebenden und ausgestorbenen Vogels kennt und der von seiner proletarischen Mutter radikalisiert wurde, die ihm Romane über das Landleben zum Lesen gab (George Sand, Émile Zola, etc.). Wir durchleben Zolas *Germinale.* Wir besprechen die für diese Nacht geplante Blockade der Porte de Rungis, des Logistikdepots, durch das alle Lebensmittel für Paris geschleust werden. Er kannte das Depot nicht, doch es interessierte ihn, weil er in den 80er Jahren Gemüse ins siebzehnte Arrondissement lieferte, als er noch eine schicke Freundin hatte, die im achtzehnten lebte.

Sie haben dieses Wochenende Tramperinnen beherbergt, und auch einige Vertreterinnen einer alternativen Globalisierung aus Paris kamen zu Besuch („Schlimmer als ihr!", sagt Pierre). Sie sind offen für Diskussionen untereinander und mit Außenstehenden. Der Kreisverkehr ist trotz einiger welker Faschisten keineswegs ausschließlich weiß, und es gibt regelmäßig vorbeikommende Lkw-Fahrerinnen, die hier je nach Uhrzeit für einen Kaffee oder einen stärkeren Drink Rast machen.

Das erinnert mich daran, wie ich einst im Jahr 2017 von Grenoble nach Lyon trampte. Ich wurde von einem belgischen LKW-Fahrer mitgenommen, der mir von den guten alten Zeiten im Beruf erzählte. „Du hattest ein Ziel und eine Ankunftszeit," sagte er, „aber du konntest auf dem Weg mäandern wohin du wolltest, solange du nicht zu spät angekommen bist". LKW-Fahrerinnen trafen sich zu wilden Partys weit abseits ihrer Routen. Jetzt haben die Fernfahrerlokale geschlossen und die Fahrerinnen schlafen nachts alleine an den Tankstellen. Sie haben auch GPS-Tracking an Board. Als ich die vertikalen Stufen zur Kabine hinaufstieg, rief sein Chef bereits an, um rauszufinden, warum er angehalten hatte. Sie dürfen keine ungeplanten Stopps machen, um zu verhindern, dass sie ihre Ladung verkaufen. Er erzählte mir, dass er von Leuten gehört habe, die anhalten würden, um große Teile von Landmaschinen zu stehlen, die sie in anderen Ländern verkaufen würden. Diese Leute hätten für alle anderen alles versaut. Sein Unternehmen hatte seinen Sitz in Rumänien und beschäftigte Arbeiterinnen aus der gesamten EU, aber jede Arbeiterin wurde nach dem Mindestlohn in seinem Herkunftsland bezahlt, so dass sie alle unterschiedlichen Lohn erhielten. Es muss schön sein, einen Ort wie den Senlis-Kreisverkehr zu haben, wo etwas von der Geselligkeit des Jobs wiederhergestellt wird.

Wir machten uns auf den Weg nach Pont-Sainte-Maxence, etwas weiter entfernt, obwohl wir eigentlich nach Creil fahren wollten, wo die Gymnasiastinnen seit diesem Morgen ihre Schule blockiert hatten. Es gab ein Feuer und in einem Hin-und-Her mit der Polizei hatten sie eine Brücke besetzt. In Pont-Sainte-Maxence befindet sich der Kreisverkehr außerhalb der Stadt, in der gleichen Art Industriegebiet wie jener in Senlis, aber weniger strategisch gelegen. Er liegt neben einem McDonalds und einem LeClerc-Supermarkt, an dessen Blockade die *Gelbwesten* kein Interesse haben. Wie beim Kreisverkehr von Senlis haben die *Gelbwesten* hier ein gutes Verhältnis zur örtlichen Polizei und haben sogar einen Weg durch die Mitte des Kreisverkehrs frei gemacht, durch den die Polizistinnen fahren können. Der Kreisverkehr ist nur tagsüber besetzt. Sie halten die Autos

kurz an, plaudern, verteilen Kuchen und verlangsamen so den Verkehr. Als wir ankommen, schreit ein als Weihnachtsmann gekleideter Mann einige Teenager an, die in einem Kleinwagen im Kreisverkehr herumschlingern, während ein Hund aus dem einen und ein Mitfahrer aus dem anderen Fenster heraushängt. Die *Gelbwesten* laufen ihnen hinterher, bereit für einen Kampf. Der Weihnachtsmann gibt uns Süßigkeiten und sagt uns, dass die Jugendlichen verdammte Migrantinnen seien, verdammte „racaille" (Abschaum, ein Wort, das der ehemalige Präsident Sarkozy berühmt gemacht hat). „Ihr seid racaille, sagen wir zu den *Gelbwesten*, denn ihr zeigt Macron den Mittelfinger." Unser Witz, eine eher schwache Reaktion auf ihren Rassismus, kommt nur flach herüber. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sie den Vorfall provoziert haben, indem sie den Teenagern gegenüber extrem rassistisch waren, welche jetzt in ihrem Auto um den LeClerc-Parkplatz herumtorkeln wie zwei Statisten in der Cronenberg-Adaption eines Ballard-Romans. Eine *Gelbweste* macht einen weiteren rassistischen Kommentar gegenüber einem ihrer Mitstreiter, der vietnamesischer Herkunft ist: „Mann, es macht keinen Sinn, dass du die Weste trägst. Du bist schon gelb." Wir haben zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal geparkt.

Wir parken und werden sofort in einen Streit mit zwei sehr langweiligen Männern verwickelt. Sie wollen alle Steuern abschaffen, weil sie Kleinbürger sind und glauben, dass sie kein Sozialversicherungssystem brauchen. Was den nationalen Zugverkehr betrifft, die *SNCF,* die auch von Steuern finanziert wird: Warum sollte dieser Kerl für die Züge bezahlen müssen, mit denen die *racaille* reisen, wenn er doch einen eigenen Wagen hat? Sie sagen, die Industrie sei dem Wettbewerb zu unterwerfen. Zugführer im Streik? „Scheiß auf sie, hast du jemals neunzig Stunden die Woche gearbeitet, junge Dame?" Ich sage ihm, dass ich das nicht getan habe, und schaue traurig auf meine Hände herab. Er reparierte Kühlschränke in großen Supermärkten und gründete später sein eigenes Unternehmen. Ich erzähle ihm von den Kürzungen im öffentlichen Sektor und im nationalen Gesundheitswesen nach dem Finanzcrash 2008 im Vereinigten Königreich, wo ich herkomme. Er hört zu, aber seine Position ist ideologisch und unverrückbar. Ich frage ihn, ob er denkt, dass unsere Meinungen verschieden sind, weil er Eigentum besitzt und ich nicht. „Ja", lacht er. Im Gegensatz zu Senlis, wo man ein paar Stunden bleiben, wirklich diskutieren und einander zuhören kann –, sogar mit meinem Ex-Soldaten, Pierre! – ist dieser Kreisverkehr eine soapbox (Anm. d. Ü.: improvisierte Plattform für einen [monomanischen] Redner unter freiem Himmel) und kein Ort des Austauschs. Sogar die Musik, die sie spielen, ist scheiße und uns ist wirklich kalt. Und

die Geschlechterdynamik? Ein Mann, der ein Nelson-Mandela-Zitat auf ein Schild malt, sagt mir, dass Frauen nicht hierher kommen, weil sie sich nicht sicher fühlen und weil es kalt ist. Ich bin immer noch verwirrt davon!

Wir kehren zurück und sehen Macron, wie er als Reaktion auf die Gelbwestenproteste eine Rede im Fernsehen hält. Er liebäugelt mit der Frage der nationalen Identität und beschreibt ein „verwundetes" französisches Subjekt, das von äußeren Einflüssen durchdrungen ist. „Wir müssen die Frage der Migration angehen." Er verspricht einen „wirtschaftlichen und sozialen Ausnahmezustand", was immer das bedeutet, sowie eine Erhöhung des Mindestlohns um hundert Euro pro Monat. Es ist klar, dass diese Erhöhung durch die Reduzierung des Arbeitslosengeldes und die Reduzierung von Steuergutschriften finanziert wird. Er spricht viel über Gewalt. Der Grund für diese sei ein Bedürfnis, „geliebt" zu werden, und ein Bedürfnis, als französisches Subjekt anerkannt zu werden. Dann wählt er einige Subjekte aus, die er als unfähig zur Gewaltanwendung darstellt, wie Frauen und behinderte Menschen. Es ist eine erschreckende Rede, und der Schnitt ist wirklich seltsam, die Kamera zoomt immer wieder hinein und hinaus – auf seine wirren Augen, auf seine wirren Hände.

In der anschließenden TV-Diskussion gerät das lasche Kommentariat in Aufregung und gibt vor, von Klasse oder Austerität nichts zu verstehen. Dabei bringen sie ihre Papiere und ihre Hände durcheinander – links, rechts, links, links, rechts. Sogar Mélenchons Antwort auf Macron ist wie eine Reihe von gut recherchierten, schönen Klecksen, die seinen nationalistischen Bluff aufdecken. Danach interviewen sie einige *Gelbwesten* – und beurteilen sie genauso falsch wie die drei blasierten Frauen Anfang der Woche. „Werden Sie die Kreisverkehre frei geben, nachdem Macron den Mindestlohn erhöht hat?" „Auf keinen Fall", antwortet ein Gärtner mit einer sehr seltsamen Brille. „Hören sie: Nein. Er hat nur auf eine unserer vielen Forderungen reagiert. Wir wollen ein Ende der Obdachlosigkeit und vieler anderer Dinge. Unseren Kampf führen wir auch für die Arbeitslosen, die keinen Zugang zum Mindestlohn haben. Unsere erste Forderung war, dass er abtreten soll. Also bleiben wir hier."

Am nächsten Tag lese ich einen Artikel im *Parisien:* Unsere Freunde in Senlis haben beschlossen, ihre Besetzung fortzusetzen.

Paris, 12. Dezember 2018

Ende des Monats sucht Ende der Welt

Blog Agitations

Eine Schrumpfung bereits knapper Budgets

Der Anstieg von Zwangsabgaben – etwa die teurere TÜV-Abnahme, die wiederum ein teureres Auto erfordert; doppelt so viele Bußgelder seit der Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit von 90 auf 80 km/h; schließlich die Umweltsteuer –, der mit der Einschränkung proletarischer Mobilität einherging (so kann man mit einem Auto von vor 2003 nicht mehr in Städten fahren), hatte eine derart explosive Wirkung, dass selbst diejenigen aufgeweckt wurden, die nun zum ersten Mal revoltieren.

In einer Krisenperiode, die nur prekär dadurch zusammengehalten wird, dass sich die meisten irgendwie durchschlagen, wurden die vielfachen Neuerungen der Gesetzgebung im Jahr 2018 bezüglich des Autos als Angriff auf jenen Teil der Arbeiterinnenklasse erlebt, der keinen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln hat.

Im Übrigen verdient die Hälfte der *Gilets Jaunes* so wenig, dass sie lediglich für die Verbrauchersteuern (Mehrwertsteuer, Benzin, Zigaretten) zahlen muss, während sie von den Einkommenssteuern befreit sind.

Damit widerspricht die aktuelle Politik gegen Gebrauchtwägen und Diesel den vorherrschenden Konsumtrends. Jüngste Zahlen belegen, dass der Autokauf vorwiegend über den Gebrauchtmarkt erfolgt (formell wie informell): So waren drei von vier Wägen im Jahr 2015 gebraucht. Die Verschärfung der TÜV-Abnahme führt nun in die konträre Richtung, denn sie verlangt, dass sich der Markt auf Wägen der Oberklasse zusammenzieht und folglich sind die Möglichkeiten einer Motorisierung des Proletariats stark beeinträchtigt.

Die Dieselsteuer wurde zugleich auch als ein Angriff von oben wahrgenommen, da der Diesel der Kraftstoff der Armen ist: Langfristig billiger und stabiler, ist der Kauf eines Dieselfahrzeugs der Garant für eine lange Nutzungsdauer des Autos. Die Dieselfahrerinnen gruppieren sich in den Re-

gionen mit der höchsten Konzentration einkommensschwacher Haushalte, die von der Einkommensteuer befreit sind. Diese Überlagerung macht die deindustrialisierten (im Norden und im Osten) und sehr abgelegenen ländlichen Regionen zu Dieselgroßverbrauchern. Umgekehrt neigen die großen städtischen Agglomerationen und einige überdurchschnittlich reiche ländliche Departements (Côte-d'Or oder Loiret) dazu, sich vom Diesel abzuwenden. Der Diesel ist, wie *L'Argus*[38] zusammenfasst, ein äußeres Zeichen von Armut.

Des Weiteren spiegelt sich diese Klassenspaltung in den Umfragen wider. Die Unterstützung der Führungskräfte für die Bewegung der *Gilets Jaunes* nimmt stets ab und dies bereits vor den „Samstagen in Paris" (ab dem 1. Dezember), als die Orte der Bourgeoisie angegriffen wurden.

Bis in die 1950er Jahre war das Auto im Wesentlichen bürgerlich. Ab den 1960er Jahren konnte sich, dank des gestiegenen Lebensstandards, auch die Mittelklasse diesen Luxus leisten. Zuletzt hatten ab den 1970er Jahren auch die Proletarierinnen Zugang zum Automobil. Doch seit einigen Dekaden kann diese Motorisierung in Frankreich nur noch über Gebraucht- oder Dieselwägen erfolgen, da einerseits die Löhne nicht mehr ansteigen, andererseits jedoch die Notwendigkeit besteht, sich für die Arbeit individuell ein Auto zuzulegen.

Das Instrument für den Verkauf der Arbeitskraft wird besteuert

Hinter den Forderungen gegen die Senkung der Löhne durch die CO2-Steuer stand auch das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Denn in zahlreichen Gebieten ohne öffentlichen Nahverkehr ist die Motorisierung die einzige Möglichkeit, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen. Die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, für diese neuen Kosten aufkommen zu können, bedingte die Angst vor Deklassierung und Verelendung: nicht mehr die Mittel zu haben, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen zu können

38 Eine große französische Plattform für den Verkauf von gebrauchten wie neuen Autos.

Angesichts des Endes eines Kampfzyklus: ein semantischer und ideologischer Bruch in den Forderungen

Themen, die von der Linken vergessen wurden:
Die Linke misstraut den angesprochenen Themen: dem Auto und der Straße. Diese sind traditionell Themen der Rechten und radikalen Rechten, während sie zugleich einen starken Klassencharakter haben. Es sind nämlich die Arbeiterinnen, die das Auto am häufigsten benutzen und vor allem diejenigen, die dafür zu zahlen haben (die Führungskräfte benutzen es auch, aber zumeist freiwillig, und wenn sie es nicht freiwillig benutzen, kommt ihr Unternehmen dafür auf). Wir haben es folglich mit einem historisch thematischen Bruch zu tun, denn die Frage der Reproduktion der Arbeitskraft wurde bislang kaum berücksichtigt, und noch weniger dieser Aspekt der Reproduktion. Die Rechte stellt diese Frage immer häufiger und schafft sogar ihre eigene Sprache, die „Kaufkraft" (mit Ausnahme der überseeischen Departements und Territorien, in denen die Kaufkraft üblicherweise ein Begriff der Linken ist).

Bei der Frage des „Kampfes gegen Steuern" handelt es sich ebenso traditionellerweise um ein Vokabular, das vom Unternehmertum und den Rechten verwendet wird. Wenn es jedoch zu einem Steuertransfer vom Kapital hin zu den Haushalten kommt, wenn es die Arbeiterinnenklasse ist, die das *CICE2* finanziert, dann nimmt der Kampf gegen die Steuern einen anderen Ton an.

In den letzten 10 Jahren stiegen die wichtigsten von den Unternehmen gezahlten Steuern und Abgaben zwischen 2008 und 2017 um nur 6,4% und damit weniger als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Während die von den Haushalten gezahlten Beträge um 22,3% stiegen, mehr als dreimal so viel. Die Konsumsteuern (von denen die Haushalte vorrangig betroffen sind) sind ebenfalls um 18,2% gestiegen. Wenn die Steuern also ihre Umverteilungsfunktion für das Proletariat einbüßen, sinkt die Bereitschaft, diese zu zahlen. Der verschwindende Wohlfahrtsstaat macht Platz für einen Staat, der als parasitär wahrgenommen wird.

Das Ende der politischen Strukturen der „Post-30-Glorieuses" und die neue Welt

Das Ende der siegreichen sozialen Bewegungen bedeutete auch das Ende

des Zwei-Parteien-Systems: Chirac wurde gewählt, aber er wich immer dem Druck der Straße; Sarkozy ist vor ihr nie zurückgewichen und wurde auch nicht wiedergewählt; Hollande beerdigte seine Partei mit der *Loi Travail* und hat eine Massenpartei in eine Kleinstpartei verwandelt (von 29% der Stimmen im Jahre 2013 zu 6% im Jahre 2018).

Macron absorbierte dann alle Stimmen der Oberschicht. Dieser Übergang von traditionellen Parteien hin zu einer Partei ohne Demagogie, die ihre Klassenverachtung nicht mehr versteckt, hat den Bruch mit der politischen Klasse vollendet, der bereits vor langer Zeit begann (z.B. durch Wahlenthaltungen). Die mangelnde Ausbildung der Aktivisten von *En Marche!* und ihre Arroganz, seine Wahl aufgrund eines Missverständnisses und vor allem seine Absenz von Demagogie lassen ihn nun/ mit den *Gilets Jaunes* die Rechnung für jahrelange Gesetzgebungen gegen das Proletariat bezahlen. Der Unterschied zwischen *En Marche!* und einer Zwei-Parteien-Politik besteht darin, dass letztere eine, wenngleich rechte Antwort auf die Reduzierung des direkten und indirekten Einkommens anbot: Steuerbefreiung für Überstunden, Entwicklung von geförderter Beschäftigung, etc. Kurz gesagt, konnten unpolitische oder rechte Proletarierinnen eine leise Hoffnung behalten. Am Ende dieser Sequenz steht nun eine Verschiebung von selbst-erklärt unpolitischen oder auch rechten Proletarierinnen hin zu einer politischen Form, die es zuvor so nicht gab. Deshalb sehen wir nun eine Bewegung, die weder klar definierte politische Grundlagen noch ein klares ideologisches Raster besitzt.

Der fordistische Kompromiss hatte in Frankreich dank der Kämpfe der großen sozialen Bewegungen der 90er und 2000er Jahre, so gut es ging, Bestand. Das Ende der siegreichen sozialen Bewegungen (und damit auch der Zerfall des Klassenkompromisses) markierte das Ende des Zwei-Parteien-Systems, das nun keine Umverteilung mehr sicherstellt.

Das Ende der siegreichen sozialen Bewegungen hat auch zu einer Veränderung der Kampfformen geführt: eine Zunahme der Gewalt, um sich Gehör zu verschaffen. Seit einigen Jahren ist die Unterscheidung von guten und schlechten Demonstrantinnen, die in den 90er Jahren sehr stark war, mit der wachsenden Illegitimität der sozialen Forderungen (wie beispielsweise 2016) immer poröser geworden, um nun im Zuge der *Gelbwesten* noch deutlicher zu verwässern.

30. Dezember 2018

Full Metal Yellow Jacket

Alèssi Dell'Umbria

Machen wir keinen Hehl aus unserer Freude! Die Bewegung gegen das Arbeitsgesetz *(Loi Travail)* im Frühling 2016, die Verteidigung der *ZAD* in Notre-Dame-des-Landes im Frühjahr 2018 und schließlich die im Herbst 2018 entstandene – und weiterhin bestehende – Bewegung der *Gilets Jaunes*: Es herrscht ein Zeitgeist der Revolte, die ständig ihre Form verändert. Zunächst der *cortège de tête*[39], dann die Verteidigung eines besetzten ländlichen Gebietes und zuletzt die unkontrollierbaren Demonstrationen.

Ein unbekanntes, wenngleich vertrautes Territorium hat gerade die Form einer politischen Existenz angenommen. Die *Gilets Jaunes* haben die peripheren Räume besetzt, die sich aus Nicht-Orten zusammensetzen: Kreisverkehre, Mautstellen auf den Autobahnen und Parkplätze der großen Einkaufszentren. Diese Achsen der Zirkulation wurden der neuen urbanen Klasse zugewiesen, um ihre atomisierten gesellschaftlichen Funktionen zu organisieren und zu verteilen. Diese Alltagswelt, die Millionen von Menschen dazu verdammt, am Morgen und am Nachmittag im Stau zu stehen, scheint jede Möglichkeit eines Ereignisses neutralisiert zu haben. Laut den Statistiken lebt die Hälfte der französischen Bevölkerung in diesen peripheren Regionen. Jedoch blieben all diese Menschen unsichtbar in ihrer Verzweiflung. Es bedurfte erst einer gelben Weste, um zu existieren. Ande-

39 Der cortège de tête, die Demospitze, bezeichnet zunächst den Block, der eine Demonstration anführt. Der Begriff wurde v.a. während der Bewegung von 2016 kanonisch, da hier die Demospitze durch ihre Entschlossenheit und Militanz den Antagonismus der Bewegung vorantrieb und zugleich hierdurch auch immer wieder in Konflikt mit gemäßigten Kräften innerhalb der Bewegung selbst geriet. Nicht zuletzt, da traditionellerweise die Gewerkschaftszüge den Kopf der Demos im Rahmen sozialer Bewegungen bildeten.

re brauchten eine Gesichtsvermummung oder ein schwarzes Regencape[40]. Die Tatsache, dass das „Comité Adama Traoré"[41] sehr schnell dazu aufrief, sich den Demonstrationen der *Gilets Jaunes* in Paris anzuschließen, ist hierfür beispielhaft: Beaumont-sur-Oise, welches an der äußersten Grenze zwischen der Pariser Banlieue und dem französischen Land liegt, verkörpert exakt diese Peripherie der Metropole, die nun eine politische Existenz angenommen hat (in diesem Fall bereits seit der Ermordung Adama Traorés) und darauf nun keinen Verzicht mehr üben will.

In Rekurs auf einen keineswegs unbelasteten Begriff können wir sagen, dass es sich um eine im Wesentlichen provinzielle Bewegung handelt, die in dieser Form absolut einzigartig ist. Die Demonstrationen und Unruhen spielten sich in den Kleinstädten ab, in denen normalerweise überhaupt nichts passiert – genau dort, wo der Staat Bahnhöfe, die Post und Grundschulen schließen lässt. Weshalb sollte man auch öffentliche Gelder für diejenigen Überflüssigen ausgeben, die dort geblieben sind? Die *Gilets Jaunes* tauchen überall auf. Unruhen in Caen, Nantes, St. Nazaire oder Rouen hatten noch nichts Ungewöhnliches, aber in Beauvais, Bar-le-Duc, Narbonne, Le Puy oder Angers, was für eine Überraschung! Es ist bekannt, dass die Mehrheit derjenigen, die am 1. und 8. Dezember die schicken Viertel in Paris verwüsteten, aus diesen Regionen stammte. Ihr Umherirren in Paris erinnerte eher an Hooligans in feindlichem Gebiet als an die traditionellen Demonstrationen der Gewerkschaften. Der Verachtung für die kleinen Leute aus der Provinz, die aus diesem Paris der Eliten spricht, findet nun eine Antwort. Es wurde schon oft gesagt, dass dieses vollständig gentrifizierte und befriedete Paris nur noch geplündert und verwüstet werden kann. Nie zuvor wurde diese Forderung beispielhafter umgesetzt.

---

40 „Sous les k-way la plage" war eine Parole, die während der Bewegung im Frühjahr 2018 aufkam. Sie spielt einerseits auf die situationistische Parole „Sous les pavés la plage" („Unter dem Pflaster der Strand") wie auch auf die k-way genannten schwarzen Regencapes an, die während der Demonstrationen und Riots in Frankreich getragen werden.

41 Adama Traoré starb am 19. Juli mit 24 Jahren in Polizeigewahrsam in Persan in der Pariser Peripherie. Das „Comité Adama Traoré" hat sich nach seinem Tod gegründet und kämpft für eine Aufklärung der Todesursache, die durch Polizei und Justiz bis dato blockiert werden.

Die *Provinz* ist ein typisch französischer Begriff. In der Alltagssprache, welche die Hierarchie innerhalb der Nation ausdrückt, steigt man hinauf *(monter)* nach Paris und herab *(descendre)* in die Provinz. Auf dem Gipfel der Pyramide thront die Hauptstadt, die ihr Licht auf das gesamte Hexagon wirft. Allgemein produziert und reproduziert der gegenwärtige Kapitalismus die Beziehung von Peripherie und Zentrum vielmehr als Netz und weniger konzentrisch. In einem derart zentralistisch organisierten Land wie Frankreich werden diese Netze der Zirkulation jedoch von einer konzentrischen Organisation des Territoriums überlagert, die entscheidend bleibt. Indem sie nun nach Paris hinaufsteigen, um die Bourgeoisie des achten Arrondissements zu terrorisieren, stürzen die *Gilets Jaunes* diese Pyramide um.

Der periphere Charakter der Bewegung ist jedoch nicht nur geographischer und politischer Natur. Eine andere Zentralität wird ebenfalls infrage gestellt: die der Fabrik, die für lange Zeit jene Achse bildete, auf der sich die Bewegungen aufbauten. Hier stellt nun nicht mehr das Unternehmen den zentralen Ort der Zusammenkunft dar. Die Menschen, die an den Blockaden zusammenkommen, kannten sich vorher im Normalfall nicht. Ihre Übereinkunft resultiert aus einem freiwilligen Akt, den man durchaus als politischen Akt qualifizieren kann. Daher auch die Verwirrung der Gewerkschaften angesichts dieser Bewegung, die im Übrigen seit Anfang Dezember eifrig darum bemüht waren, einen Nichtangriffspakt mit der Regierung von Emmanuel Macron abzuschließen (einzig *Solidaires*[42] und einige Regionalgruppen der *CGT* haben sich diesem Kollaborationsakt verweigert). Hieran kann man gut den Verfall der Gewerkschaftsbewegung ablesen, der sich bereits im Frühjahr 2016 abzeichnete.

In der Marxschen Analyse wurde die Produktion als die Sphäre bestimmt, in welcher der Tauschwert entsteht, während sich nur in der Sphäre der Zirkulation der Waren dieser Wert realisiert. Doch innerhalb der Dynamik des Kapitalismus stehen alle Momente in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander und können sich ausschließlich in Beziehung zur Totalität verwirklichen, die sie gleichzeitig selbst formen. Zunächst, da die Zirkulation den Produkten Wert zusetzt und den Profit generiert (in dem Sinne, dass

42 Solidaires ist eine linksalternative Basisgewerkschaft in Frankreich.

sich eine ganze Industrie bildet, die diese Zirkulation absichert, bestehend aus Banken, Versicherungen, Marketing, Transport, Lagerung, den großen Distributionszentren, ganz zu schweigen von den Aktivitäten, die damit verbunden sind)[43], aber es wird immer schwerer, die beiden Sphären voneinander zu trennen. Dies wird offensichtlich, schaut man sich Bereiche wie die Energiebranche an. Die Produktion eines Atomkraftwerkes ist unvorstellbar ohne die Hochspannungsleitungen, durch die Ware der Elektrizität fließt, gleiches gilt für eine Ölraffinerie mit ihrem Netz von Lagern und Tankstellen. Ebenso können die in China produzierten Textilien nur zu Produkten werden, indem die riesigen Containerschiffe den Transport in Richtung der westlichen Häfen sicherstellen. Nichts lässt darauf schließen, dass der maritime Transport keinen Wert produziert. In der extremsten Form verkörpert das Internet die reine Zirkulation des Wertes, die beinahe unabhängig von der Ausbeutung lebendiger Arbeitskraft ist – zugleich jedoch mussten die hierfür notwendigen technischen Geräte in einer Fabrik hergestellt werden. Es wird folglich problematisch, einen bestimmten Teil der Aktivität als Produktion zu isolieren und diese von den anderen Arbeiten und Tauschvorgängen abzuspalten, die die gesellschaftliche Totalität konstituieren. Die italienischen Genossinnen sprachen deshalb bereits in den 1970er Jahren von der gesellschaftlichen Fabrik – dies mag zunächst zugegebenermaßen nach einem Oxymoron klingen, schließlich ist die Fabrik keine Gesellschaft, sondern ein System. Es erscheint uns jedoch sinnvoll, dann von globaler Fabrik zu sprechen, wenn das kapitalistische Unternehmen alles auf der Welt Existierende unter die bestimmte Logik der Fabrik gebracht und derart modelliert hat. Ein Logistikhub, sei es für Flug-, Schiffs- oder Straßenverkehr, ein Gewerbegebiet oder aber auch eine Autobahn stellen alle gleichermaßen ein Zahnrad dieser globalen Fabrik dar. Die Trennung der privaten von der öffentlichen Sphäre, die seit der französischen Revolution das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat bestimmt, löst sich unter dem Einfluss der Maßnahmen auf, die die Zirkulation der Individuen machtvoll organisieren. In der globalen Fabrik

---

43 Die Zirkulation der Ware lässt sich nicht auf den Transport und die Verteilung der Produkte reduzieren: Die Waren beginnen bereits in den Rohstoffbörsen zu zirkulieren. Zu einem Zeitpunkt, da sie sich noch nicht physisch bewegt haben. Umgekehrt sind die Rohstoffe, die an ein industrielles Unternehmen verkauft wurden, bereits mit Wert versehen. Dadurch, dass sie gekauft wurden, gehen sie bereits in die Kalkulation des Wertes des Endprodukts mit ein: Hier geht die Zirkulation der Produktion voran.

verliert die Gesellschaft jede Dichte, während der Staat nichts anderes mehr ist als ein Dienstleister.

Die großen Kampfzyklen der Arbeiterinnenklasse endeten zeitgleich mit der ausbrechenden Krise des Fordismus. Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bestanden die Kämpfe in Europa im Wesentlichen darin, sich den Schließungen von Unternehmen und der folgenden Atomisierung der Arbeiterinnen zu widersetzen – all dies endete mit schrecklichen Niederlagen. Die Stahlindustrie, der Bergbau, der Schiffsbau, wie auch die anderen Sektoren der Industrie, alle Bastionen der Arbeiterinnenklasse haben diesen Prozess vollzogen. Man könnte den historischen Moment, seitdem alles hoffnungslos verloren war, genau bestimmen: es fängt mit der Niederlage der FIAT-Arbeiterinnen in Turin im Herbst 1980 an und setzt sich dann in Frankreich mit der Niederlage der Migrantinnen von Talbot im Jahr 1983 fort, um in der Niederschlagung des großen Bergarbeiterinnenstreiks in Großbritannien im Frühjahr des Jahres 1985 zu kulminieren. Dieser in Europa abgeschlossene Zyklus taucht gegenwärtig in Indien und China wieder auf...

Die Tatsache, dass die Fabrik für Kämpfe nun nicht mehr den einst so zentralen Stellenwert einnimmt, führt uns zur Hypothese, dass die kommenden Aufstände sich die Fabrik von außen aneignen werden und nicht umgekehrt (in einer marxistischen Sprache formuliert: Sie werden von der Zirkulation ausgehen, um die Produktion an sich zu reißen). So wie eben die *Gilets Jaunes*, die von der Peripherie ausgehend das Zentrum einnehmen. Zugleich findet dies auch nicht mehr vor dem Horizont der Selbstverwaltung statt, wo sich die Arbeiterinnen die Fabrik aneignen, sondern im Gegenteil: Kräfte von außerhalb, aus dem Bruch mit der Logik der globalen Fabrik hervorgegangen, würden sich die Fabrik aneignen, um sie nach ihren eigenen Bedürfnissen entsprechend umzugestalten. Selbstverständlich sind wir noch nicht an diesem Punkt, aber die Vervielfältigung der Revolten in der Peripherie, von den Unruhen in den Banlieues von 2005 bis zur gegenwärtigen Bewegung der *Gilets Jaunes*, zeigt an, dass wir es mit einem neuen Kampfzyklus zu tun haben, der gerade losgegangen ist, mit einem Kampfzyklus, der sich von allem bislang Gesehenen unterscheidet und der uns noch weiterhin überraschen wird.

Alles an der Bewegung der *Gilets Jaunes* verweist auf die Zirkulation, die zentrale Forderung wie die Nicht-Orte, wo sich diese Forderung ausdrückt. Es ist möglicherweise das erste Mal, dass eine Bewegung mit einer

solchen Reichweite in der Verweigerung einer Steuer auf CO2 ihren Ausgang nimmt. Und es gibt keinen Mangel an umweltfreundlichen Radwegen, über die man sich lustig machen kann. Aber in einer Welt, in der man auf Mobilität angewiesen ist, ist der Kraftstoffpreis alles andere als irrelevant, außer man lebt und arbeitet in den Stadtzentren (und wir wissen alle, wer in diesen Stadtzentren lebt). Die suburbane Arbeiterin ist innerhalb dieser Struktur buchstäblich gefangen, sie muss arbeiten, um sich das unverzichtbare Auto zu kaufen mit dem sie dann in die Arbeit fahren kann. Die Aktionen konzentrieren sich folglich auf die Kreisverkehre, die Mautstellen oder die Eingänge von Parkplätzen der Einkaufszentren, allesamt Teile dieser suburbanen Struktur. Vor zwei Jahrhunderten revoltierte der Pöbel gegen die Erhöhung des Brotpreises, nun erhebt er sich gegen die Erhöhung des Benzinpreises.

Unsere Regierungen haben schon lange verstanden, von welcher strategischen Wichtigkeit die Frage des Benzinpreises ist. Auf dem Höhepunkt des Generalstreiks vom Mai 1968 organisierte die Regierung einen Benzinmangel (obwohl noch genug Vorrat zugänglich war), nur um die Tankstellen am Tag nach Pfingsten plötzlich wieder zu beliefern, und Millionen von Französinnen, die „die Ereignisse" als Betrachterinnen verfolgt haben, strömten erleichtert auf die Straßen. Eine solche Intrige hat der Bewegung sicherlich mehr geschadet, als eine halbe Million Menschen, die auf den Champs Elysées für De Gaulle demonstrierten.[44]

Anders als noch die Massenarbeiter des Fordismus, haben die atomisierten Arbeiterinnen von heute kaum noch Möglichkeiten auf ihren stagnierenden Lohn einzuwirken, während gleichzeitig alles andere teurer wird. Diese Arbeiterinnen sehen sich daher gezwungen, gegen den steuerlichen Druck auf ihre Einkünfte anzukämpfen. Auf der linken Seite monieren einige, dass sie damit das klassische Thema der Steuersenkungen von der liberalen Ideologie aufnehmen, und für einige *Gilets Jaunes*, für die Kleinunternehmerinnen und Einzelhändlerinnen, ist das sicherlich auch wahr. Aber die Mehrheit erkennt, dass Steuersenkungen, sofern es sie gegeben hat, ausschließlich auf sehr hohe Einkommen bezogen waren, insbesondere im Fall der Abschaffung der Vermögenssteuer. Und im gleichen Maße,

---

44 Es war Michel Jobert, einst Chef des Kabinetts des Premierministers George Pompidou, der diese Operation organisierte – 20 Jahre später ging er damit an die Öffentlichkeit.

wie die Frage des Lohnes am Unternehmen hängt, verweist die Frage der Steuern auf den Staat (umso mehr, wenn man um die Rolle der Kraftstoffsteuer für den Staatshaushalt weiß). Aus dieser Perspektive verdeutlichen die Außerbetriebnahmen von Mautstellen und die Zerstörungen von Blitzern, inwieweit dieser Racketstaat zunehmend mit der Situation des Ancien Regime verglichen werden kann. Nun sind es jedoch nicht mehr die Generalpächter, die sich auf dem Rücken der Menschen bereichern, sondern der Staat und Unternehmen wie *Vinci,* die die Autobahnen verwalten. Im Übrigen kann niemandem entgangen sein, dass sich im Verlauf der letzten Wochen viele Forderungen der *Gilets Jaunes* verändert haben. Aus rein fiskalischen Forderungen wurden häufig auch soziale (wie z.B. die Anhebung des Mindestlohns), auch wenn die Rücknahme der CO2-Steuer den Forderungskatalog noch anführt.

Unter dem Ancien Regime gab es ständig steuerfeindliche Revolten, insbesondere im Zuge des 17. Jahrhunderts, als sich die absolute Monarchie konstituierte. Mit der französischen Revolution verkehrt sich dies alles gänzlich: Steuernzahlen wird zum staatsbürgerlichen Akt, ebenso wie das Einreihen unter die Nationalfahne (vor der man zuvor noch geflohen war, da sie die Ankunft des Militärrekrutierers ankündigte). Dies war der historische Siegeszug der Bourgeoisie und nichts deutet darauf hin, dass er bereits seine Wirkung eingebüßt hat. Seitdem wird das Verweigern der Steuern mit einer Geste des Ancien Regimes gleichgesetzt. Für die Linke, deren Bezugspunkt einzig die republikanischen Institutionen sind, stellt sich diese Frage nicht mehr. Innerhalb der politischen Binarität von Links und Rechts galten steuerfeindliche Forderungen immer als Privileg der liberalen Rechten, während die keynesianische Linke die Umverteilung über die staatlichen Institutionen anpries, die über steuerliche Maßnahmen erreichbar war. Jetzt, da sich Linke und Rechte angeglichen haben, kann die alte Tradition der steuerfeindlichen Revolte wieder auftauchen. Paradoxerweise nimmt sie gegenwärtig jedoch Bezug auf die Französische Revolution – auf die Tricolore, die Marseillaise und die phrygische Mütze.

In anderthalb Monaten werden die *Gilets Jaunes* das geschafft haben, wozu die Gewerkschaften in den letzten zwei Jahrzehnten nicht imstande waren. Dadurch, dass sie nicht innerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens organisiert waren, wurden die *Gilets Jaunes* weder durch die gewerkschaftlichen Aktionsformen blockiert, noch durch subventionierte Bürokraten strapaziert. Dies ermöglichte die schönen Unruhen in Paris, wo die provinziellen Proletarierinnen immer wieder aufs Neue Einzug

hielten. (Und auch wenn ein Teil der *Gilets Jaunes* diesen Vandalismus nicht gutheißt, hat ihre einfache Anwesenheit ihn ermöglicht. Es gab keine gewerkschaftlichen Ordnerinnen, um diese Euphorie zu bremsen). Das Umherirren scheint also die klassische Demonstration zu ersetzen. Währenddessen blieb der *cortège de tête* weiterhin abhängig von der Demonstration der Gewerkschaften und erreichte seine Grenzen am 1. Mai 2008 (ein *cortége de tête*, der dem Gewerkschaftszug in nichts nachstand, mit einem riesigen Schwarzen Block im Inneren und all das für ein völlig unbedeutendes Ergebnis). Die Menge wird umherschweifen können, sobald sie sich von jedem Begriff des Blocks freigemacht hat! Diszipliniert und disziplinierend zugleich durchstreifen die Umzüge der Gewerkschaften die großen Avenues im Stadtzentrum, dem Ort der Repräsentation par excellence. Währenddessen zeichnete sich das Umherirren der *Gilets Jaunes* in Paris im November und Dezember 2018 auf Anhieb durch Streuung und Bewegungsfreiheit aus.

22. Januar 2019

Die Gelbwesten und die Frage der Demokratie

Samuel Hayat

Die Bewegung der *Gelbwesten* macht den Herrschenden, ihren Verteidigerinnen sowie ihren bevorzugten medialen Dolmetscherinnen unaufhörlich zu schaffen. Von Personen getragen, die den öffentlichen Raum qua Einbruch betreten haben, rückt sie lästige Fragen in den Vordergrund. Nicht, dass es sich dabei um neue Fragen handelte, doch finden die Regierenden auf sie seit langem keine Antworten mehr. Oder besser gesagt, wurden die Institutionen, vermittels derer sie regieren, auf der Verdrängung und dem Vergessen dieser Fragen gegründet. Gestern noch ging es um die Steuerfrage, den gerechten Preis der Dinge, um die Mittel, die man für ein anständiges Leben braucht sowie die moralische Ökonomie, an der der Präsident der Republik stolz Verrat übt.[45] Heute erleben wir die Rückkehr der alten Frage der Demokratie: Wieso sind es eigentlich stets dieselben, die Entscheidungen treffen, jene Berufspolitikerinnen mit ihrer hölzernen Sprache, ihren obskuren Spielen und ihrer ostentativen Verachtung gegenüber dem Volk? Wieso also sollte das Volk seine Angelegenheiten nicht selbst regeln können, zumindest in den wichtigsten Belangen? Neben den Forderungen nach ökonomischer Gerechtigkeit blühen nun Forderungen nach politischer Gerechtigkeit neu auf: gegen die Privilegien der Abgeordneten, für eine strenge Kontrolle durch das Volk und vor allem für das *RIC (Referendum d'initiative citoyenne),* die Volksabstimmung auf Bürgerinitiative.

---

45 Dieser Text schließt an den letzten Blogbeitrag an (Anm.d.Ü.: gemeint ist der Text „Die Gelbwesten, die moralische Ökonomie und die Macht" vom 5. Dezember 2018, siehe unsere deutsche Übersetzung in dieser Broschüre). Dieser Beitrag verdankt meinem regen Austausch mit der Historikerin Célia Keren noch mehr, als mein letzter Beitrag. Ihr sei hier nochmals gedankt.

Zwei Vorstellungen von Politik

Das Referendum war eine von vielen Forderungen der Bewegung und nun ist es in wenigen Tagen zu ihrem neuen Symbol geworden, gleich einem Zwischenergebnis. Am 15. Dezember, als man die Bewegung für rückläufig erklärte (viel eher wurde sie durch eine Repression von bisher unbekanntem Ausmaß erstickt[46]), wurde ein Text vor dem *Jeu de Paume* (Museum für zeitgenössische Kunst im 1. Arrondissement von Paris, Anm. d. Ü.) verlesen. Die Initiatoren der Bewegung fordern, dass die Volksabstimmung auf Bürgerinitiative in der Verfassung verankert wird. Nun braust die mediale Maschine auf und ergeht sich in einer Welle der politischen Agoraphobie, jener Angst vor einem vermeintlich unsteten, unfähigen und gefährlichen Volk und einer der vielen Avatare des Hasses auf die Demokratie.[47] Alle scheinen vergessen zu haben, dass bei der letzten Präsidentschaftswahl nicht weniger als sechs von elf Kandidatinnen die Einführung eines solchen Referendums versprochen hatten, ohne dass dies jedoch einen Skandal hervorgerufen hätte.

Ja, natürlich: Solange die Demokratisierung von Berufspolitikern oktroyiert wird, ist sie akzeptabel. Sobald sie zu einer Forderung der Volksklassen werden sollte, wird sie aufrührerisch. Schlimmer noch, hat nicht der Abgeordnete François Ruffin diesen Vorschlag, obwohl er von seinem Fraktionsvorsitzenden Jean-Luc Mélenchon (Gründer der linkspopulistischen Bewegung *La France Insoumise,* der bei der Präsidentschaftswahl 2017 19,58 % der Stimmen erhielt, Anm.d.Ü.) mitgetragen wird, einem gewissen Etienne Chouard zugeschrieben, einer kleinen Internetgröße mit verrufenen Freundschaften, unter anderem zu Rechtsradikalen? Von einer harmlosen Forderung, die in den Wahlprogrammen untergeht, wird das *RIC* zum Zeichen des aufkommenden Faschismus. (Anm.d.Ü.: Etienne Chouard ist ein Internetstar, Blogger und Schullehrer, der während des

---

46 Fabien Jobard in Le Monde (europe-solidaire.org/spip.php?article47286) und Mathieu Rigouste in Les Inrockuptibles (lesinrocks.com/2018/12/12/actualite/violences-policieres-il-y-derriere-chaque-blessure-une-industrie-qui-tire-des-profits-111151464/)

47 Jacques Rancière, La haine de la démocratie. Paris 2005. (Deutsch: Der Hass der Demokratie. Berlin 2011); Francis Dupuis-Déri, La peur du peuple: Agoraphobie et agoraphilie politiques, Montréal Qc Lux 2016

Referendums zur Annahme des Vertrages über eine Verfassung für Europa im Jahre 2005 auf sich aufmerksam machte. Er ist Verfechter des *RICs* und ein idealtypischer Ausdruck des französischen Citoyenismus, der radikalen Bürgerbewegungen abseits von Parteien und Gewerkschaften. Er ist seitdem für seine offene Flanke zur radikalen Rechten, vor allem in Bezug auf den Rassisten Alain Soral, in die Kritik geraten.)

Es handelt sich hierbei nicht bloß um den Wankelmut der Medien und Politikerinnen. Die Forderung nach dem RIC konnte sich so einfach durchsetzen und der Konflikt darum so große Ausmaße annehmen, weil diese Auseinandersetzung etwas Wesentliches berührt. Sie ist Ausdruck einer Konfrontation zweier Vorstellungen von Politik, welche zwar seit Beginn der Bewegung mehr oder weniger offen zu Tage getreten ist, die aber in einer weit tieferliegenden Geschichte wurzelt. Die Parteipolitik als eine der beiden Vorstellungen dreht sich um den Kampf der Berufspolitikerinnen um die Wählergunst und damit um die Macht. Sie funktioniert über die Erzeugung antagonistischer Weltanschauungen (Ideologien), die sich in den Wahlprogrammen niederschlagen. Die Bürgerinnen sind zur Wahl zwischen diesen Programmen angehalten, wollen sie sich nicht selbst zur politischen Unsichtbarkeit verurteilen.[48] Diese Vorstellung von Politik als Parteipolitik ist scheinbar hegemonial. Wer sie ablehnt, findet sich an die Ränder der Öffentlichkeit abgedrängt. Sie ist der gesunde Menschenverstand. Allen, die von der Parteipolitik leben, ist dieses Verständnis der Politik zur Natur geworden: allen voran den Berufspolitikerinnen, aber auch den Angestellten der Parteien, den politischen Journalistinnen, den Meinungsforscherinnen und den Politikwissenschaftlerinnen, einschließlich des Autors dieser Zeilen. Ein ganzes soziales Milieu, das, wenn es auch in sich nicht homogen, so doch in jedem Falle kaum im statistischen Sinne repräsentativ für die Bevölkerung ist. All diese Leute wissen um die Funktionsweise der Institutionen, wer in welcher Partei ist und wo sich diese Parteien auf der Skala Links-Rechts einordnen. Kurz gesagt, beherrschen sie die Codes der Berufspolitik. Und vermittels dieser Codes interpretieren sie das ganze politische Geschehen, weswegen sie seit Beginn der Bewegung wie besessen versucht haben, sie politisch einzuordnen, d.h. sie in ihre aus der Berufspolitik stammenden Analyseraster einzupassen.

---

48 Pierre Bourdieu, La représentation politique. Éléments pour une théorie du champ politique. Actes de la recherche en sciences sociales Nr. 36/37 1981, S. 324.

Doch die Bewegung der *Gelbwesten* rückte ein anderes Politikverständnis in den Vordergrund, insbesondere seitdem das *RIC* ihr Steckenpferd geworden ist. Wir können sie als citoyennistisch bezeichnen.[49] Sie basiert auf der Forderung einer Entprofessionalisierung der Politik zugunsten einer direkten Bürgerbeteiligung, die darauf zielt, die authentische Meinung des Volkes ohne jede Vermittlung durchzusetzen. Das Volk, das hier als vereint betrachtet wird, existiert jenseits aller parteiischer Aufspaltungen und Ideologien, als Summe freier Individuen, deren Wille über ein einfaches Dispositiv abgefragt werden kann: indem man ihnen eine Frage stellt oder unter ihnen eine bestimmte Anzahl freier Individuen per Zufallsprinzip auswählt, die dann nach bestem Gewissen Beschlüsse fällen können. Es handelt sich um eine Politik des Konsenses, deren Verständnis der gegenwärtigen Situation im Kern moralisch ist: Auf der einen Seite stehen die Bürgerinnen und ihr gesunder Menschenverstand, auf der anderen die abgehobenen Eliten, privilegiert, zu hoch bezahlt und oftmals korrupt. Und ebensowenig, wie man die *Gelbwesten* ausschließlich mit den Analysewerkzeugen der Berufspolitik verstehen kann (sind sie rechts oder links?), misst eine Citoyennistin dem parteipolitischen Engagement eine besondere Bedeutung bei: was kümmert es Chouard, dass Soral ein Rechtsradikaler ist, wenn sich letzterer doch gegen das oligarchische System ausspricht und seine Videos teilt? Was kümmert es die *Gelbwesten*, dass die Geste der „Quenelle" zur antisemitischen Sammlung aufruft, wenn sie den Widerstand gegen das System zum Ausdruck bringen kann? (Anm.d.Ü.: Alain Soral ist ein rechtsradikaler Essayist und Gründer der rechten Bewegung *Egalité et Réconciliation.* Jüngst wurde er wegen antisemitischer Hetze zu einer einjährigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Soral ist mit dem antisemitischen Humoristen Dieudonné M'bala M'bala befreundet, der mit seiner an den Hitlergruß erinnernden *Quenelle*-Geste ein neues Symbol für die rechtsradikale Szene Frankreichs geschaffen hat. Am 22.12.2018 wurden einige *Gelbwesten* bei der Ausführung dieses

---

49 Wir übernehmen hier den Begriff des Citoyennismus von libertären Autorinnen, die den Glauben an die emanzipatorischen Möglichkeiten von demokratischen Verfahren, die sich auf die abstrakte Figur des Staatsbürgers (Citoyen) gründen, kritisiert haben. Vgl.: Jean-Marc B., L'impasse citoyenniste. Contribution à une critique du citoyennisme. Mediapart 2011; sowie die Analysen von Alternative libertaire (alternativelibertaire.org/?Reformisme-De-quoi-le-citoyennisme)

Grußes auf dem Pariser Montmartre-Hügel gefilmt.) Natürlich wissen die an der Bewegung teilhabenden rechtsradikalen Aktivistinnen, was sie tun, und politisieren die Bewegung in eine bestimmte Richtung[50] ; doch das ist nicht notwendigerweise der Fall bei den *Gelbwesten*, die diese Aktionen beobachten und darin ganz einfach kein Problem sehen können. Durch ihre prinzipielle Ablehnung der berufspolitischen Schemata ist das citoyennistische Politikverständnis nicht einfach nur offen für eine vereinnahmende „Rekuperation"; dies ist ein Schlüsselbegriff der Parteipolitik. Die citoyennistische Politik strebt danach, aufgegriffen, verbreitet und angeeignet zu werden, von wem auch immer. In diesem Sinne ist sie weitaus offener als die Berufspolitik, sie kennt keine Eintrittskosten, keine spezifische Sprache, die zu handhaben, kein Spiel, das zu begreifen wäre – sie ist, nennen wir es beim Wort, eminent demokratisch.

Die Demokratie gegen die Oligarchie

Eben diese Frage vermögen die Mächtigen nicht einmal zu vernehmen: Die Bewegung der *Gelbwesten* zieht ihre Kraft aus der Forderung nach Demokratie. Während sich die Berufspolitik auf die Monopolisierung der Macht durch eine kleine Gruppe, eine Oligarchie, stützt, beabsichtigt die citoyennistische Politik auf dem Wege der Volksabstimmung, die Macht an jede beliebige Person zu geben, d.h. an alle in gleichem Maße. Diese Bedeutung hatten die Begriffe Demokratie und Aristokratie im antiken Griechenland und darüber hinaus bis ins 18. Jahrhundert: Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, das entweder auf direktem Wege oder vermittels zufällig ausgewählter Bürger tätig ist; die Wahl hingegen ist das aristokratische Verfahren par excellence, sie überträgt die Macht an eine Elite.[51] Nun hat sich aber der Triumph der repräsentativen Regierungsform und ihrer Institutionen, an erster Stelle die Wahl, auf der Grundlage einer Verdrängung dieser politischen Möglichkeit vollzogen, auf der Grundlage eines Verges-

50 Zur radikalen Rechten in der Bewegung der Gelbwesten, siehe die Texte von La Horde, insbesondere lahorde.samizdat.net/2018/12/19/un-point-de-vue-antifasciste-sur-les-gilets-jaunes/

51 Bernard Manin, Principes du gouvernement représentatif, Paris 1996.

sens dessen, was Demokratie heißen könnte. Dieses Vergessen wird verstärkt durch die Rekuperation des demokratischen Vokabulars, mit dem sich die repräsentative Regierung schmückt. Man ließ die demokratische Politik verschwinden, zugunsten einer aristokratischen Regierungsform, die man nach und nach auf den fortschrittlichen Namen „repräsentative Demokratie" umtaufte. Deswegen ist dieses verdrängte citoyennistische Verständnis der Politik in normalen Zeiten kaum vernehmbar – aber es ist nie gänzlich verschwunden. Das demokratische Verlangen bahnt sich regelmäßig den Weg zurück an die Oberfläche, in den Jahren 1848, 1871, 1936, 1968, 2018, jedes Mal, wenn im Namen des Volkes eine allgemeine Protestbewegung gegen die Regierenden und ihr Spiel stattfindet. Und jedes Mal fehlen den Professionellen, die von und für die Verdrängung dieses demokratischen Verlangens leben, die analytischen Werkzeuge, um zu verstehen, was vor sich geht. Die Bewegung der *Gelbwesten* zeigt also eine klare Möglichkeit auf: die Entprofessionalisierung der Politik; den Weg zu einer Herrschaft der Bürgerinnen im Namen der Demokratie, des Ideals, das von nun an den gesunden Menschenverstand der breiten Mehrheit bestimmt.

Wer wird gegenüber dieser citoyennistischen Bewegung die alte Politik der Parteien und Abgeordneten verteidigen? Wir können wetten, dass es, abgesehen von denen, die dafür bezahlt werden, nur Wenige sein werden. Denn die Parteipolitik ist bereits stark geschwächt und das schon seit langem. Zum einen hat der Parteienstreit an Kraft verloren: Betrachtet man die Welt der Professionellen von außen, gibt es seit langem keinen bedeutsamen Unterschied mehr zwischen der Linken und der Rechten, sei es in Bezug auf die soziale Herkunft der Kandidatinnen oder hinsichtlich der betriebenen Politik. Bis auf wenige, für die Allermeisten unentzifferbare Nuancen, findet man überall die gleiche Kommodifizierung der öffentlichen Daseinsfürsorge. Man findet die gleichen Kunststücke zur Verführung des Kapitals, die seine kostbaren Investitionen anlocken sollen, den gleichen Eifer in der Einschränkung öffentlicher Freiheiten und der Aufrüstung der Polizei, in der Einsperrung der Armen und der Abschiebung der Fremden. Zu dieser Neutralisierung des politischen Konflikts kommt der Niedergang der Parteien als Mittel der politischen Einbindung der Massen: Die Zahl der Parteimitglieder sinkt unaufhörlich, genau wie die der Gewerkschaften und aller anderen traditionellen Sozialisationsagenturen der Parteipolitik, etwa die Parteipresse. Was könnte der Außerkurssetzung der Parteienpolitik unter diesen Umständen entgegenwirken? Die Machthaberinnen selbst, die Berufspolitikerinnen, scheinen nicht mehr an die Möglichkeiten

politischer Wirkmacht zu glauben und wiederholen in unterschiedlichen Tonlagen, dass es keine Alternative zum Neoliberalismus gibt. Wieso also ihr Spiel verteidigen, wenn nach ihrem eigenen Dafürhalten nichts mehr auf dem Spiel steht?

Dieser Sinnverlust der Parteipolitik erlaubte es einem einfachen Wirtschaftsberater, einem mit den Abläufen der Parteipolitik nicht vertrauten Techniker, Emmanuel Macron, zunächst Minister und dann Präsident zu werden, indem er jegliche Spaltungen zu transzendieren vorgab und es ablehnte, sich auf die bestehenden Parteien zu stützen – er zog es vor, eine eigene zu gründen, die seine Initialen trägt (Anm.d.Ü.: Macrons Bewegung *La République En Marche* trägt das Kürzel *LREM*, wobei die letzten beiden Buchstaben als Referenz zu „Emmanuel Macron" gelesen werden können.) Ein närrischer Marketingtrick, der ihn sofort jegliche Glaubwürdigkeit hätte kosten müssen, wenn das Parteisystem sich auch nur einen Funken Würde bewahrt hätte. Wie könnte Macron, der sich doch gestern noch stolz damit brüstete, das alte System in die Knie gezwungen zu haben, heute dazu aufrufen, dieses selbe System und seine mittlerweile sinnenleerten Auseinandersetzungen zu retten? So erklärt sich seine Stille, die unmögliche Situation, in der er sich befindet, und der unverhältnismäßige Rückgriff auf Repression gegenüber einer Bewegung, die ihm stark ähnelt und in vieler Hinsicht eine Art spiegelverkehrtes Abbild seiner selbst ist.[52]

Citoyennismus und Neoliberalismus

Denn hier liegt genau das Problem: Die citoyennistische Politik zehrt vom gerechtfertigten Überdruss an der Parteipolitik und von der langen Geschichte des demokratischen Verlangens; sie zehrt aber auch von dem Erstarken des Paradigmas der Expertenregierung, durch all jene, die Politik (politics) durch eine Reihe technischer Maßnahmen (policies) ersetzen wollen, die Neoliberalen an vorderster Front. Die Bewegung der *Gelbwesten* widersetzt sich den Technokratinnen, übernimmt jedoch weitgehend deren abfällige Haltung gegenüber der Parteipolitik sowie ihre Vorstel-

52 Dieser Punkt wurde bereits von der Historikerin Danielle Tartakowsky betont: lesechos.fr/idees-debats/editos-analyses/0600272685469-danielle-tartakowsky-les-gilets-jaunes-un-phenomene-miroir-du-macronisme-2227416.php.

lung staatlichen Handelns. Der Citoyennismus ist das demokratische Pendant zum Macronismus, die uns beide dazu auffordern, mit den Ideologien schlusszumachen: beide reduzieren Politik auf eine Reihe von Problemen, die es zu lösen, von Fragen, die es zu beantworten gilt. Zwar ist es nicht dasselbe, ob Expertinnen oder Bürgerinnen per Volksabstimmung diese Fragen beantworten; der Citoyennismus schlägt sehr wohl eine Demokratisierung vor, doch handelt es sich dabei um die Demokratisierung einer Vorstellung von Politik, die er mit den Neoliberalen teilt. Die Welt der Citoyennistinnen ist eine homogene Welt, bewohnt von Individuen, die denen der neoklassischen Ökonomie zum Verwechseln ähneln: In der Vorstellung, die man sich von ihnen macht, tun sie bei den Volksabstimmungen ihre politischen Vorlieben kund, ganz so wie die Konsumenten in der Vorstellung der Ökonomen ihre Präferenzen auf dem Markt äußern. Berücksichtigung finden dabei weder die Machtverhältnisse, in die die Individuen verstrickt sind, noch die sozialen Antagonismen, von denen sie geformt werden.

Doch wie bei den Ökonominnen ist diese Vorstellung der Staatsbürgerschaft ein Mythos – täuschend, aber wirkungsvoll, wirkungsvoll durch seine Täuschung. Das Bild eines Volkes, das über Volksabstimmungen oder ausgeloste Delegierte Entscheidungen trifft, überdeckt den irreduziblen Konfliktaspekt der Politik, die ihr innewohnende Möglichkeit des Krieges. Nichts ist an dieser Stelle neu: Die Historikerin Nicole Loraux hat bereits gezeigt, wie dieser Diskurs im demokratischen Athen, wo man die Einigkeit des Volkes und den geregelten Charakter der Institutionen glorifizierte, zu einer Verschleierung des Konflikts (stasis), des anderen Aspekts demokratischer Politik führte. Dieser barg stets das Risiko eines Bürgerkriegs und musste deswegen vergessen und verdrängt werden.[53] Weit davon entfernt, eine Anomalie der Demokratie zu sein, war der Konflikt stets, innere Möglichkeit der Demokratie präsent und im Moment seines Aufkommens wurde es zur Pflicht der Bürgerinnen, eine Partei zu wählen – eine Enthaltung kam als Zeichen von Passivität und Gleichgültigkeit einem Abtritt der eigenen politischen Rechte gleich. Indem der Citoyennismus sich der Parteien als Organisationen im Wettstreit um die Macht entledigen will, macht er auch die Möglichkeit zunichte, die Spaltungen innerhalb der Polis zum Ausdruck zu bringen. Doch der politische Antagonismus, der Konflikt, ist für die Demokratie ebenso notwendig wie die direkte Einbindung aller

53 Nicole Loraux, La cité divisée: l'oubli dans la mémoire d'Athènes, Paris 1997.

Bürgerinnen. Dies gilt auch für die authentische, entprofessionalisierte Demokratie.

Es geht nun also darum, an der Parteipolitik zu retten, was für die Demokratie notwendig ist und was die citoyennistische Politik vergisst: dass sie der Aufspaltung des politischen Körpers eine dauerhafte, organisierte Form verleiht. Diese Aufspaltung ist notwendig, denn ohne sie finden die durch die Gesellschaft verlaufenden Antagonismen keinen Ausdruck und werden nicht sichtbar. Es ist vielsagend, dass die Bewegung der *Gelbwesten* in ihren Forderungen nichts von diesen Antagonismen weiß, ganz gleich ob es sich um rassistische Verhältnisse, um Geschlechterverhältnisse oder selbst um Klassenverhältnisse handelt. Das erklärt sich daraus, dass die Frage der Herstellung von Ungleichheiten und die Frage des Lohnverhältnisses abwesend waren und zwar zugunsten unumstrittener Forderungen aus dem Bestand der moralischen Ökonomie.[54] Die Bewegung bringt die Nichtigkeit des Parteisystems schonungslos ans Licht und denunziert mit Recht die politische Enteignung, die die repräsentative Regierungsform etabliert. Die Citoyennistinnen, die sich mit Etienne Chouard an der Spitze auf das Referendum *(RIC)* fokussieren, sind in die Lücke vorgeprescht. Doch der Weg, den sie eröffnen, ist zutiefst zweideutig. Sie schlagen zwar eine Demokratisierung auf Grundlage der Entprofessionalisierung der Politik vor – ein altes Verlangen der unteren Klassen, das stets den Widerstand gegen die repräsentative Regierungsform und die Monopolisierung der Macht durch eine Kaste beseelte. In diesem Sinne kann man die Erneuerungen, die die Bewegung vorschlägt, anerkennen und unterstützen.[55] Doch die Demokratisierung, wie sie in der Praxis und den Forderungen der *Gelbwesten* entworfen wird, ist eine Demokratisie-

---

54 Siehe Stefano Palombarinis Einlassungen dazu, der die Gelbwesten als antibourgeoisen Block analysiert: blogs.mediapart.fr/stefano-palombarini/blog/211218/les-gilets-jaunes-le-neoliberalisme-et-la-gauche

55 Siehe z. B. den kollektiven Appell der Wissenschaftlichen Forschungsgemeinschaft „GIS démocratie et participation" oder die Redebeiträge von Yves Sintomer und Julien Talpin. Ein Artikel von Fabien Escalona auf Mediapart (mit Paywall) bietet einen nunancierten Blick auf das RIC als demokratische Erneuerung. mediapart.fr/journal/france/211218/le-referendum-d-initiative-citoyenne-un-outil-utile-mais-partiel-pour-enrichir-la-democratie?onglet=full

rung des Konsenses: Sie bringt das Volk gegen die Regierenden ins Spiel auf die Gefahr hin, eine weitere demokratische Figur total zu vergessen: die des Volkes gegen sich selbst. Sie laufen dabei auch Gefahr, das Spiel des Neoliberalismus zu spielen, dessen Ablehnung der Ideologien und der Parteipolitik die *Gelbwesten* teilen.

Angesichts dieses Gegensatzes einer professionalisierten, parteizentrierten Konzeption des Politischen auf der einen und einer citoyennistischen, konsensorientierten Konzeption auf der anderen Seite existiert ein anderer Weg, wenngleich die Mittel seiner Vermessung ungewiss bleiben. Es geht darum, die Politik zu entprofessionalisieren, ohne dabei jedoch ihren Konfliktcharakter auszulöschen. Es geht mit anderen Worten darum, den Dissens zu demokratisieren. Im Jahre 1848 versuchten die Verfechterinnen der demokratischen und sozialen Republik genau dies zu tun: die Massen in die Politik Einzug halten zu lassen, nicht um sie über diese oder jene Maßnahme abstimmen zu lassen, sondern um eine Klassenpolitik, den Sozialismus, zu verwirklichen: im Interesse der Proletarierinnen und gegen die Bourgeoisie.[56] Damals ging es also darum, die sozialen Spaltungen sichtbar zu machen und nicht darum, sie hinter diesem oder jenem Beteiligungsdispositiv zu verbergen, wie demokratisch eine solche Vorrichtung auch immer sei. Weit davon entfernt verschwunden zu sein, haben sich die gesellschaftlichen Antagonismen heute vervielfältigt. Hier liegen für eine emanzipatorische Politik Ressourcen und Herausforderungen gleichermaßen. Die alten, auf die Klassenfrage zentrierten sozialistischen Lösungen, trugen schon im Jahre 1848 zur Unsichtbarmachung der Fragen von Geschlecht und Rassismus bei, selbst wenn es Stimmen gab, die diese Fragen aufs Tableau bringen wollten.[57] Die neue emanzipatorische Politik, die es zu erfinden gilt, müsste sich auf die Sichtbarmachung der Gesamtheit der Herrschaftsverhältnisse gründen, ohne eine Hierarchisierung vorzunehmen. Sie müsste offen und anpassungsbereit auf neue Antagonismen

56 Samuel Hayat, Quand la République était révolutionnaire. Citoyenneté et représentation en 1848, Paris, 2014.

57 Michèle Riot-Sarcey, La démocratie à l'épreuve des femmes: trois figures critiques du pouvoir, 1830-1848, Paris 1994 ; Silyane Larcher, L'autre citoyen: l'idéal républicain et les Antilles après l'esclavage, Paris 2014.

reagieren, die bestimmt nicht ausbleiben werden. Momentan scheinen die in der citoyennistischen Konzeption verankerten *Gelbwesten* nicht den Weg der Sichtbarmachung jener Antagonismen einzuschlagen, während sie zugleich neue demokratische Möglichkeiten eröffnen. Die Erneuerung einer Emanzipationspolitik wird also mit und gegen diese Bewegung denken müssen: für die Demokratie gegen die Oligarchie, aber auch für die Austragung von Konflikten, gegen den Konsens – sei er nun technokratisch oder citoyennistisch.

24. Dezember 2018

Gegenüber den Antisemiten dürfen wir nicht untätig bleiben!

Juives et juifs révolutionnaires

Heute wie in der Vergangenheit sind Antisemiten auf dem Vormarsch und versuchen, ihre Ideen in der Bewegung der *Gelbwesten* zu verbreiten. Sie können sich dabei auf das Fehlen einer antifaschistischen Kultur innerhalb dieser Bewegung stützen, denn in den sozialen Netzwerken herrscht eine Dominanz der politisch Verwirrten. Die Verbreitung dieser Ideen zu bekämpfen, ist eine absolute Notwendigkeit, wenn wir verhindern wollen, dass die soziale Wut in eine rassistische Logik des Sündenbocks umgelenkt wird.

Vor Ort: antisemitische Lieder, der *Quenelle*-Gruß, Tags, Banner ...

All dies ist Ausdruck des ideologischen Einflusses, den die Antisemitinnen im Internet bereits entwickeln konnten, indem sie antisemitische Themen verbreitet haben: „Verschwörung", „die jüdische Kontrolle des Finanzkapitals", „die jüdische Kontrolle der Presse".

Diese Diskurse zielen darauf ab, eine rassistische Deutung der sozialen Frage durchzusetzen, anstatt eine materialistische Analyse, basierend auf den Produktionsverhältnissen, voranzutreiben. Sie konstruieren so einen Sündenbock, nämlich die nationale jüdische Minderheit, die anstelle der französischen Bourgeoisie zur vermeintlich herrschenden Klasse erklärt wird, um letztere und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu schützen.

Die Politik der Regierung steht im Dienste der Bourgeoisie, d.h. der Arbeitgeberinnen, Aktionärinnen und Rentiers: Dies ist nicht das Werk irgendeiner „Verschwörung". Es ist der Normalbetrieb des Kapitalismus, der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Aneignung des Arbeitsprodukts durch die Produktionsmittelbesitzerinnen beruht.

Die gegenwärtige soziale Krise ist das Ergebnis der dem Kapitalismus immanenten Widersprüche. Denn die Bourgeoisie strebt danach, die Aneignung der Arbeitsprodukte und damit des Mehrwerts zu erhöhen, um ihre Profitrate aufrechtzuerhalten und zu steigern – dies geschieht auf Kosten der direkten und indirekten Löhne, also der Bezahlung der Arbeit.

Antisemiten unterscheiden auf trügerische Weise den „Finanzkapitalismus", dem alle Übel zugeschrieben werden, vom industriellen/produktiven Kapitalismus, obwohl das in die Finanzmärkte gepumpte Kapital das Resultat der Ausbeutung der Arbeit durch eben dieselbe industrielle Bourgeoisie im Produktionsprozess ist. Die Trennung, die sie ziehen, ist falsch und zielt vor allem darauf ab, die nationale Bourgeoisie vor der Wut der Bevölkerung zu bewahren, indem sie letztere in Richtung einer Logik des Pogroms lenkt. Antisemiten setzen diesen „Finanzkapitalismus" dann mit dem sogenannten „jüdischen Finanzkapital" gleich. Dabei reaktivieren sie alte antisemitische Stereotype wie das der Rothschild-Bank, deren Wirtschaftsmacht stark übertrieben wird, was dazu führt, dass die phantasievollsten Bilder ohne jegliche Quelle zirkulieren.

Mulliez, Pinault, Arnault, Bettencourt, Castel, Besnier, Perrodo – all die großen Vermögenden der französischen Bourgeoisie besitzen weitaus höhere Kapitalbeträge als Rothschild. Aber die antisemitische Rhetorik konzentriert sich lieber auf einen winzigen Bruchteil der Bourgeoisie, um so auf Kosten der jüdischen Minderheit, insbesondere der jüdischen Arbeiterinnenklasse, den rassistischen Diskurs zu stärken und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stützen.

Die Presse verteidigt die bestehende Gesellschaftsordnung in ihrer überwiegenden Mehrheit: Auch dies ist nicht das Werk einer Verschwörung oder einer „Übernahme", sondern die Folge einerseits der herrschenden Ideologie, die auf der Verteidigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Ware und des Profits beruht, sowie andererseits einer wirtschaftlichen Organisation der Presse, die sie von der französischen Bourgeoisie abhängig macht, welche nicht nur die Werbungen in den Zeitungen kontrolliert, sondern auch einen Teil von deren Kapital hält.

Die Antisemitinnen fokussieren sich auf Patrick Drahi, den Besitzer von *BFMTV,* aufgrund seiner jüdischen Herkunft, die ihnen als Erklärung dient, während sie die zur nationalen Mehrheit gehörenden Pinaults und Bouygues weißer und christlicher Herkunft beiseite lässt. Und aus gutem Grund,

denn dies würde nicht ihrem rassistischen Diskurs dienen, da es die Frage der verzerrten Berichterstattung auf eine rationale, materialistische Grundlage stellen würde, statt sie über rassistische Fantasien zu erklären.

Antisemitinnwen aktualisieren das Thema der „zionistischen Weltverschwörung", anstelle eine Analyse der Machtverhältnisse zwischen imperialen Bourgeoisien zu leisten: Kriege sind seit jeher das Ergebnis von Macht- und Territorialkonflikten zwischen herrschenden Klassen, die dann in nationalistische und/oder religiöse Forderungen übersetzt oder manchmal trügerisch als Mittel zur Verteidigung von „Recht und Demokratie" präsentiert werden. Das hat nichts zu tun mit einer Verschwörung, sondern ist das logische Funktionieren einer sozialen und wirtschaftlichen Organisation, die im Streben nach Profitwachstum mittels der Kontrolle der Ressourcen, in der Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Eroberung neuer Märkte wurzelt.

In Wirklichkeit erscheint der Antisemitismus als das, was er ist: ein rassistisches Delirium, dessen Ergebnis nichts anderes sein kann als einerseits die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung und andererseits eine Logik des Pogroms und des Genozids an den Anderen.

Er ist die letzte Verteidigungslinie der Bourgeoisie in Zeiten der Krise. Alle, die wirklich daran interessiert sind, der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Ordnung und aller Ungleichheiten, die diese produziert, ein Ende zu bereiten, dürfen angesichts des antisemitischen Diskurses nicht schweigen: Dieses Gift ist weder kleinzureden noch zu verharmlosen, sondern überall dort, wo es auftaucht, zu bekämpfen.

Aufrufe von Versammlungen

Aufruf der Gelben Westen von Montreuil – Antwort auf den Aufruf der Gelben Westen von Commercy

Die gelben Westen von Montreuil haben den Aufruf der Versammlung von Commercy gehört, sich in einer großen Versammlung der Versammlungen, Commune der Communen am 26. Januar zu treffen.

Wir danken ihnen und antworten, dass wir anwesend sein werden. Auch in Montreuil haben wir gelbe Westen angezogen und uns vor dem Kreisverkehr Croix de Chavaux in Stellung gebracht – wie überall in Frankreich. Dadurch konnten wir uns bei einer Suppe treffen, diskutieren, Solidarität herstellen, trotz unterschiedlicher Horizonte, und aus der Isolation herauszukommen. Wir konnten uns dadurch vergegenwärtigen, dass die Banlieues von Paris, wie Pantin, Saint-Denis, Ivry, Aulnay, sich der Bewegung angeschlossen haben.

Die Gelbe Weste ist das Symbol eines Aufstandes. Es ist viel zu früh, um nach Hause zu gehen, und nicht zu spät, um abzureisen! Wir sind aufgestanden wegen der Demütigung und der Verachtung. Der extreme Reichtum einiger, der Machtdurst der Politiker, die Plünderung des Planeten durch die Reichsten und die Gewalt des Staates sind zu weit gegangen. Die abgerissenen Hände, die geblendeten Demonstranten, die auf die Knie gezwungenen Jugendlichen; Tausende von Angeklagten und Hunderte von Gefangenen summieren sich mit den täglichen Polizeirepressionen in den armen Vierteln, die seit Jahren anhält. Wir vergessen

kein Opfer der "Law and Order"-Politik und wir bekräftigen unsere Solidarität – heute und morgen!

Wie immer versucht man, die "guten Gelbwesten" von den "gewaltbereiten" zu trennen. 300 Leute, die sich der Polizei entgegenstellen, um einen Kreisverkehr zu verteidigen – das ist proletarische Selbstverteidigung. 3000 Leute, die Banken oder Ministerien angreifen – das ist der Aufstand eines Volkes, das zornig ist. Wir dürfen nicht in die Falle der Medien und der Mächtigen tappen, die Grenzen für diese Bewegung definieren wollen. Weder die von der Regierung vorgeschlagenen Krümel, noch eine von ihr selbst geführte "nationale Debatte" oder das Referendum werden diesen wunderbaren Moment, der sich gerade öffnet, zerstören.

Einige zweifeln und haben Angst, vor der Unsicherheit des Danach. Wir antworten, dass in der Art und Weise, wie der Aufstand der Gelbwesten bisher gelaufen ist, sich schon viele Pfade in eine wünschenswerte Welt aufgetan haben. Angesichts des Aufstandes besteht die älteste Technik der Macht darin, uns zu spalten. Wir dürfen nicht in diese Falle tappen. Statt dem Egoismus, dem Individualismus und der Geldgier, der diese Macht aufrechterhält, müssen wir die Solidarität und das Teilen entwickeln. Wir haben gesehen, dass wir zusammen viel stärker sind. Wir wissen genau, dass jene, die den Leuten ein würdevolles Leben vorenthalten, weder die Eingewanderten, noch die aus ihren Ländern Vertriebenen sind, sondern dass hieran der unverschämte Reichtum einiger und ein ungerechtes System Schuld sind!

Deshalb glauben wir, dass Unterschiede keine Grenzen sein dürfen. Weder die Hautfarbe noch der Geburtsort noch das Geschlecht, die sexuelle Orientierung oder die Religion werden einen Vorwand bieten, um uns zu spalten. Wir müssen vereint sein in unserer Differenz, wenn wir eine gerechtere und schönere Welt aufbauen wollen.

Im Irak, Tunesien, Belgien, Kurdistan, Syrien, Japan, Un-

garn, Spanien, Burkina Faso, Ägypten, England, Marokko, Italien und an vielen anderen Orten tragen die Menschen gelbe Westen, um ihren Ärger zu zeigen: Unser Aufstand hat keine Grenzen!

Wir werden niemanden, ob Präsident, Bürgermeister oder "Repräsentant", über unsere Existenz entscheiden lassen. Die Organisation nach Kreisverkehr, Bezirk, Dorf und Gemeinde ermöglicht es uns, die Kontrolle zurückzuerlangen, – über unsere Gebiete und unser Leben. Das ist es, was wir fortsetzen müssen, wenn wir wollen, dass sich die Dinge wirklich ändern.

In Montreuil gründen wir einen "Club der Gelben Westen" nach dem Vorbild der Französischen Revolution, als man sich in Clubs für die Volksbildung getroffen hat. Uns Wissen anzueignen, macht uns weniger manipulierbar und ermöglicht es uns, unsere kollektive Intelligenz in den Dienst konkreter Handlungen zu stellen, um unseren Alltag zu verbessern. Wir rufen dazu auf, überall solche Clubs zu gründen!

Ohne die Vielfalt und Autonomie unserer lokalen Organisationen und Initiativen zu beeinträchtigen, denken wir, dass es wichtig ist, uns zu verbinden und zu treffen, um die Bewegung zu stärken. Deshalb werden wir in Commercy dabei sein und rufen dazu auf, dass alle Gelben Westen an der Versammlung der Versammlungen teilnehmen.

Dies ist der Beginn einer Revolution, die eine würdigere und gerechtere Gesellschaft für uns und unsere Kinder aufbauen will. Wir werden nicht aufhören, auch wenn es 100 Jahre dauert, damit die Menschen selbst entscheiden, wie sie leben wollen.

Höre diesen Ruf: Lass uns den Anfang fortsetzen, lasst uns den Weg der Revolution gehen!

Zweiter Aufruf der Gelbwesten von Commercy:

„Die Versammlung der Versammlungen"

Unser zweiter Appell richtet sich an alle Gelben Westen, an alle, die die Weste noch nicht tragen, die aber auch Wut im Bauch haben.

Seit nunmehr 6 Wochen besetzen wir die Kreisverkehre, die Mautstellen, die öffentlichen Plätze und die Straßen. Wir sind präsent in allen Köpfen und Gesprächen.

Wir halten uns gut!

Seit langem gab es keinen Kampf mehr, der so erfolgreich war, so nachhaltig und so ermutigend!

Ermutigend, weil die Regierenden gezittert haben und immer noch zittern auf ihrem Sockel. Ermutigend, weil sie anfangen, uns ein paar Krümel zuzugestehen.

Ermutigend weil wir uns nicht länger mit ein paar Knochen zufriedengeben.

Ermutigend, weil wir alle lernen, einander zu respektieren, zu verstehen und unsere Verschiedenheit zu schätzen.

Verbindungen sind geknüpft worden, Vorgehensweisen sind erprobt worden. Das können sie uns nicht mehr wegnehmen.

Ermutigend ist auch, dass wir verstanden haben, dass wir uns nicht spaltenlassen, wenn es Probleme gibt. Wir haben begriffen, dass unsere wahren Feinde jene sind, die einen immensen Reichtum haben, den sie nicht teilen: Die 500 reichsten Personen in Frankreich

haben ihr Vermögen seit 2008 verdreifacht, zusammen haben sie 600 Milliarden Euro. Die Steuergeschenke an große Unternehmen belaufen sich auch auf hunderte Milliarden Euro pro Jahr. Das ist nicht mehr hinnehmbar.

Ermutigend ist auch, dass wir verstanden haben, dass wir in der Lage sind, uns selbst zu repräsentieren. Ohne Puffer zwischen den Mächtigen und den Leuten. Ohne Parteien, die die Ideen zu ihrem eigenen Profit leiten. Ohne Vermittler, die eher Stöße abfedern und das System ölen sollen, als uns zu verteidigen.

Heute trauern wir um die Opfer der Repression: mehrere Tote und dutzende Schwerverletzte. Verflucht seien jene, die das erlaubt haben. Aber sie wissen: Unsere Entschlossenheit ist intakt.

Wir sind stolz, auf den Weg, den wir so schnell zurückgelegt haben und die Bewußtwerdungsprozesse, von denen jeder einzelne zugleich ein Sieg über dieses erdrückende System ist.

Wir wissen genau, dass dieser Stolz von sehr vielen Leuten geteilt wird.

Wie könnte es anders sein, da dieses System und die Regierung, die es repräsentiert, nicht aufhören, die sozialen Errungenschaften und die Bindungen zwischen den Menschen und unseren teuren Planeten zu zerstören.

Wir müssen also weitermachen. Wir müssen diese ersten Erfolge erweitern ohne Eile, ohne uns aufzureiben, aber auch ohne uns entmutigen zu lassen. Nehmen wir uns die Zeit, denken wir genauso viel nach, wie wir agieren.

Wir rufen alle, die an dieser Wut teilhaben und nach Veränderung suchen, auf, ihre Gelbe Weste entweder weiterhin stolz zu tragen, oder sie ohne Angst anzuziehen.

Wir müssen überall zusammenkommen und Bürgerversammlungen bilden: proletarische (frz. populaire), übersichtliche Zusammenkünfte, in denen es ums Reden und Zuhören geht.

Versammlungen, in denen wie hier in Commercy jede Entscheidung kollektiv getroffen wird und Delegierte ernannt

Schließlich schlagen wir vor, gemeinsam über eine kollektive Organisationsform der Gelbwesten zu entscheiden, die authentisch demokratisch und proletarisch ist, und das Delegiertensystem respektiert.

Gemeinsam schaffen wir die Versammlung der Versammlungen, die Kommune der Kommunen!

Das ist der Sinn der Geschichte, das ist unser Vorschlag.

ALLE MACHT DEM VOLK, VOM VOLK UND FÜR DAS VOLK!

Aufruf zum Generalstreik von Gelbwesten aus Diois, 23.01.2019

„Wir wissen, dass wir unsere Aktionsmittel ausweiten müssen. Und da die Gewerkschaftsführungen zu schlafen scheinen, verfahren wir mit ihnen, wie mit unseren Pseudo-Repräsentanten: Wir umgehen sie und nehmen es selbst in die Hand! Deswegen rufen wir dazu auf, den Appell zum Generalstreik (der Arbeit und des Konsums) am 4., 5. und 6. Februar 2019 überall zu verbreiten. Sie attackieren uns – wir werden die Ökonomie attackieren!

Lasst uns am 4., 5. und 6. die Arbeit niederlegen und den Konsum aufs Minimum reduzieren! Generalstreik!"